

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Hauptausschuss

89. Sitzung
12. November 2025

Beginn: 12.02 Uhr
Schluss: 19.09 Uhr
Vorsitz: Stephan Schmidt (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Informationen und Beschlüsse zu den Komplexen

- Mitteilungen des Vorsitzenden,
 - Überweisungen an die Unterausschüsse,
 - Konsensliste,
 - sonstige geschäftliche Mitteilungen,
- soweit nicht in der Ausschusssitzung darüber diskutiert wurde,
sind gegebenenfalls im Beschlussprotokoll verzeichnet.

Darüber hinaus hat der Ausschuss besprochen:

Vorsitzender Stephan Schmidt schlägt vor, der Bericht rote Nr. 2157 I – in der Tagesordnung aufgeführt bei Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Familie –, Kapitel 1042 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Jugend und Kinderschutz – solle vertagt werden, da in der Sitzung am 19. November 2025 eine Anhörung zur Thematik Sozialausgabensteuerung stattfinden werde.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, zu Tagesordnungspunkt 13 – Stichworte: Fortsetzung der Haushaltsberatungen – seien folgende Änderungsanträge zum Einzelplan 10 eingegangen: Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – rote Nr. 2400 AL –, Änderungsanträge der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 AM – sowie Änderungsanträge der Fraktion der Grünen – rote Nr. 2400 AQ – sowie zum Einzelplan 11 Änderungsanträge der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 AN, Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – rote Nr. 2400 AP – sowie Ände-

rungsanträge der Fraktion der Grünen – rote Nr. 2400 AR – sowie zum Einzelplan 13 Änderungsanträge der AfD-Fraktion – rote Nr. 2400 AO –, Änderungsanträge der Fraktion der Grünen – rote Nr. 2400 AS. Als Tischvorlage seien die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen – rote Nr. 2400 AT – verteilt worden.

Zu Tagesordnungspunkt 1 lägen vier Vermögensgeschäfte vor – rote Nrn. 2497 bis 2500.

Christian Goiny (CDU) bekundet, er danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros für deren Zuarbeitung, die auch kurzfristig sehr gut umgesetzt worden sei.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, seine Fraktion schließe sich dem Dank an. Zudem verweise er darauf, dass die Linksfraktion ihre Änderungsanträge zu den Restelestungen einreichen werde.

Der **Ausschuss** stimmt den Änderungen und Ergänzungen aus den Mitteilungen zur Tagesordnung zu und setzt die Tagesordnung in ergänzter Fassung fest.

Finanzen – 15

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Beschlussfassung über Empfehlungen des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu Vorlagen – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 GO Abghs**

hierzu:

- | | |
|--|-------------------------------|
| a) Empfehlung des UA VermV vom 12.11.2025 Vermögensgeschäft Nr. 11/2025 des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte | 2497
Haupt |
| b) Empfehlung des UA VermV vom 12.11.2025 Vermögensgeschäft Nr. 12/2025 des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte | 2498
Haupt |
| c) Empfehlung des UA VermV vom 12.11.2025 Vermögensgeschäft Nr. 15/2025 des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte | 2499
Haupt |
| d) Empfehlung des UA VermV vom 12.11.2025 Vermögensgeschäft Nr. 16/2025 des Verzeichnisses der Vermögensgeschäfte | 2500
Haupt |

Derya Çağlar (SPD) teilt als Vorsitzende des Unterausschusses mit, der Unterausschuss habe den Vermögensgeschäften Nr.15/2025 sowie Nr. 16/2025 jeweils einstimmig zugestimmt.

Den Vermögensgeschäften Nr. 11/2025 und Nr. 12/2025 sei einstimmig bei Enthaltung der AfD-Fraktion zugestimmt worden.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Abgeordnetenhaus, die Vorlagen – zur Beschlussfassung – sollten gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin – Nrn. 11,12, 15 und 16/2025 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte – entsprechend dem Beratungs- und Abstimmungsergebnis des Unterausschusses Vermögensverwaltung angenommen werden. – Dringlichkeit werde empfohlen.

**b) Beschlussfassung über eine Empfehlung
des Unterausschusses Vermögensverwaltung zu
Unterrichtung gemäß § 64 Absatz 2 Satz 1 Nr. 8
i. V. m. Absatz 9 sowie § 112 Absatz 2 LHO**

Es liegt keine Empfehlung vor.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht SenFin – II A 11 – vom 03.11.2025

**Konjunkturkomponenten gemäß Herbstprojektion
2025**

[2482](#)

Haupt

Steffen Zillich (LINKE) verweist darauf, dass trotz steigender Steuereinnahmen eine steigende Produktionslücke feststellbar sei. Diese Entwicklung gehe mit einer höheren Kreditaufnahmemöglichkeit einher. – Aufgrund der zusätzlichen Steuereinnahmen im Jahr 2025 gehe er davon aus, dass diese für den Jahresabschluss 2025 rücklagenschonend eingesetzt würden.

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) erwidert, darüber werde entschieden, wenn die Zahlen des Jahresabschlusses bekannt seien.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, sofern es höhere Steuereinnahmen gäbe als im Dritten Nachtragshaushalt unterstellt, ob diese, sofern sie nicht für höhere Ausgaben benötigt würden, rücklagenschonend eingesetzt würden.

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) erwidert, der Sachverhalt sei richtig dargestellt worden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2482 zur Kenntnis.

Punkt 3 der Tagesordnung

Vertraulicher Bericht SenFin – I A 12 – vom
02.11.2025
**Anteil der Finanzierungen der IBB bei den
landeseigenen Unternehmen
hier: Nachfragen zu einzelnen
Beteiligungsunternehmen**
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)

[2307 A](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, der Bericht sei vertraulich, weshalb er darum bitte zu signalisieren, wenn vertrauliche Inhalte angesprochen werden sollten, damit er die Öffentlichkeit ausschließen könne. Er wisse darauf hin, dass darum gebeten werde, zum erbetenen jährlichen Bericht zum Anteil der Finanzierungen der IBB bei den landeseigenen Unternehmen, den vorgezogenen Berichtsstichtag 31. Dezember sowie die Berichterstattung bis 15. Februar des Folgejahres zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

Steffen Zillich (LINKE) erklärt, hinsichtlich der Daten bestehe Einvernehmen, bezüglich der Berichtsdaten erhebe seine Fraktion keine Einwände. – Seine Fraktion habe nach Sachverhalten der IBB-Finanzierung bei BVG und Berlinovo gefragt. Die IBB teile mit, dazu könne sie aufgrund des Bankgeheimnisses keine Auskunft erteilen. Deshalb richte er die Frage nunmehr an BVG und Berlinovo und bitte darum, dass eine entsprechende Darstellung in einem Folgebericht erfolge.

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) sagt den erbetenen Bericht zu, wobei er darauf hinweise, dass die in Rede stehenden Sachverhalte regelmäßig im Unterausschuss Beteiligungsmanagement und -controlling betrachtet würden. Er schlage deshalb vor, sich dort mit der Thematik zu befassen.

Steffen Zillich (LINKE) bittet darum, dass die Frage auch für den Hauptausschuss beantwortet werde, damit der gesamte Komplex auch in diesem Ausschuss behandelt werden könne.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält den Berichtswunsch fest.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2307 A zur Kenntnis. Der Terminplanung für künftige Berichterstattungen an den Hauptausschuss werde einvernehmlich zugestimmt.

Punkt 4 der Tagesordnung

Vertrauliches Schreiben SenFin – I D 3 – vom
04.11.2025
SILB/BIM-Baumaßnahmen (Baumaßnahmen)
gemäß Auflage B. 144 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

[1935 D](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Steffen Zillich (LINKE) räumt ein, er habe nicht die einzelnen Finanzierungsnotwendigkeiten mit der Veranschlagung im Haushaltsplan verglichen. Deshalb wolle er wissen, inwieweit

der in der Vorlage beschriebene Finanzierungsbedarf für die Baumaßnahmen, für die auf den Veranschlagungsstand 2024/2025 abgestellt werde und die noch keine geprüften Bauplanungsunterlagen – BPU – hätten, auch eine angepasste Anschlussveranschlagung im Haushalt 2026/2027 vorgenommen worden sei. Seien die in der Vorlage mitgeteilten Finanzbedarfe weiterhin gültig oder seien bestimmte Teile davon bereits im Haushaltsentwurf 2026/2027 abgebildet?

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) geht davon aus, dass die aufgelisteten Finanzierungsnotwendigkeiten mit dem Doppelhaushaltsentwurf 2026/2027 bzw. der Investitionsplanung abgestimmt seien.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 1935 D wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Bezirke

Punkt 5 der Tagesordnung

Schreiben BA Tempelhof-Schöneberg – FM B 2 L –
vom 14.10.2025

[2484](#)
Haupt

Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)
Antrag auf Zustimmung zur Streichung einer Maßnahme (76016, 07K02) und Umwidmung der Mittel zu Gunsten der Nachfinanzierung von 2 Schulcontaineranlagen (Titel 76010, 07G32) und (Titel 76011, 07G37) aufgrund von Kostensteigerungen
gemäß § 4a SIWA ErrichtungsG

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Schreiben rote Nr. 2484 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – 09

Punkt 6 der Tagesordnung

Schreiben SenWGP – V B 1 – vom 31.10.2025
Verlagerung von Sperren bei Kapitel 0910

[2473](#)
Haupt

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) fragt, ob die Verlagerung von 4,2 Mio. Euro Einsparvolumen von Titel 68562 – Zuschüsse an Kunsthochschulen – zu Titel 68520 – Zuschüsse an Universitäten – einen Eingriff in die bereits unterschriebenen Hochschulverträge darstelle. Sie begrüße es zwar, dass die Kunsthochschulen begünstigt würden, jedoch nicht, dass dies zulasten der Hochschulen gehe. Sie bitte um Erläuterung.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) bestätigt, es handele sich um eine Umlastung der Last von schwächeren auf stärkere Schultern. Die Sperre sei zunächst bei beiden Titeln angebracht worden, weil zunächst die Nachverhandlungen hätten abgewartet werden müssen. Nunmehr sei entschieden worden, dass die Hochschulen, insbesondere die Universitäten, die auch über größere Rücklagen verfügten, eher in der Lage seien, die Umsteuerung zu schultern als die Kunsthochschulen. Somit stimme die Darstellung, dass eine Umverlagerung zugunsten der kleinen Kunsthochschulen und zulasten der Hochschulen stattfinde. Er danke allen Hochschulen und explizit den Universitäten, dass solch eine solidarische Lösung gefunden worden sei.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 2473 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung

Schreiben SenWGP – V G – vom 27.10.2025	2463
Verlagerung eines Teils der qualifizierten Sperren beim Kapitel 0910	Haupt
(in der 88. Sitzung am 05.11.2025 vertagt)	

Franziska Brychcy (LINKE) begrüßt, dass nunmehr eine Art Mietenstopp beim studierendenWERK umgesetzt werden könne. Allerdings erachte ihre Fraktion die Gegenfinanzierung aus Kapitel 0910 – Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege – Hochschulen –, Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –, Teilansatz 12 – Steigerung Lehramtsabsolvierende – für falsch. Die Schools of Education hätten deutlich gemacht, dass das Programm sehr wertvoll sei, weil eine Verzahnung von Schule, Unterrichtspraxis und universitärer Ausbildung habe finanziert werden können. – Gleichwohl werde ihre Fraktion zustimmen, weil sie es für richtig erachte, dass der Mietenstopp beim studierendenWERK umgesetzt werde.

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, was unter dem Begriff „zeitnah“ zu verstehen sei und was dies konkret für die Umsetzung bedeute. Was geschehe mit Studierenden, die mittlerweile nicht mehr studierten, aber im Jahr 2022 von einem Mietenstopp hätten profitieren können?

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) erwidert, sofern dem Schreiben zugestimmt werde, werde unverzüglich mit der Umsetzung begonnen. Die Frage, welcher konkreter Personenkreis profitieren könne, werde mit dem studierendenWERK besprochen. Er weise darauf hin, dass das studierendenWERK die Zahlung auf sich genommen habe und dieses nun durch die Verlagerung der Sperre entlastet werde.

Ausweislich der Vorlage werde die Ausbildung von Lehrkräften auch weiterhin ausgebaut. Die Zielzahl laute 2 200 und sei noch nicht erreicht. Er widerspreche deshalb der Darstellung, dass keine Mittel für den Ausbau vorhanden seien. Durch die Festlegung auf die Zielzahl 2 200 würden Mittel frei. Mit den Schools of Education habe es einen intensiven Austausch gegeben, weshalb mit ihnen diese in Rede stehende Lösung geeint sei.

Franziska Brychcy (LINKE) verweist darauf, die Lehrer- und Lehrerinnenbedarfsprognose besage, dass weiterhin Einstellungen im Umfang von über 3 000 Lehrkräfte pro Jahr erforderlich seien. Deshalb sei die Zielzahl von 2 200 zu niedrig. Die Absenkung um 300 auf diesen Wert sei aus ihrer Sicht fatal und verantwortungslos. Die Sondermittel seien unterstützend gewesen und dringend gebraucht worden. Bei den Schools müssten nunmehr Stellen abgebaut werden, weil die Sondermittel eingestellt würden.

Staatssekretär Dr. Henry Marx (SenWGP) entgegnet, wenn man gezwungen sei, die Zuschüsse für die Hochschulen um bis zu 8 Prozent abzusenken, dann jedoch weiteres Geld für die Lehrkräfteausbildung in die Hand nehme, obwohl die Zielzahl von 2 200 noch nicht erreicht sei, dann wäre dies verantwortungslos.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 2463 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen – 12

Punkt 8 der Tagesordnung

Schreiben SenStadt – V D 4 – vom 27.10.2025	2479
Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)	Haupt
Athletikhalle Wintersport und Umkleidegebäude Eisschnelllauf	
Zustimmung zum Ausgleich der Mehrkosten innerhalb des Deckungskreises (DK) 3 und des Titels 72009 durch Zurückstellung der Teilmaßnahme Bogensporthalle	
Antrag zur Aufhebung einer Sperre	
gemäß § 8 Haushaltsgesetz 2024/2025 in Verbindung mit § 24 Abs. 3 LHO und Auflage A. 10 und A. 17 – Drucksache 19/1350 zum Haushalt 2024/2025	

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 2479 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Vorsitzender Stephan Schmidt teilt mit, die Tagesordnungspunkte 9 bis 12 würden nach der zweiten Lesung des Einzelplans 13 aufgerufen.

Punkt 13 der Tagesordnung

Fortsetzung der Haushaltsberatungen 2026/2027 (2. Lesung)

Vorlage – zur Beschlussfassung – [2400](#)
Drucksache 19/2627 Haupt(f)
**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**

hierzu:

Austauschseiten im Band 7 – [2400-1](#)
Drucksache 19/2627-1 Haupt
Kapitel 0730, Titel 52135 und 54059

Mitberaten werden:

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [2401](#)
Drucksache 19/2626 Haupt
Finanzplanung von Berlin 2025 bis 2029
(überwiesen gemäß § 32 Abs. 6 GO Abghs auf Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- a1) Bericht SenFin – II A – vom 04.09.2025 [1941 C](#)
Disponibilitätsindex (Finanzplanung 2024-28) Haupt
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025)
- b) Bericht SenFin – Fin II B 13 WT – vom 25.08.2025 [2400 A](#)
IKT-Titelliste 2026/2027 Haupt
- c) Bericht SenFin – II B 13 WT – vom 27.08.2025 [2400 B](#)
FM-Titelliste 2026/2027 Haupt
- d) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 12 – vom [2222 B](#)
12.06.2025 Haupt
Kreditermächtigungen gemäß § 3 Abs. 3 Vertrauliche
BerlSchuldenbremseG für die Jahre 2025 und 2026 Beratung
für die als Extrahaushalte eingestuft
Landesunternehmen
hier: Nachfragen zur Kredithöhe zum 31.12.2024
sowie zur BEN
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025)

- e) Bericht SenFin – Fin II B Ne – vom 21.08.2025 [2379](#)
Bericht zu doppelt veranschlagten
Verpflichtungsermächtigungen für den
Doppelhaushalt 2026/2027
(Berichtsauftrag aus der 79. Sitzung vom 02.07.2025)
Haupt
- f1) Bericht SenFin – II A – vom 15.06.2025 [1872 C](#)
Möglichkeiten der Schuldenaufnahme für den
Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025)
Haupt
- f2) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 1 – vom 28.07.2025 [1872 D](#)
Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 69. Sitzung vom 04.12.2024
und 65. Sitzung vom 04.09.2024)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- f3) Vertraulicher Bericht SenFin – I A 1 – vom 02.10.2025 [1872 E](#)
Entwurf des Klimapakts 2025-2030 – Gemeinsame
Erklärung des Landes Berlin und bedeutender Lan-
desunternehmen zur beschleunigten Erreichung ih-
rer Klimaschutzziele
(Berichtsauftrag aus der 81. Sitzung vom 17.09.2025)
Haupt
Vertrauliche
Beratung
- g) Bericht SenFin – II B Ne – vom 17.08.2025 [2376](#)
Budgetübersichten nach Politik- und
Querschnittsfeldern für den Haushaltsplanentwurf
2026/2027
(Berichtsauftrag aus der 76. Sitzung vom 14.05.2025)
Haupt
- h) Bericht SenFin – Fin II LIP 6 / II BfdH (V) – vom [2377](#)
20.08.2025
Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden
Stadt (SIWA)
Controlling 2025 (Statusbericht)
(Berichtsauftrag aus der 73. Sitzung vom 05.03.2025)
Haupt
- i) Bericht SenFin – II F 24 – vom 03.09.2025 [1905 H](#)
Neue Praxis zur Veranschlagung von
Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025)
Haupt

Einzelplan 10 – Bildung, Jugend und Familie

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses BildJugFam vom 16.10.2025 zum Haushaltsgesetz 2026/2027** [2400 Z](#)
Haupt
- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [2400 AL](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
Haupt
- c) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 AM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
Haupt
- d) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
Haupt

Silke Gebel (GRÜNE) bemerkt generell zu den Änderungsanträgen ihrer Fraktion, dass die Zuwendungsempfänger eine zweijährige Förderzusage erhalten sollten. Deshalb seien in den entsprechenden Titeln Verpflichtungsermächtigungen – VE – eingestellt. Leider gebe es einige Formatierungsfehler, was zur Folge habe, dass bei den VEs eine Null ausgewiesen sei. – Ihre Fraktion werde die Anträge nochmals einreichen, damit sie korrekt seien.

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Bericht SenBJF – ZS B 3 – vom 22.10.2025 [2455 D](#)
Vergleich des Haushalts 2024/2025 zum Entwurf 2026/2027
hier: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2455 D ohne Aussprache zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 1 – Tarifmittel
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)
Haupt

Franziska Brychcy (LINKE) weist darauf hin, dass die zur Verfügung gestellten 14,5 Mio. Euro für Tarifsteigerungen nicht auskömmlich gewesen seien und noch einmal nachgesteuert worden sei, wofür weitere 6 Mio. Euro benötigt worden seien. Sie wolle deshalb wissen, ob nunmehr ausreichend Mittel für Tarifvorsorge im Einzelplan 10 insbesondere für den Schul-

bereich etatisiert seien. Für die Bereiche Jugend und Familie sehe es besser aus, denn dort seien an vielen Stellen Tarifmittel etatisiert. Sollte nachgesteuert werden müssen, wie werde dies erfolgen?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) legt dar, im laufenden Jahr seien die erwähnten 14,5 Mio. Euro ausgegeben worden. Im Laufe des Jahres gebe es Anpassungen, auch was die Leistungen der Träger betreffe. Mittlerweile habe man gemerkt, bei welchen Titeln man umschichten könne, sodass für dieses Jahr davon ausgegangen werde, dass die Tarifmittel knapp ausreichend seien.

Für die Ansätze 2026 und 2027 sei der Dritte Nachtragshaushalt die Grundlage gewesen, mit einer um 2 bis 3 Prozent höheren Fortschreibung. Außerdem sei eine dezentrale Veranschlagung erfolgt. Nunmehr müsse abgewartet werden, wie die Tarifabschlüsse ausfielen. Es werde davon ausgegangen, dass es erneut Nachsteuerungsbedarf im Rahmen der Haushaltswirtschaft geben werde und die dezentrale Etatisierung nicht auskömmlich sei.

Silke Gebel (GRÜNE) beantragt einen Folgebericht, der zur Sitzung am 24. Juni 2026 vorgelegt werden solle. Sie gehe davon aus, dass die Thematik Tarifmittel den Ausschuss auch im kommenden Jahr beschäftigen werde.

Steffen Zillich (LINKE) hat den Ausführungen entnommen, die nachbewilligten Tarifmittel seien für die Jahre 2026 und 2027 nicht verstetigt worden. Der weitere Mittelbedarf sei nicht erst kürzlich aufgefallen, vielmehr hätten die Träger bereits früh im Jahr mitgeteilt bekommen, dass die bis dahin veranschlagten Mittel für Tarifaufwuchs nicht ausreichen. Er gehe davon aus, dass sich diese Situation im Jahr 2026 wiederholen werde. Ihn interessiere, in welcher Höhe nach derzeitigem Erkenntnisstand Mittel benötigt würden, um den Tarifaufwuchs in den Jahren 2026 und 2027 sowie die Verstetigung des Aufwuchses im Jahr 2025 finanzieren zu können.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) bedauert, derzeit könne er keine exakte Summe nennen. Es seien weder alle Anträge eingegangen noch seien sie bewilligt. Zunächst müsse der Kassenschluss abgewartet werden.

Steffen Zillich (LINKE) bringt zum Ausdruck, Element von Haushaltsberatungen sei es, dass in irgendeiner Form eine Prognose abgegeben werde. Bekannt sei, dass die mit der Veranschlagung abgegebene Prognose im Haushaltsentwurf 2026/2027 nicht ausreiche, weil der Sachverhalt Verstetigung des Aufwuchses dort nicht komplett abgebildet sei. Aus seiner Sicht müsse deshalb die Prognose angepasst werden. Dass momentan noch keine endgültige Aussage über den Verlauf des Haushaltsjahres 2025 gemacht werden könne, sei normal.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) wiederholt, die Nennung einer exakten Zahl zum jetzigen Zeitpunkt wäre unseriös. Für dieses Jahr stehe die Zahl von 6,4 Mio. Euro im Raum. Er gehe davon aus, dass sich diese Summe im kommenden Jahr eher noch erhöhen werde. – In welchem Maße im Rahmen der Haushaltswirtschaft nachgesteuert werden könne, werde von den exakten Schülerzahlen, den konkreten Bedarfen je Standort und den von den Trägern eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern abhängen.

Steffen Zillich (LINKE) hält fest, der Tarifaufwuchs sowie die Verstetigung der Tarifaufwüchse im Jahr 2025 seien im Haushaltsplanentwurf 2026/2027 für den Einzelplan 10 nicht komplett abgebildet. Damit stehe das Parlament vor der Situation, dieses zu korrigieren – oder aber auch nicht. Wenn keine Korrektur vorgenommen werde, werde sich die Situation des Jahres 2025 in den Jahren 2026 und 2027 wiederholen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der erbetene Folgebericht sei zugesagt und der Bericht Nr. 1 aus der roten Nr. 2485 zur Kenntnis genommen.

- b) Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der [Haupt](#)
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 2 – Zuwendungsempfangende
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Franziska Brychey (LINKE) stellt fest, in dem Bericht werde konkret benannt, welche Träger und Projekte nicht mehr finanziert würden, womit mehr Transparenz hergestellt sei als bislang. Leider beziehe sich dies nicht auf die Kriterien, anhand derer entschieden worden sei, welcher Träger und welches Projekt weiter finanziert werde. Es sei eine Zuordnung zu Clustern vorgenommen worden, wobei unklar sei, was weiter gefördert werde und was nicht. Im Bereich der politisch-kulturellen Angebote entfielen die Sprungbrettangebote für Geflüchtete, aber auch für das Schulschwimmen und die Praxisklassen würden die Kürzungen umgesetzt, ohne dass es dafür eine kriterienbasierte Begründung gegeben habe. Ihr erschließe sich die Auswahl nicht.

Silke Gebel (GRÜNE) betont, sie habe eine solche Liste für den Fachausschuss erwartet. Aus ihrer Sicht sei es „eine Frechheit“, dass die Liste dem Hauptausschuss vorgelegt werde, nicht jedoch dem Fachausschuss. Einige der Kürzungen seien mittlerweile im Fachausschuss zurückgenommen worden, sodass die Liste nicht mehr aktuell sei. Die Öffentlichkeit könne sich deshalb nicht darüber informieren, wie der aktuelle Sachstand aussehe. Könnten Aussagen zu den Kriterien gemacht werden?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) erläutert, die Berichte bezögen sich auf den ursprünglichen Senatsentwurf des Haushaltsplans 2026/2027. Zudem würden noch gar keine Kürzungen deutlich. Es sei lediglich dargestellt, in welche fachlichen Cluster die Projekte fallen könnten – und dies in Fortschreibung des Dritten Nachtragshaushalts 2024/2025.

Es gebe haushaltstechnische Kriterien nach der LHO. Bei den fachlichen Kriterien spielten die Reichweite, die Kosten-Nutzen-Abwägung, die Ausrichtung von Programmen sowie der Abbau von Doppel- oder Dreifachförderungen eine Rolle. Es müsse dafür Sorge getragen werden, dass mit den begrenzten Ressourcen der maximale Nutzen erzielt werde.

Franziska Brychey (LINKE) betont, es handele sich um politische Entscheidungen, wenn beispielsweise bei den Intensivschwimmkursen die Mittel reduziert würden. Wie passe dies zu der Zielsetzung, dass mehr Kinder Schwimmen lernen sollten? Demnach müsse es auch noch weitere Kriterien als Reichweite und Wirksamkeit geben.

Der Ausschuss nimmt den Bericht Nr. 2 aus der roten Nr. 2485 zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 4 – Kitachancenjahr & KitaFöG
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Franziska Brychcy (LINKE) äußert, sie habe dem Bericht entnommen, für die Sprachstandfeststellung ständen berlinweit 20 Vollzeitäquivalente – VZÄ – zur Verfügung. Es sei bekannt, dass nicht alle Familien die Sprachstandfeststellung in Anspruch nähmen und dass kein Personal zur Verfügung stehe, um bei diesen Familien nachzuhaken und ihnen einen Kitaplatz anzubieten. Wie wolle der Senat dennoch das Kitachancenjahr flächendeckend umsetzen?

Zum Personalschlüssel für unter 3-jährige Kinder: In der entsprechenden Anhörung im Fachausschuss sei dargestellt worden, dass gehe um ca. 270 Mio. Euro, die deshalb zur Verfügung ständen, weil sich weniger Kinder im Kitasystem befänden. Der Bericht besage, dass die Verbesserung des Personalschlüssels im Jahr 2026 125 Mio. Euro kosten werde sowie 193 Mio. Euro im Jahr 2027. Seien dadurch alle durch weniger Kinder freiwerdenden Ressourcen bereits ausgeschöpft?

Der Partizipationszuschlag solle künftig nicht mehr anhand der Zahl von Kindern nicht deutscher Herkunftssprache sowie in Quartiersmanagement-Gebieten – QM-Gebieten – lebenden Kindern, sondern auf der Grundlage der Zahl derjenigen Kinder, die Leistungen für Bildung und Teilhabe – BuT – erhielten, erteilt werden. Führe dies zu Einsparungen? Es stünden Zahlen im Raum, die sich auf eine zweistellige Millionenhöhe beliefen. Offenbar werde für 2026 mit einer Einsparung in Höhe von 25 Mio. Euro und im Jahr 2027 in Höhe von 13,5 Mio. Euro gerechnet. Bedeute dies, dass bei den Kitaträgern Stellen entfielen? Sie frage Letzteres, weil es eigentlich geheißen habe, das Geld solle im System gehalten werden.

Silke Gebel (GRÜNE) wirft die Frage auf, wann mit der automatischen Versendung des Kitagutscheines begonnen werde. Liefen die Vorbereitungen reibungslos? – Da digitale Anwendungen nicht immer fehlerfrei funktionierten, bitte sie um einen Folgebericht vor der Sommerpause.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) erwidert, die Umsetzung des Vorhabens sei für nach den Sommerferien 2026 geplant. Derzeit liefen die programmtechnischen Vorbereitungen. Beim Programm ISBJ gebe es gerade Herausforderungen, die prioritär angegangen werden müssten.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass der Bericht zugesagt sei.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) stellt dar, die Sprachstandfeststellungen seien in § 55 Schulgesetz geregelt, weshalb die Zuständigkeit für die Feststellung des Sprachförderbedarfs bei den Schulämtern liege. Sofern ein Förderbedarf festgestellt werden, sei vorgesehen, dass ein Förderangebot entweder in einem freien Umfeld oder einer Kita umgesetzt werde. Die Schulämter hätten allerdings kein direktes Durchgriffsrecht auf die Kindertagesstätten. Deshalb unterstützten die Jugendämter die Schulämter darin, einen Kitaplatz nachzuweisen. Dies habe in der Vergangenheit leider nicht optimal funktioniert. Im Kitachancenjahr sei diese Ko-

operation nunmehr angelegt worden, damit sie gut funktionieren könne. Technisch werde dies durch ein Monitoring begleitet, sodass dem Senat bekannt sein werde, welches Kind in einem Sprachförderangebot angekommen sei und welches nicht. Auf der Grundlage des Monitorings könne nachgesteuert werden, wofür es unterschiedliche Ressourcen gebe. Die Abwicklung in den Bezirken laufe unterschiedlich gut. Die Senatsverwaltung sei bestrebt, die Bezirke zu unterstützen, damit sie diese bezirkliche Aufgabe umsetzten. Dafür gebe es beispielsweise die Stadtteilmütter, derzeit 270, die im nächsten Jahr auf bis zu 320 ausgebaut werden sollten. Die Stadtteilmütter könnten die Familien direkt aufsuchen und versuchen, sie von einem Kitabesuch zu überzeugen.

Er könne sich weitere unterstützende Prozesse vorstellen. So verfügten die Sprachstandfeststellenden über Kapazitäten, um die Familien aufzusuchen. Auch die Jugendämter könnten die Familien mittels aufsuchender Arbeit direkt erreichen. Mit denjenigen Bezirken, in denen es bislang nicht zu gut laufe, solle es individuelle Verabredungen geben.

Wichtig sei, dass es einen Gesamtüberblick über den erfolgreichen Besuch einer Kita gebe. Bislang liege solch ein Überblick nicht vor. Dies solle mittels des Kitachancenjahrs nunmehr sichergestellt werden.

Mittels des Partizipationszuschlags sollten möglichst Kinder erreicht werden, die aus Transferleistungsfamilien kämen und einen schlechten Sprachstand hätten. Diese Zielgruppe solle deutlich erweitert werden, weil bekannt sei, dass viele Kinder ihren Anspruch nicht wahrnehmen. Er halte dies für ein wichtiges, sozialpolitisches Ziel. Die Ausgestaltung sei Sache des Parlaments, der entsprechende Gesetzentwurf werde in der morgigen Sitzung des Bildungsausschusses beraten. Dass nicht alle mit diesem neuen Indikator zufrieden seien, sei ihm bewusst. Die entscheidende Frage laute jedoch, wie die betroffenen Kinder am besten erreicht würden.

Franziska Brychey (LINKE) stimmt zu, die Umstellung sei richtig, ebenso wie das Ziel, die betroffenen Kinder bestmöglich zu erreichen. Gleichwohl dürfe es sich nicht um eine Sparmaßnahme handeln, weshalb mit der Umstellung keine Einsparungen verbunden sein dürften. Sie werfe die Frage auf, wie erreicht werden könne, dass die Mittel im System verblieben und nicht an SenFin zurückgegeben werden müssten. Das Modell der Sprachkitas sei leider ausgefallen. Mithin durchlaufe man gerade eine schwierige Phase.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht Nr. 4 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 5 – 11. Pflichtschuljahr
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Franziska Brychey (LINKE) erklärt, sie habe dem Bericht entnommen, dass die sogenannte Oktoberstatistik noch nicht vorliege, weshalb keine Aussage getroffen werden könne, wie viele Schülerinnen und Schüler an den Ankerschulen angekommen seien und welcher Personalbedarf daraus resultiere. Lügen die Zahlen mittlerweile vor? Wenn nicht, bitte sie um einen Folgebericht vor der Sommerpause 2026.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) bedauert, er könne noch keine konkreten Zahlen nennen. Die sogenannte Oktoberstatistik liege mittlerweile erst im November vor. Das neue Schuljahr habe zudem sehr spät begonnen, weshalb man sich noch in der Datenkonsolidierung befinde. – Den erbetenen Bericht sage er zu.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht Nr. 5 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2585 zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 6 – Bildungs- und Teilhabepaket
Bericht Nr. 7 – VV Zumessung
Bericht Nr. 8 – Schulmittagessen
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nr. 6 bis 8 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 jeweils ohne Wortmeldung zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 9 – Erstattung von Kosten an Träger
der freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote der Schulen
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Silke Gebel (GRÜNE) fragt, welche Betreuungsmodule der Betreuung in der Grundschule zugrunde lägen. Solle eine Bedarfsprüfung für Früh- und Spätbetreuung eingeführt werden und wenn ja, solle dies zu Einsparungen führen?

Franziska Brychey (LINKE) wirft die Frage auf, wie es mit dem Abruf der Bundesmittel Ganztags aussehe. Sie habe vernommen, dass es dabei zu Problemen komme. Sie interessiere, worin diese bestünden.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) erläutert, die Ganztagsbetreuung an Grundschulen finde von 8 bis 16 Uhr statt. Diese Betreuung sei für die Klassenstufen 1 bis 3 kostenfrei. Ansonsten müssten für die Kostenermittlung die Einkommensbescheide der Eltern beim Jugendamt vorgelegt werden. Hinzu komme das Frühmodul mit einer Betreuung zwischen 6 bis 8 Uhr sowie das Spätmodul von 16 bis 18 Uhr. Bis zum Jahr 2019 sei dafür eine Bedarfsprüfung vorgenommen worden und es habe dargelegt werden müssen, warum man aus sozialpädagogischen oder dienstlichen Gründen das Spätmodul in Anspruch nehmen wolle. Zum Schuljahr 2019/2020 sei diese Bedarfsprüfung abgeschafft worden. Nach der Abschaffung sei kein Personal aus den Bezirken abgezogen worden. Bei der Kostenermittlung handele es sich um Schätzungen, denn es könne derzeit überhaupt nicht gesagt werden, welche Familien einen Anspruch hätten. Für den Wegfall der Bedarfsprüfung bedürfe es einer schulgesetzlichen Änderung und diese wiederum müsse vom Parlament beschlossen werden.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) wendet sich dem Investitionsprogramm Ganztagsausbau zu, das zwar anfangs mit bürokratischen Hemmnissen verbunden gewesen sei, sich jetzt aber in der Umsetzung befinde. Es lägen gut 100 Anträge vor, die derzeit geprüft würden. Man befinde sich in einem guten Austausch mit den bezirklichen Schulämtern. Es gebe jedoch Dokumentationspflichten gegenüber dem Bund, um das Programm auch abrechnen zu können. Es seien klare Fördertatbestände vorgegeben. Dabei handele es sich um die Bereiche Bildungselemente, Verpflegung, Raum, Zeit und Kooperationen. Jeder Antrag müsse darauf geprüft werden, ob er für diese fünf Bereiche passgenau sei. Die Geschäftsprozesse seien optimiert worden, sodass die Antragstellung weitestgehend digital erfolgen könne. Er gehe davon aus, dass die Antragsbearbeitung beschleunigt werde. Zudem solle dieses Modell auf Säule I des Startchancen-Programms übertragen werden. Ziel sei es, die Mittel bis zum Jahr 2029 vollständig abzurufen.

Silke Gebel (GRÜNE) bekundet, sie habe erfahren, dass die Bedarfsprüfungen wieder eingeführt werden sollten. In dem Bericht stehe nicht, wie viele Schülerinnen und Schüler sich in der außerunterrichtlichen Förderung befänden. Ihre Fraktion gehe davon aus, dass diejenigen, die das Früh- und/oder Spätmodul in Anspruch nähmen, dafür auch einen Bedarf hätten. Sie frage noch einmal explizit, ob die Bedarfsprüfungen wieder eingeführt werden sollten und ob davon ausgegangen werde, dass sie zu Einsparungen führten. Wenn Letzteres der Fall sei, wolle sie wissen, mit welcher Summe diesbezüglich gerechnet werde.

Franziska Brychey (LINKE) wirft die Frage auf, wie es ermöglicht werden könne, dass berufstätige Eltern oder Eltern mit besonderen Bedarfen Früh- und Spätmodul nutzen und zugleich eine passgenauere Personalausstattung vorgenommen werden könnten. Beim Spätmodul würden viele Kinder bis 17 Uhr abgeholt, sodass eigentlich kein Personal bis 18 Uhr benötigt werde. Gebe es Überlegungen, um einerseits die Bedarfsprüfungen nicht wieder einzuführen und andererseits bedarfsgerecht Personal zur Verfügung zu stellen.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) legt dar, exakte Zahlen lägen ihr nicht vor, diese könnten aber in den Bezirken nachgefragt werden. – Es bedürfte einer Schulgesetznovelle, wenn gewünscht werde, die Bedarfsprüfung wieder einzuführen. Derzeit lägen sowohl für das Früh- als auch das Spätmodul Anmeldungen vor, die Kinder erschienen aber gar nicht oder aber nutzten nicht die volle Zeit des Moduls aus. Besser wäre es, wenn das für die Früh- und Spätmodule vorgehaltene Personal in den Kernzeiten eingesetzt werden könnte. Momentan würden keine Überlegungen angestellt, die Randzeiten im Früh- oder Spätmodul zu teilen. Unbürokratisch lasse sich das Ganze ohnehin nicht umsetzen, denn individuelle Lösungen und Teilungen der Randzeiten führten zu weiteren Melde- und Dokumentationspflichten, was sich insbesondere auf die Arbeit der Pädagoginnen und Pädagogen auswirken würde. Ihr liege an systemfreundlichen Lösungen.

Silke Gebel (GRÜNE) bittet darum, dass die Zahlen der Hortbetreuung bis zur Sitzung am 24. Juni dargelegt würden.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, der Bericht sei zugesagt und Bericht Nr. 9 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 zur Kenntnis genommen.

Kapitel 1000 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

- b) Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 10 – Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Angebote im Rahmen der ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort); Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote (übergreifend) (Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Franziska Brychcy (LINKE) fragt, ob die Kostenfreiheit in der ergänzenden Förderung und Betreuung – eFöB – Auswirkungen auf deren Inanspruchnahme habe.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) bekundet, ein gewisser Effekt sei feststellbar, wenn man einen Vergleich mit den Zahlen vor Einführung der Kostenfreiheit vornehme. Ob es eine Kausalität sei, müsste genauer untersucht werden. In Berlin sei der Betreuungsgrad traditionell schon immer hoch gewesen. Interessant sei die Frage, ob es einen Effekt haben werde, wenn im kommenden Jahr bundesweit der gesetzliche Anspruch auf Ganztagsbetreuung bestehe.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht Nr. 10 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 11 – Schulstationen (Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Franziska Brychcy (LINKE) hat dem Bericht entnommen, es gebe 71 Schulstationen, von denen 8 vor dem Aus ständen. In vielen Bezirken würden die Personalmittel reduziert, sodass nur noch ein Teil des Personals vorgehalten werden könne. Ihre Fraktion habe sich eindeutig dafür ausgesprochen, die vorhandene Schulsozialarbeit zu erhalten. Sie interessiere deshalb, wie die Gespräche mit den Bezirken verliefen und ob sich Lösungsmöglichkeiten abzeichneten. Sie erinnere daran, dass im Rahmen der Anhörung der Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeister unisono dargestellt worden sei, es gebe massive finanzielle Probleme im Bereich der Hilfen zur Erziehung – HzE –. Als weitere Probleme seien von einigen Bezirksvertretern die Schulstationen sowie die Schüler- und Schülerinnenbeförderung benannt worden. Was werde dafür getan, dass die Schulstationen nicht geschlossen werden müssten? Aus ihrer Sicht wäre das Landesprogramm Schulsozialarbeit nicht in der Lage, das aufzufangen, was jetzt drohe, wegzubrechen.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) berichtet, es gebe 72 Schulstationen. Manche Bezirke setzten im Rahmen ihrer Haushalte andere Schwerpunkte. Es handele sich mithin um eine Frage der bezirklichen Prioritätensetzung. Bedauerlicherweise werde gerade

der Jugendbereich äußerst selten von Kürzungen verschont, weil sie weniger den gesetzlichen Verpflichtungen unterlägen.

Die Senatsverwaltung führe individuelle Gespräche mit den Bezirken, um zu schauen, ob an einzelnen Schulstandorten die Möglichkeit der Umwandlung von unbesetzten Lehrerstellen bestehe, um so die entstandenen Strukturen zu erhalten. Sie habe starke Unterschiede festgestellt, wie die Bezirke mit dem Thema umgegangen seien.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 11 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 12 – Zuwendungsempfangende
Bericht Nr. 13 – Co-Finanzierung
Bericht Nr. 14 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen
des Facility Managements
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nr. 12 bis 14 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 ohne Aussprache zur Kenntnis.

- c) 2. Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom [2485 A](#)
06.11.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht 3 - Jugendgewaltgipfel
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Franziska Brychey (LINKE) wirft die Frage auf, welche Verabredungen es hinsichtlich der Erhebung des Sanierungsbedarfs von Jugendfreizeiteinrichtungen gebe, nachdem diese Aufgabe nicht mehr aus den Mitteln des Jugendgewaltgipfels finanziert werde.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) räumt ein, derzeit gebe es noch keine Alternative zum flächendeckenden Erhebens des Sanierungsbedarfs. Er halte die Erledigung dieses Aufgabe für politisch notwendig. Es werde geprüft, ob eine Finanzierung aus dem Sondervermögen infrage kommen könnte. Es könnte auch gleich mitbetrachtet werden, ob ein digitaler Zwilling eine Lösung sein könnte. – Derzeit müsse er leider sagen, es fehle noch an einer haushälterischen Antwort.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 3 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 A zur Kenntnis.

**Kapitel 1000 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Politisch-
Administrativer Bereich und Service –**

Titel 51715 – Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 14 – Titel 51715
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, der Bericht sei bereits aufgerufen und zur Kenntnis genommen worden.

Titel 51920 – Unterhaltung der baulichen Anlagen für die IKT –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 1

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion der Grünen aus der roten Nr. 2400 AQ ab.

**Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der
Öffentlichkeitsarbeit –**

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 15 – Titel 53101
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Franziska Brychey (LINKE) stellt fest, dass weiterhin bis zu den Jahren 2030/2031 ein hoher Einstellungsbedarf vorhanden sei. Daraus folge, dass auch weiterhin dringend Lehrkräfte ausgebildet werden müssten.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 15 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 1

[2400 AM](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AM ab.

Titel 88401 – Zuführung an das Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt (SIWA)

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 16 – Titel 88401
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

[2485](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt Bericht Nr. 16 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 zur Kenntnis.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und
der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
hier: lfd. Nr. 1

[2400 AL](#)
Haupt

Ansatz **2026:** - 15.000.000
Ansatz **2027:** - 20.000.000

Änderungsantrag Nr. 1 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 18.000
2027: + 24.000

„a) Ausgleich der Änderungsanträge für den Einzelplan 10“

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag Nr. 1 der Koalitionsfraktionen aus der roten Nr. 2400 AL zu.

Titel 51135 – Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 2

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion der Grünen aus der roten Nr. 2400 AQ ab.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 17 – Titel 51185
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache Bericht Nr. 17 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 zur Kenntnis.

Titel 81232 – Entwicklung eines Bildungsportals für die Erwachsenenbildung

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 18 – Titel 81232
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache Bericht Nr. 18 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 zur Kenntnis.

Titel 81250 – Umsteuerung auf eine zentrale, webbasierte Fachanwendung im Rahmen von eGovernment@School

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 19 – Titel 81250
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache Bericht Nr. 19 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 zur Kenntnis.

**Kapitel 1010 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie –
Grundsatzangelegenheiten und Recht des Bildungswesens; allgemeinbildende
Schulen; Lehrkräftebildung –**

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Bericht Senat von Berlin – BJF I C – vom 21.10.2025 [1681 E](#)
Entwicklung der Schülerzahlen sowie mittelfristige Haupt
Lehrkräftebedarfsplanung
gemäß Auflage B. 87 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1681 E ohne Aussprache zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 20 – Lehrkräfteverbeamtung
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Franziska Brychey (LINKE) stellt fest, für Lehrkräfte, die nicht mehr verbeamtet würden, werde der Nachteilsausgleich nur noch aus Alters- oder Gesundheitsgründen gewährt. Das Optionsmodell sei damit abgeschafft worden, was ihre Fraktion für falsch erachte. Im Bericht heiße es, bei dieser Lösung handele es sich um einen guten Kompromiss, was aus ihrer Sicht nicht zutreffe. Bei den 300 Euro Nachteilsausgleich handele es sich um keinen gerechten Ausgleich zu einer Verbeamtung. Hier fehle es an Wertschätzung. Sie bedaure, dass die Frage ihrer Fraktion, wie viele Laufbahnabsolventinnen und -absolventen, die in den Schuldienst einträten, sich tatsächlich für die Verbeamtung entschieden und wie viele angestellt blieben und keinen Ausgleich erhielten, unbeantwortet geblieben sei.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht Nr. 20 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 zur Kenntnis.

- c) Bericht SenBJF – II E 1 – vom 20.10.2025 [2342 B](#)
Flex-Master Haupt
(Berichtsauftrag aus der 84. Sitzung vom 01.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2342 B ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Titel 11110 – Kostenbeteiligung nach dem TKBG für Angebote im Rahmen der
ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort) –
Titel 11917 – Rückzahlung von Zuschüssen an Schulen in freier Trägerschaft –**

Jeweils ohne Wortmeldung.

**Titel 27292 – Zuschüsse der EU aus dem ESF für konsumtive Zwecke
(Förderperiode 2021-2027) –**

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 21 – Titel 27292
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Silke Gebel (GRÜNE) hat dem Bericht entnommen, SenBJF sei für die Kohäsionspolitik nicht zuständig. Der zuständige Europastaatssekretär, angesiedelt in der Senatskanzlei, wiederum habe noch keine Gespräche zum ESF in Brüssel geführt. Welcher zeitliche Horizont sei für diese Gespräche vorgesehen? Insgesamt reduziere sich der finanzielle Rahmen. Deshalb müsse das Land Berlin intensiv für seine Interessen eintreten. Sie bitte um einen Folgebericht zum Juni 2026, in dem dargestellt werden solle, wie sich das Land Berlin um ESF-Gelder bemüht habe.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) betont, es würden selbstverständlich alle Möglichkeiten ausgenutzt werden, um von den ESF-Mitteln partizipieren zu können. Allerdings sei der mehrjährige Finanzrahmen 2028 bis 2034 von der EU-Kommission gerade erst im Sommer präsentiert worden, worüber jedoch noch kein Konsens mit allen Mitgliedsstaaten sowie dem EU-Parlament erzielt worden sei. Eine Beschlussfassung sei bis Ende 2027 vorgesehen. Man werde sich zum gegebenen Zeitpunkt für die Belange Berlins insgesamt, aber auch der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie einsetzen. Man befinde sich diesbezüglich in engem Austausch mit Staatssekretär Hauer.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht Nr. 21 aus der Sammelvorlage rote Nr.2485 zur Kenntnis.

Titel 52509 – Lehr- und Lernmittel sowie Unterrichtsmaterial inklusive der IKT –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und [2400 AL](#)
der Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
hier: lfd. Nr. 2

Ansatz 2026:	60.000
Ansatz 2027:	60.000

Änderungsantrag Nr. 2 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 60.000
2027: + 60.000

„ a) Mehrbedarf für Schülerforschungszentren“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 2 der Koalitionsfraktionen aus der roten Nr. 2400 AL zu.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 22 –Titel 52509
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Franziska Brychey (LINKE) fragt angesichts des Umstandes, dass die Ansätze für die Jahre 2026 und 2027 gleich hoch seien, wie das Thema Inflationsausgleich bedacht werde. Werde zumindest für den Doppelhaushalt 2028/2029 eine Anpassung geplant?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) betont, es handele sich um einen dynamischen Prozess. Zunächst müsse von der Modellrechnung und von den Hochrechnungen hinsichtlich der Schülerzahlen ausgegangen werden. Die exakten Zahlen seien jeweils erst mit dem beginnenden Schuljahr bekannt. In dem Bericht seien die Summen zitiert, die im Aufstellungsroundschreiben für die Bezirke genannt seien. Die weiteren Anpassungen erfolgten im laufenden Prozess.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht Nr. 22 aus der Sammelvorlage Nr. 2485 zur Kenntnis.

Titel 52518 – Qualifizierungsmaßnahmen und Projektmittel (Inklusive Schulen) –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 3

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion der Grünen aus der roten Nr. 2400 AQ ab.

Titel 52520 – Maßnahmen für die Begabungsförderung von Schülerinnen und Schülern –

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und [2400 AL](#)
der Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
hier: lfd. Nr. 3

Ansatz **2026:** 280.000
Ansatz **2027:** 280.000

Änderungsantrag Nr. 3 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 200.000
2027: + 200.000

„a) Mehrbedarf für Begabungsförderung“

Der **Ausschuss** stimmt ohne Aussprache dem Änderungsantrag Nr. 3 der Koalitionsfraktionen aus der roten Nr. 2400 AL zu.

- b) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 4

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion der Grünen aus der roten Nr. 2400 AQ ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 5

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion der Grünen aus der roten Nr. 2400 AQ ab.

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 AM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 2

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 2 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AM ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 23 – Titel 54010
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht Nr. 23 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 zur Kenntnis.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 6

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion der Grünen aus der roten Nr. 2400 AQ ab.

Titel 63207 – Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 24 – Titel 63207
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt ohne Aussprache den Bericht Nr. 24 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 zur Kenntnis.

Titel 67115 – Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Angebote im Rahmen der ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort) –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 7

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion der Grünen aus der roten Nr. 2400 AQ ab.

Titel 68101 – Stipendien, Ausbildungs- und Erziehungsbeihilfen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 8

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion der Grünen aus der roten Nr. 2400 AQ ab.

Titel 68419 – Förderung des Sports –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und
der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
hier: lfd. Nr. 4

[2400 AL](#)
Haupt

Ansatz **2026:** 3.927.000
Ansatz **2027:** 3.927.000

Änderungsantrag Nr. 4 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 2.000.000
2027: + 2.000.000

„Titelerläuterung:

Anpassung der Tabelle:

TA 6: Bewegungsförderung

2026: 2.000.000

2027: 2.000.000

2025: 0

Ergänzung der Erläuterung:

TA 6 Bewegungsförderung

Förderung des Schulsports in Bezug auf Inklusion, Sichtung von Bewegungsförderung und Nachwuchsleistungsförderung.“

Der **Ausschuss** stimmt einstimmig ohne Aussprache dem Änderungsantrag Nr. 4 der Koalitionsfraktionen aus der roten Nr. 2400 AL zu.

b) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 9

[2400 AQ](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt ohne Aussprache den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion der Grünen aus der roten Nr. 2400 AQ ab.

Titel 68511 – Zuschuss an den Lette-Verein

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und
der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
hier: lfd. Nr. 5

[2400 AL](#)
Haupt

Ansatz **2026:** 13.602.000
Ansatz **2027:** 14.262.000

Änderungsantrag Nr. 5 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: + 850.000
2027: + 850.000

Der **Ausschuss** stimmt einstimmig ohne Aussprache dem Änderungsantrag Nr. 5 der Koalitionsfraktionen aus der roten Nr. 2400 AL zu.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 10

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion der Grünen aus der roten Nr. 2400 AQ ab.

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 AM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 3

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AM ab.

- c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und [2400 AL](#)
der Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
hier: lfd. Nr. 6

Ansatz **2026:** 15.603.000
Ansatz **2027:** 15.609.000

VE 2026 843.000
VE 2027 843.000

Änderungsantrag Nr. 6 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 3.502.000
2027: -3.508.000

VE 2026: +/- 0
VE 2027: +/- 0

„a) Fortführung der projektscharfen Förderung

b) Die Teilansätze 6 bis 20 werden wie folgt ersetzt. Die Teilansätze 21-38 werden neu eingefügt.

Anpassung der Tabelle:

TA 6: Projekte der interkulturellen Bildung und Demokratieförderung

2026: 295.830

2027: 295.830

2025: 295.830

TA 7: Schülerhaushalte

2026: 300.000

2027: 300.000

2025: 470.390

TA 8: Berliner Komitee für UNESCO-Arbeit

2026: 3.380

2027: 3.380

2025: 3.380

TA 9: Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt

2026: 394.200

2027: 394.200

2025: 398.200

TA 10: Heroes

2026: 183.990

2027: 183.990

2025: 183.990

TA: 11 Bildung lokaler Alpha-Bündnisse

2026: 288.130

2027: 288.130

2025: 288.130

TA 12: Gesicht Zeigen!

2026: 834.660

2027: 834.660

2025: 834.660

TA 13: QUEERFORMAT Fachstelle Queere Bildung

2026: 446.960

2027: 446.960

2025: 446.960

TA 14: mehr als lernen

2026: 205.370

2027: 205.370
2025: 205.370

TA 15: Klimaschutz am Schulstandort
2026: 32.820
2027: 32.820
2025: 32.820

TA 16: Erwachsenenbildungsgesetz
2026: 379.450
2027: 379.450
2025: 679.450

TA 17: ADAS (Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen)
2026: 185.800
2027: 185.800
2025: 185.800

TA 18: Natur- und Werkpädagogik PFH
2026: 1.074.000
2027: 1.074.000
2025: 1.074.920

TA 19: QueerLeben/inter*trans*Beratung für Jugendliche
2026: 115.900
2027: 115.900
2025: 115.900

TA 20: Sprachförderung
2026: 83.640
2027: 83.640
2025: 83.640

TA 21: RambaZamba / inklusives Theater
2026: 80.000
2027: 80.000
2025: 80.000

TA 22: Helleum
2026: 126.000
2027: 126.000
2025: 126.000

TA 23: BildungsBande / Peer Education Projekt
2026: 50.000
2027: 50.000
2025: 50.000

TA 24: Jugendforschungsschiff

2026: 53.000

2027: 53.000

2025: 53.000

TA 25: i-Päd

2026: 250.000

2027: 250.000

2025: 250.000

TA 26: Lernwerkstatt eXplorarium

2026: 50.000

2027: 50.000

2025: 50.000

TA 27: New Israel Fund

2026: 150.000

2027: 150.000

2025: 150.000

TA 28: duvia e. V.

2026: 150.000

2027: 150.000

2025: 150.000

TA 29: Lernen durch Engagement

2026: 100.000

2027: 100.000

2025: 100.000

TA 30: Talentscouts

2026: 130.000

2027: 130.000

2025: 100.000

TA 31: Initiative LUNA PARK

2026: 35.000

2027: 35.000

2025: 35.000

TA 32: Deschoolonize

2026: 50.000

2027: 50.000

2025: 50.000

TA 33: Empathie macht Schule

2026: 395.000

2027: 395.000

2025: 300.000

TA 34: ABqueer

2026: 20.000

2027: 20.000

2025: 0

TA 35: LSVD Bildungs- und Sensibilisierungsprojekt

2026: 250.000

2027: 250.000

2025: 0

TA 36: German Dream

2026: 500.000

2027: 500.000

2025: 0

TA 37: Landesverband der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Brandenburg e. V.
(lsfb)

2026: 270.000

2027: 270.000

2025: 250.270

TA 38: Außerschulischer Lernort Polizeigefängnis Keibelstraße

2026: 218.500

2027: 218.500

2025: 204.320

Anpassung der Erläuterung: Vor den Angaben zum Gender Budget werden folgende Absätze eingefügt:

TA 6 Projekte der interkulturellen Bildung und Demokratieförderung

Förderung von begegnungspädagogischen Projekten der interkulturellen Bildung und der Förderung der Partizipation von Schülerinnen und Schülern im Sinne der demokratischen Schulkultur sowie die Förderung von Dekolonialisierungsprojekten an Schule⁶ im Rahmen der Demokratiebildung.

TA 7 Schülerhaushalte

Förderung der pädagogischen Begleitung von bezirksfinanzierten Schülerhaushalten als wichtiges Element der Partizipation von Schülerinnen und Schülern an schulischen Entscheidungsprozessen und Form gelebter demokratischer Schulkultur im Rahmen der Strategie „Politische Bildung an Berliner Schulen“.

TA 8 Berliner Komitee für UNESCO-Arbeit

Anteilsfinanzierung des jährlichen Schülerseminars der Berliner UNESCO-Projektschulen.

TA 9 Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt (IGSV)

Mit den Mitteln sollen ressortspezifische Maßnahmen des Landesaktionsplanes gegen Homo- und Transfeindlichkeit, der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“, insbesondere aber folgende Projekte gefördert werden: queer@school, Queer History Month sowie Kofinanzierungen von thematisch relevanten Projekten mit Förderungen des Bundes oder der EU.

TA 10 Heroes

Das Projekt „Heroes“ bildet junge peers aus sogenannten Ehrenkulturen aus, die in Rollenspielen typisches männliches und weibliches Rollenverhalten von jungen Menschen aus sogenannten Ehrenkulturen darstellen und anschließend diskutieren. Die Maßnahme stellt ein Bildungsangebot zur Überwindung stereotyper Rollenbilder und Sexismus in den Schulen dar. Das Projekt wird von 5 auf 8 Schulen ausgeweitet und findet jährlich in allen 8. Klassen statt. Eltern und Lehrkräfte werden in die Umsetzung einbezogen.

TA 11 Bildung lokaler Alpha-Bündnisse

Alpha-Bündnisse sind eine Maßnahme zur Erreichung der Zielstellung der Senatsstrategie Alphabetisierung und Grundbildung. Mit der Gründung lokaler Alpha-Bündnisse wird die Vernetzung von Beratungsstellen, bürgernahen Ämtern und Behörden sowie Einrichtungen mit Bürgerkontakten auf bezirklicher Ebene gefördert. In 2017 erfolgte eine Anschubfinanzierung für die Bildung von lokalen Alpha-Bündnissen. Die Ausweitung des Aufbaus lokaler Alpha-Bündnisse auf alle zwölf Berliner Bezirke ist beabsichtigt.

TA 12 Gesicht Zeigen!

Mit den Ausgaben wird der Betrieb des Lernorts von „Gesicht zeigen!“, „7xjung“ gefördert. An diesem Lernort werden für Schulklassen und Jugendgruppen interaktive Workshops zum Themenfeld „Antisemitismus“, „Islamfeindlichkeit“, „Diskriminierung“ und dem „Empowerment von muslimischen Mädchen und Frauen“ („Die Freiheit, die ich meine“) durchgeführt, die durch höchst innovative, schülernahe Methoden und Formate Jugendliche aus dem gesamten Spektrum der Berliner Bildungslandschaft erreichen. 90.000 € p.a. sind für eine Jungen-/Männerspezifische Erweiterung des Freiheits-Projekts, 80.000 € p.a. für eine quantitative Ausweitung der 7xjung-Workshops am Lernort und 65.000 € p.a. für spezifischere und umfangreichere Beiträge für die Fortbildung der Lehrkräfte und des weiteren pädagogischen Personals vorgesehen (verbindliche Erläuterung).

TA 13 QUEERFORMAT Fachstelle Queere Bildung

Die Fachstelle Queere Bildung setzt insbesondere die Maßnahme „Fortsetzung und Weiterentwicklung der Qualifizierung von Schlüsselpersonen und pädagogischen Fachkräften“ der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) im Bildungsbereich (Schule sowie Kinder-/Jugendhilfe) um. Als Servicestelle zur Umsetzung und Qualitätssicherung von Bildungsarbeit bietet sie Fortbildungen und Beratungen für Schlüsselpersonen und Fachkräfte in den Bereichen Schule sowie Kinder-/Jugendhilfe zu den Themen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt/Diversity auch in Verbindung mit weiteren

Diskriminierungsmerkmalen an und erstellt didaktische Materialien für die Bildungsarbeit in diesen Themenbereichen.

TA 14 mehr als lernen

Das Projekt fördert die Partizipation von Schülerinnen und Schülern und die demokratische Schulkultur durch Coaching von Schülervertretungen.

TA 15 Klimaschutz am Schulstandort

Mit dem Teilansatz wird der „Klimawettbewerb“ finanziert, der ein Anreiz ist, damit die Themen Klimawandel und Klimaschutz möglichst in vielen Berliner Schulen im Schulalltag dauerhaft integriert werden.

TA 16 Erwachsenenbildungsgesetz

Über einen eigenen Fonds sollen innovative Maßnahmen anerkannter Einrichtungen der Erwachsenenbildung gefördert werden. Ziel ist eine Ausweitung und Verstärkung der Bildungsteilnahme von Erwachsenen und eine strukturelle Stärkung des lebenslangen Lernens und seiner Einrichtungen im Land Berlin. Im Rahmen der Umsetzung des Gesetzes soll ein Trägeranerkennungssystem aufgebaut und Maßnahmen anerkannter Träger mit hier etablierten Mitteln gefördert werden.

TA 17 ADAS (Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen) – LIFE e. V.

Das Projekt ADAS hat zum Ziel ein schulisches Beschwerdemanagement zu etablieren. Dies erfolgt durch Erfassung von Beschwerden, unabhängige Beratung, Empowerment und Information. Das Projekt arbeitet im Sinne der Umsetzung des Landesantidiskriminierungsgesetzes und berät insbesondere Schülerinnen und Schüler bei Diskriminierungen und erarbeitet Empfehlungen zum Abbau von diskriminierenden Strukturen.

TA 18 Natur- und Werkpädagogik PFH

Zur Verstärkung der bestehenden Angebote an Grundschulen in ausgewählten Bezirken.

TA 19 QueerLeben/ inter* trans*Beratung für Jugendliche

Beratung von inter und trans Jugendlichen durch den Träger QueerLeben.

TA 20 Sprachförderung

Das Projekt „Sprachbrücken – als Weg zur Schule“ richtet sich vor allem an Geflüchtete aus der Republik Moldau und aus Georgien, die überwiegend aus bildungsfernen Familien stammen. In den Unterkünften des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten erhalten Kinder und Jugendliche ein niedrigschwelliges Bildungsangebot, das auf einen Schulbesuch vorbereitet und diese bei dem Erwerb der Verkehrssprache Deutsch sowie bei der Alphabetisierung unterstützt. Es werden in Kleingruppen am Vormittag und am Nachmittag Bildungsangebote gemacht, zudem gibt es ein Beratungsangebot für die Eltern.

TA 21 RambaZamba / inklusives Theater

Das Theaterprojekt RambaZamba bietet Workshops, Projektstage und -wochen an Schulen, theaterpädagogische Begleitprogramme sowie Fachtagungen und Fortbildungen zur Stärkung der inklusiven Theaterarbeit an Schulen an.

TA 22 Helleum

Mittel für das Kinderforscher*innenzentrum Helleum und dessen Weiterentwicklung zum Jugendforscher*innenzentrum

TA 23 BildungsBande / Peer Education Projekt

Ältere Kinder und Jugendliche begleiten jüngere Kinder, auch Vorschulkinder, in ihrer Entwicklung und übernehmen Verantwortung, lernen durch das eigene Handeln und nehmen sich als selbstwirksam wahr, indem sie befähigt werden, kreative Projekte an Grundschulen und Kitas durchzuführen.

TA 24 Jugendforschungsschiff

Das Jugendforschungsschiff konzipiert als schwimmendes Schülerlabor und außerschulischer Lernort Bildungsangebote mit den Schwerpunkten Gewässerökologie, Regenerative Energien, Wetter für Schulen.

TA 25 Kompetenzstelle intersektionale Pädagogik i-Päd

Die Kompetenzstelle intersektionale Pädagogik i-Päd bietet Angebote für intersektionale Bildung und diskriminierungskritische Organisationsentwicklung für Schulen an.

TA 26 Lernwerkstatt eXplorarium

Mittel zur Fortsetzung des Schulentwicklungsprojektes eXplorarium-Lernwerkstätten

TA 27 New Israel Fund

Das Bildungsprogramm des New Israel Fund Deutschland e. V. arbeitet mit Schülerinnen und Schülern in Workshops zu den Themen Diversität, Toleranz und Antidiskriminierung. Im Fokus stehen dabei der Abbau von Antisemitismus sowie die Förderung eines differenzierten Israelverständnisses.

TA 28 duvia e.V.

Mittel zur Entwicklung und Durchführung von demokratiepädagogischen Angeboten. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf einer diskriminierungssensiblen, diversitätsorientierten und für die Schülerinnen und Schüler lebensweltnahen Vermittlung.

TA 29 Lernen durch Engagement

Lernen durch Engagement oder auch „Service Learning“ verbindet gesellschaftliches Engagement von Schülerinnen und Schülern mit fachlichem Lernen. Zur Vorbereitung dieses pädagogischen Ansatzes sollen Schulen in der Erprobung und Durchführung professionell begleitet werden.

TA 30 Talentscouts

Pädagogische Begleitung von sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern durch Talentscouts mit dem Schwerpunkt auf den erfolgreichen Übergang von Schule in Ausbildung, Studium und Beruf

TA 31 Initiative LUNA PARK

Finanzierung der Koordination, Weiterentwicklung und wissenschaftlichen Begleitung der Projekte der Initiative LUNA PARK e.V.

TA 32 Deschoolonize

Durchführung von Kursen und Workshops an Schulen zu deutscher Kolonialgeschichte.

TA 33 Empathie macht Schule

Projekt zur Befähigung von Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften zur Persönlichkeitsentwicklung. Die Erwachsenen sollen die Kinder dabei begleiten, verantwortungsvoll Beziehungskonzepte auszubilden

TA 34 ABqueer

ABqueer e.V. leistet im Rahmen der IGSV Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu LSBTIQ Lebensweisen in Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen als Fortbildungen und mit einem Peer-to-Peer-Ansatz. Das "Aufklärungsprojekt" fördert hierbei mit seinem autobiografischen Peer-Education-Ansatz auf ganz besondere Weise die Auseinandersetzung mit Themen queerer Lebensweisen bei den Teilnehmenden. „Teach Out“ bietet Fortbildungen für Lehrkräfte und angehende Lehrkräfte zum Thema queere Lebensweisen in der Schule.

TA 35 LSVD Bildungs- und Sensibilisierungsprojekt
Das Bildungs- und Sozialwerk des LSVD Berlin-Brandenburg (BLSB) e.V. leistet Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen im Bereich Schulen, Jugend und Sport zum Thema geschlechtliche und sexuelle Vielfalt. Das Projekt gestaltet mit einem queeren Team Workshops und bietet persönliche Einblicke in die Leben von queeren Menschen durch die Methode des biografischen Erzählens. Auch Workshops mit Konzentration auf das Themenfeld Vielfalt im Sport werden angeboten.

TA 37 Landesverband der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Brandenburg e. V. (lsfb)

Der Landesverband der Kita- und Schulfördervereine Berlin-Brandenburg e. V. (lsfb) ist ein eingetragener Verein und vertritt Kita- und Schulfördervereine beider Länder. Mit seiner Arbeit unterstützt der Verband das Engagement im vorschulischen und schulischen Bildungsbereich durch Qualifizierungsarbeit für Ehrenamtliche und durch die Förderung der Vernetzung der Kita- und Schulfördervereine.

TA 38 Außerschulischer Lernort Polizeigefängnis Keibelstraße

Der außerschulische „Lernort Keibelstraße“ im 1. Obergeschoss der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt animiert Schülerinnen und Schüler durch entdeckendes Lernen am authentischen Ort, die Geschichte der Polizei der DDR und ihre Rolle in der SED-Diktatur kennenzulernen und Gegenwartsbezüge zu grundsätzlichen Fragen von Rechtsstaatlichkeit herzustellen.

(Die gegenüber 2025 entfallenen Teilansätze werden in der Teilansatztafel als TA 39 ff. mit dem Vergleichsbetrag 2025 ausgewiesen.)“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 6 der Koalitionsfraktionen aus der roten Nr. 2400 AL zu.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 25 bis 27 – Titel 68569
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Silke Gebel (GRÜNE) bittet darum, dass ein Folgebericht vorgelegt werde, sobald die Förderrichtlinie vorliege. Für wann sei damit zu rechnen? – In dem Bericht heiße es, jeder, der bereits einmal gefördert worden sei, habe die Freiheit, einen Projektantrag zu stellen. Interessant wäre jedoch zu erfahren, anhand welcher Kriterien entschieden werde, ein Projekt weiter zu fördern. Ihre Fraktion Sorge sich, dass unter dem Deckmantel einer Förderrichtlinie Projekte mit einem bestimmten Grundansatz dort nicht mehr hineinpassten. Dies sollte dann aber auch transparent gemacht werden. Wie solle sichergestellt werden, dass das Verfahren auch dem Parlament gegenüber transparent sei, gleichzeitig aber auch von diesem nicht beeinflusst werde? Werde es eine Jury geben? Wer werde die Entscheidungen treffen?

Franziska Brychey (LINKE) wirft die Frage auf, für welche Bereiche die Förderrichtlinie geprüft werde. Sie frage dies vor dem Hintergrund der Aussage, dass es bislang sehr wenige Förderrichtlinien für den Einzelplan 10 gebe. Auch sie interessierten die Kriterien wie Transparenz, Einheitlichkeit, Reichweite, Wirksamkeit, erreichte Schüler und Schülerinnen, Zweck-Mittel-Relation sowie Bedeutung der Träger und Projekte. Könne zu diesen Kriterien Weiteres ausgeführt werden? Wie werde das Verfahren künftig gestaltet? Wann werde welche Förderrichtlinie vorliegen?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) verdeutlicht, es gehe um mehrere Förderrichtlinien und nicht um eine, die alles abdecke. Im Einzelplan 10 seien bereits mehrere Bereiche – insbesondere bei den Themenfeldern Jugend und Familie – mit Förderrichtlinien versehen. Gleiches gelte für die Erwachsenenbildung, das duale Lernen sowie die Landeszentrale für politische Bildung. Er wiederhole auch an dieser Stelle: Der Bericht beziehe sich auf den vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans.

Zunächst seien fachliche Cluster gebildet worden. Es könne überlegt werden, ob zu jedem Cluster eine eigene Förderrichtlinie erlassen werde oder manche Cluster zusammengefasst würden. Auch für den Schulbereich gälten natürlich die Bestimmungen der LHO. – Zunächst werde der Beschluss über den Haushalt abgewartet; anschließend mache man sich Gedanken über das weitere Verfahren. Er gehe davon aus, dass der gesamte Prozess rund ein Jahr in Anspruch nehmen werde. – Für den Jugendbereich seien keine gesonderten Förderrichtlinien vonnöten, weil es diesbezüglich harte Vorgaben im SGB VIII gebe.

Franziska Brychey (LINKE) bezieht sich auf Bericht Nr. 27 – Urania –, in dem es heiße, es sei eine Sanierung notwendig. Ausweislich des Berichts seien Bundesmittel im Umfang von 32,7 Mio. Euro vorhanden. Allerdings heiße es weiter, das Land Berlin könne seinen Kofinanzierungsteil nicht aufbringen, deshalb solle der Bund vorlegen. Diese Aussage verstehe sie

nicht, denn die Bundesmittel seien doch vorhanden. Sie wolle deshalb wissen, wie es weitergehen solle.

Silke Gebel (GRÜNE) kommt zurück auf die Thematik Zeithorizont für die Erstellung der Förderrichtlinien, wozu sie wissen wolle, für wann die Projekte mit einem Förderbescheid rechnen könnten. Aus ihrer Sicht müsse zunächst die Förderrichtlinie veröffentlicht werden, sodass man sich operativ bereits im Frühjahr 2026 befinde. Wer treffe künftig die Förderentscheidungen? In der Kulturverwaltung sei ein elaboriertes Juryverfahren etabliert. Werde es ein solches auch bei SenBJF geben? Was geschehe in der Zwischenzeit mit den bislang geförderten Projekten? Erhielten diese für einen Zeitraum X kein Geld?

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) wiederholt, die in Rede stehenden Berichte bezögen sich auf den vom Senat verabschiedeten Haushaltsplanentwurf. Aufgrund der Haushaltsberatungen, die bislang stattgefunden hätten, gehe es nicht davon aus, dass die Cluster weiter Bestand hätten. Die Senatsverwaltung sehe keinen Druck, für diejenigen Bereiche, für die es bislang keine Förderrichtlinien gebe, solche zu erlassen. Vielmehr werde sie den endgültigen Beschluss zum Haushalt abwarten und auswerten. Die bestehenden Förderrichtlinien würden selbstverständlich weiter angewandt.

Zur Urania: Auch in diesem Haushaltsentwurf sei ein jährlicher Zuschuss für das laufende Geschäft der Urania ausgewiesen. Dieser Zuschuss sei immer mit der Erwartung verbunden gewesen, dass der Standort unter dem Stichwort „Nationales Bürgerforum“ weiterentwickelt werde. Die Urania habe sich selbst darum gekümmert, wie die Baumaßnahme mit der Sanierung des Bestandsgebäudes aussehen solle. Das Land Berlin habe sich fortlaufend beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien sachkundig gemacht. Deshalb laute der aktuelle Sachstand, dass sich die Maßnahme weiterhin im Bundeshaushalt 2025 befinde und ebenfalls im Haushaltsplanentwurf 2026 berücksichtigt sei. Von Berliner Seite gebe es für das Bauprojekt noch keine endgültige Lösung; darum müsse sich der Haushaltsgesetzgeber kümmern.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 25 bis 27 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 zur Kenntnis.

Titel 68585 – Sonstige Zuschüsse für kulturelle Projekte im Bildungsbereich –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 11

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion der Grünen aus der roten Nr. 2400 AQ ab.

- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und [2400 AL](#)
der Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
hier: lfd. Nr. 7

Ansatz **2026:** 3.030.000
Ansatz **2027:** 3.030.000

Änderungsantrag Nr. 7 Fraktion der CDU und Fraktion der SPD

2026: - 470.000
2027: - 470.000

„a) Fortführung der projektscharfen Förderung
b) Die Teilansätze 1 bis 3 werden wie
folgt ersetzt. Die Teilansätze 4-13
werden neu eingefügt.
Anpassung der Tabelle:

TA 1: TanzZeit
2026: 259.230
2027: 259.230
2025: 250.230

TA 2: ErzählZeit
2026: 192.980
2027: 192.980
2025: 192.980

TA 3: Kulturagenten
2026: 34.090
2027: 34.090
2025: 930.330

TA 4: Fortbildung der Kulturbeauftragten
2026: 11.380
2027: 11.380
2025: 11.380

TA 5: Märchenland (Berliner Märchentage)
2026: 26.140
2027: 26.140
2025: 26.140

TA 6: Musische Kooperationsprojekte
2026: 289.150
2027: 289.150
2025: 289.150

TA 7: Bauereignis Schule
2026: 163.760
2027: 163.760

2025: 163.760

TA 8: Projekt Oper an Schule

2026: 173.180

2027: 173.180

2025: 173.180

TA 9: Theaterpädagogische Projekte

2026: 20.000

2027: 20.000

2025: 20.000

TA 10: Max-Artists in Residence an
Grundschulen

2026: 125.000

2027: 125.000

2025: 125.000

TA 11: Urban dance goes professionell

2026: 1.180.000

2027: 1.180.000

2025: 2.180.000

TA 12: QuerKlang

2026: 50.000

2027: 50.000

2025: 50.000

TA 13: Lesewelt Berlin e. V.

2026: 35.000

2027: 35.000

2025: 35.000

Anpassung der Erläuterung:

TA 1 TanzZeit

TanzZeit ist eine Maßnahme der kulturellen Bildung, die entsprechend dem Rahmenkonzept Kulturelle Bildung umgesetzt wird. TanzZeit gewährleistet die umfassende Tanzvermittlung im Klassenverband für Kinder und Jugendliche unabhängig von deren Herkunft, Alter oder Geschlecht. Die Aufgaben umfassen eine gemeinsame Ausgangsanalyse, individuelle Anpassung der Projekte an die jeweils Beteiligten, eine jährliche öffentliche Präsentation der Einzelprojekte, Prozessbegleitung, Qualitätssicherung, Fortbildung und Weiterentwicklung der Formate. Eingebunden sind alle Schularten und alle Schulstufen aus allen Berliner Bezirken.

TA 2 ErzählZeit

Im Programm „ErzählZeit“ werden Kindern vor allem im Vor- und Grundschulalter von Erzähler/innen, Theaterpädagoginnen und -pädagogen, die an der UdK speziell ausgebildet wurden, regelmäßig Märchen und Geschichten aus verschiedenen Kultu-

ren erzählt. Jeweils über einen Zeitraum von einem Jahr lernen die Kinder, diese Geschichten gestaltend nachzuerzählen, um schrittweise zu ihren eigenen Geschichten und deren Kommunikation vorzustoßen. Damit zielt das Projekt auf die Förderung von Literacy (Teilhabe an der Buch-, Schrift- und Erzählkultur). Überdies ist die Entwicklung der Begriffsbildung, des rezeptiven und produktiven Sprachgebrauchs, der Konzentrationsfähigkeit und des Sozialverhaltens intendiert. Das Programm wird durch Fortbildungsmaßnahmen für die beteiligten Lehrkräfte zum Erwerb von eigener Erzählkompetenz sowie zur didaktischen Einbettung der Erzählstunden in den Unterricht begleitet.

TA 3 Kulturagenten

Im Zentrum des Programms stehen diejenigen Berliner Schulen, die einerseits möglichst vielen Schülerinnen und Schülern die Teilhabe an Angeboten der kulturellen Bildung ermöglichen und andererseits ein künstlerisch-kulturelles Schulprofil entwickeln wollen. Zusätzlich vernetzen sie sich sowohl im Bezirk als auch stadtweit – mit Kultur- und anderen außerschulischen Kooperationspartnern. Kulturagentinnen und -agenten unterstützen die Schulen dabei. Sie sind Prozessbegleiter/-innen im Kontext der kulturellen Schulentwicklung und vernetzen die Akteure und Akteurinnen miteinander. Je nach Bedarf und Entwicklungsstand werden neue Schulen mit künstlerischen Impulsangeboten begleitet oder über einen längeren Beratungsprozess intensiv unterstützt. Erfahrene Schulen können ihre Profilarbeit vertiefen bzw. ihr Erfahrungswissen als Referenzschulen an andere Schulen weitergeben. Den Schulen stehen zusätzlich Mittel für künstlerische Projektarbeit zur Verfügung. Darüber hinaus hat das Programm zum Ziel, Erfahrungen bezüglich kultureller Bildung zu multiplizieren sowie Qualitätsstandards zu formulieren und zu verstetigen. Es geht zukünftig darum, weitere interessierte Schulen aufzunehmen und gleichzeitig die Qualität der Arbeit zu sichern. Trägerin des Programms ist die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung.

TA 4 Fortbildung der Kulturbeauftragten

Im Rahmen des Programms „Kulturagenten für kreative Schulen Berlin“ werden die kulturbeauftragten Lehrkräfte sowie weitere interessierte Lehrerinnen und Lehrer bezüglich künstlerischer Impulse und kultureller Schulentwicklung qualifiziert. Einen Schwerpunkt bilden dabei die Fortbildungsveranstaltungen der zertifizierten Referenzschulen im Kulturagentenprogramm.

TA 5 Berliner Märchentage (Anteilige Finanzierung) – Träger: Märchenland e.V.

Herzstück der Berliner Märchentage sind die kostenlosen Märchenlesungen in Bibliotheken für Kita- und Schulkinder während der jährlich stattfindenden Berliner Märchentage, die von Märchenland e. V. durchgeführt werden. Ziele sind hierbei Sprachförderung sowie die Vermittlung von Werten wie Toleranz, Demokratie und Welttoffenheit.

TA 6 Musische Kooperationsprojekte

In den drei Kooperationsprojekten zwischen Schulen und externen Partnern erweitern Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte ihre musischen Kompetenzen. SING! ist ein Kooperationsprojekt des Rundfunkchores Berlin mit Berliner Grundschulen, Bezirksmusikschulen sowie der Landesmusikakademie Berlin. Ziel der Initiative ist

es, die Kultur des Singens zu fördern und das Singen nachhaltig im Schulalltag zu verankern. Gemeinsam mit den Kindern wird ein interkulturelles Liedrepertoire erarbeitet mit dem Ziel, Sensibilität und Verständnis für andere Kulturen und ihre Musik zu fördern. Das Projekt „Singen und Musizieren in der Grundschule“ des Deutschen Chorverbandes vermittelt fachfremden Grundschullehrkräften musikalische und didaktische Kenntnisse. Dies trägt dazu bei, die Qualität des alltäglichen Musikunterrichts in Grundschulen zu fördern und auf individuelle Bedürfnisse der Kinder in ihrer musikalischen Erziehung einzugehen.

Im Projekt „Förderung junger Ensembleleiter:innen“ lernen musikinteressierte und begabte Schülerinnen und Schüler während einer mehrtägigen Ausbildung, Klein- und Großgruppen anzuleiten. Dabei erarbeiten sie sich erweiterte musikalische, organisatorische und soziale Kompetenzen und setzen musikalisches Engagement verantwortungsbewusst und zielführend um. Die Initiative vom Landesmusikrat Berlin macht sie darüber hinaus auf den musikalischen Lehrberuf als Berufsperspektive aufmerksam.

TA 7 Bauereignis Schule

Träger des Projektes ist Bauereignis Sütterlin Wagner. Das Projekt Bauereignis Schule arbeitet auf zwei Ebenen:

1. Beratung für Schulleiterinnen und Schulleiter sowie Teams von Pädagoginnen und Pädagogen in Bezug auf die Konzeption von lernförderlichen Schulräumen,
2. die räumliche Umsetzung von Planungen in partizipativen Projekten mit Lehrenden und Lernenden. Durch praxisorientierte Gestaltung werden die Identifikation von Kindern und Jugendlichen mit ihrer Lernumgebung gestärkt und Selbstwirksamkeitserfahrungen unterstützt.

TA 8 Projekt Oper an Schule

Im Zentrum des Projekts steht die kostenlose soziale und musische Förderung von Grundschulkindern, insbesondere in Arbeitsgemeinschaften.

TA 9 Theaterpädagogische Projekte

Förderung der Theatertage an Grundschulen, eines schulartenübergreifenden Arbeitstreffens mit theaterpädagogischen Werkstätten sowie prozessorientierter Ferienprojekte mit künstlerischen Formaten.

TA 10 Max-Artists in Residence an Grundschulen

Programm der Stiftung Brandenburger Tor in Kooperation mit der UdK Berlin. Es bietet Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit, ein Atelier in einer Grundschule einzurichten und dort mit Schülerinnen und Schülern, Lehrenden und pädagogischem Personal zusammenzuarbeiten.

TA 11 Urban dance goes professionell

Ausbau der Tanzakademie für Tanzlehrkräfte, Tänzerinnen und Tänzer und Choreographinnen und Choreographen des urban dance durch die Flying Steps.

TA 12 QuerKlang

Projekt zum Experimentellen Komponieren in der Schule, eine Kooperation von UdK und Berliner Schulen

TA 13 Lesewelt Berlin e. V.

Regelmäßige Vorleseveranstaltungen in außerschulischen Einrichtungen

(Die gegenüber 2025 entfallenen Teilansätze werden in der Teilansatztable mit dem Vergleichsbetrag 2025 ausgewiesen.)“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 7 der Koalitionsfraktionen aus der roten Nr. 2400 AL zu.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025

[2485](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10

hier: Bericht Nr. 28 und 29 –Titel 68585

(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Franziska Brychey (LINKE) bezieht sich auf Bericht Nr. 28, in dem es heiße, dass die Senatsverwaltung den an die kulturelle Bildung gerichteten Erwartungen weiterhin gerecht werde. Dies sehe sie anders, insbesondere weil Projekte ganz entfielen und die Ansätze für einige gebildete Cluster halbiert worden seien. Daraus schlussfolgere sie, dass die Erwartungen eben nicht mehr erfüllt würden. Andere Projekte wie beispielsweise TUSCH seien im Rahmen des Dritten Nachtragshaushalts von anderen Senatsverwaltungen als der Bildungsverwaltung gerettet worden. Nur deshalb könnten sie jetzt überhaupt fortgesetzt werden. Deshalb werte sie den Bericht als zynisch.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 28 und 29 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 zur Kenntnis.

Kapitel 1011 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Schulträgerschaft und operative Schulaufsicht der beruflichen und zentral verwalteten Schulen –

Mitberaten wird (übergreifend):

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025

[2485](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10

hier: Bericht Nr. 30 – Beschulung von Kindern und Jugendlichen in Flüchtlingsunterkünften

(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Franziska Brychey (LINKE) wirft die Frage auf, wann die Containerschule am Tempelhofer Feld eröffnet werde. Sie verweise auf den Senatsbeschluss zur dezentralen Unterbringung von Geflüchteten. Sie interessiere, ob sich die Senatsverwaltung für Bildung dafür einsetze, dass der erwähnte Beschluss umgesetzt werde und damit eine dezentrale Beschulung in Regelklassen erfolgen könnte, sodass es zu einer guten Integration und Teilhabe der geflüchteten Schülerinnen und Schüler kommen könnte.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) berichtet, die Willkommenschule am Tempelhofer Feld sei mit 144 Plätzen eröffnet. Ursprünglich habe dies früher geschehen sollen, allerdings hätten erst noch die Einwände des Denkmalschutzes aus dem Weg geräumt werden müssen.

Der Senatsverwaltung sei bewusst, dass es sich nicht um die optimale Lösung handle, allerdings gebe es keine Alternative. Deshalb habe man sich dafür entschieden, an den Ankunftscentren – Tegel, Tempelhof und später auch Hasenheide – zentrale Beschulungsangebote einzurichten. Wenn sich dezentrale Alternativen ergäben, würden die Schülerinnen und Schüler in bezirkliche Schulen überführt werden. Gleiches gelte, wenn die Familien aus den Ankunftscentren auszögen.

Der **Ausschuss** nimmt Bericht Nr. 30 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2485 zur Kenntnis.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 4

[2400 AM](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 53405 – Sachausgaben gemäß § 7 Abs. 5 Nrn. 3 bis 5 Schulgesetz –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 12

[2400 AQ](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 13

[2400 AQ](#)
Haupt

b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und
der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
hier: lfd. Nr. 8

[2400 AL](#)
Haupt

c) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 5

[2400 AM](#)
Haupt

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 31 – Titel 68569
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

[2485](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ebenfalls ohne Aussprache an.

Ansatz 2026: 5.215.000 €

Ansatz 2027: 5.319.000 €

Ansatz 2026: + 420.000 €

Ansatz 2027: + 420.000 €

„a) Fortführung der Förderung für BOB – Berufsorientierung und Bewerbung

b) Vor dem Satz ‚Ansätze werden teilweise gegenüber dem Haushaltsjahr 2025 aufgrund erforderlicher Prioritätensetzung abgesenkt.‘ wird folgender Satz eingefügt: ‚420.000 Euro sind für BOB – Berufsorientierung und Bewerbung vorgesehen.‘“

Franziska Brychey (LINKE) bemerkt, hier gehe es auch um die Berufsorientierung, zu der es in der letzten Plenarsitzung eine Rederrunde gegeben habe. Glücklicherweise habe das Projekt BOB im Fachausschuss durch die Koalitionsfraktionen wieder eingestellt werden können. Dies sei leider bei dem Projekt Berliner Schulpate in Einzelplan 10 nicht der Fall. In Einzelplan 11 – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – sei es noch etatisiert. Sie wolle darauf hinweisen, dass, wenn die Koalitionsfraktionen einen Antrag zur Stärkung der Berufsorientierung einbrächten, man dies auch konkret mit Projekten umsetzen müsse, beispielsweise auch an der Grundschule. Es wäre gut, wenn das Projekt Berliner Schulpate weiterhin über den Einzelplan 10 gefördert werden würde, weil es ein zentrales Angebot sei. Es gehe auch um die Anzahl der Grundschulen, die an einem solchen Projekt teilnehmen könnten, das niemals flächendeckend sei. Insofern sei es schade, dass der Titel bisher noch nicht wieder eingestellt worden sei, und ihre Koalition wolle dies den Koalitionsfraktionen für die Restelesung ans Herz legen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei der Bericht Nr. 31 der Sammelvorlage zur Kenntnis genommen.

Kapitel 1012 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Operative Schulaufsicht der allgemeinbildenden Schulen –

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 14

[2400 AQ](#)
Haupt

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 32 – Titel 11921
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab und nimmt den Bericht Nr. 32 der Sammelvorlage zur Kenntnis.

Titel 42221 – Bezüge der Anwärtnerinnen und Anwärtler –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 33 – Titel 42221
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Franziska Brychey (LINKE) stellt fest, erfreulicherweise sei hier eine leichte Erhöhung der Besoldung geplant. Da Berlin bei der Besoldung der Referendarinnen und Referendare im Mittelfeld liege, würde sie interessieren, zu wann diese mögliche Besoldungserhöhung geplant sei, für die 1,3 Mio. Euro zusätzlich etatisiert seien. Beim Besuchsprogramm der Präsidentin für Amtsanwärtnerinnen und -anwärter hier im Haus hätten die bildungspolitischen Sprecherinnen und Sprecher erfahren, dass diese sich eine Erhöhung wünschten, weil sie im Vergleich zu den Kolleginnen und Kollegen im berufsbegleitenden Referendariat bzw. im Quereinstieg sehr wenig Geld hätten: 1 700 Euro vor Steuern und weiteren Abzügen.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) erläutert zum Verfahren, erst seien die Tarifverhandlungen abzuwarten, danach werde der Landeshausaltsgesetzgeber die Erhöhung der Besoldung beschließen. Insofern liege der Zeitpunkt nicht in der Hand der SenBJF.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei der Bericht Nr. 33 der Sammelvorlage zur Kenntnis genommen.

Titel 51101 – Geschäftsbedarf –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 34 – Titel 51101
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 34 der Sammelvorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 15

[2400 AQ](#)
Haupt

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 35 – Titel 52501
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

[2485](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Franziska Brychcy (LINKE) äußert, der Bericht habe sie „ein bisschen geschockt“. Darin heiße es, es gebe gar keine Krise von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf, die nicht beschult würden. SenBJF habe selbst auf die Schriftliche Anfrage – Drucksache 19/22544 – der Abgeordneten Burkert-Eulitz geantwortet, dass knapp 3 000 Kinder nicht oder nicht vollständig beschult würden. Dies sei aus ihrer Sicht eine Krise, um die man sich kümmern müsse. Reiche es SenBJF aus, jetzt eine Datengrundlage zu schaffen? Eigentlich stehe der Senat in der Verantwortung, auch Maßnahmen zu treffen, damit man zu einer vollständigeren Beschulung komme und Kinder mit Förderbedarf auch Schulplätze erhielten.

In dem Bericht werde die geplante Ausführungsvorschrift für die Beförderung von Schülerinnen und Schülern angesprochen. Diese sei zu begrüßen, weil die Bezirke deutlich gemacht hätten, dass dieser Bereich volatil sei und hier in der Haushaltsnot möglicherweise gekürzt werden müsse. Wann sei mit der Ausführungsvorschrift zu rechnen, sodass beispielsweise auch Kinder im Grundschulbereich die Möglichkeit hätten, verlässlich, auch in den Ferien, zum Ganztag befördert zu werden?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) entgegnet, sie freue sich, dass die Abgeordnete Brychcy anerkenne, dass es hier ein großes Problem gebe, das unter Rot-Rot-Grün entstanden sei. Sie freue sich auch, dass es nun unter Schwarz-Rot möglich sei, eine ehrliche Abfrage zu machen. Die rund 2 800 Schülerinnen und Schüler seien nicht alle in der 1. und 2. Klasse, sondern zu einem erheblichen Teil in den weiterführenden Schulen. Sie hätten unter einer anderen Federführung und Verantwortung der Bildungspolitik tatsächlich keinen Platz und keine adäquate Qualifikation und Professionalität in den Schulsystemen gefunden.

Zur Schulbeförderung habe es eine Rückmeldung von den Bezirksstadträten gegeben, dass es hier Probleme gebe. Ihr Haus habe darauf umgehend reagiert und die Ausführungsvorschrift angepasst, sodass die Bezirke zukünftig eine Möglichkeit hätten, die Schülerinnen und Schüler mit Bedarf tatsächlich adäquat zu befördern und sie vollumfänglich am Schulalltag teilha-

ben zu lassen. Zum aktuellen Schuljahr 2025/26 habe man kurzfristig sehr wohl Maßnahmen ergriffen. Es hätten wesentlich mehr sogenannte Kleinklassen und Autismusklassen ins Leben gerufen werden können. Dies beruhe auf Freiwilligkeit der Schulen. Die bezirklichen Schulaufsichten hätten eine Abfrage durchgeführt, welche Schulen sich dies vorstellen könnten, um die Schülerinnen und Schüler, die momentan nicht oder verkürzt beschult würden, wieder einer weitestgehenden Regelbeschulung zuzuführen.

SenBJF werde zudem Ende 2025 ein Team von Expertinnen und Experten einberufen, um zu schauen, was systemisch und strukturell notwendig sei, um diese Schülerinnen und Schüler mit ganz unterschiedlichen Bedarfen mittel- und langfristig zu beschulen. Es gebe unterschiedliche Gründe, warum Schülerinnen und Schüler kurz oder gar nicht beschult würden, beispielsweise psychische Probleme, besonders komplexe Förderbedarfe und vieles mehr, daher brauche es unterschiedliche Maßnahmen. Sie teile nicht den Ansatz der letzten Jahrzehnte, „viel hilft viel“. Sie werde nicht pauschal Ressourcen ins System geben, sondern gemeinsam mit Expertinnen und Experten schauen, was konkret benötigt werde, um das System nachhaltig zu stärken.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) ergänzt, bezüglich der AV Schulbeförderung auf Grundlage der SopädVO befinde man sich im Geschäftsgang. Sein Haus habe eine AG mit bezirklichen Vertreterinnen und Vertretern und in enger Abstimmung mit SenFin eingerichtet, die einen Entwurf erarbeitet habe. Dieser sei bereits durch den Landesschulbeirat gegangen, man habe aber noch Hinweise aus dem Beirat und von den Bezirken erhalten. Man wolle in dieser AV auch erstmalig sauber die Aufteilung und die Zuständigkeiten zwischen den Bereichen Schule und Jugend regeln. Die Beförderung der Schülerinnen und Schüler mit Beeinträchtigungen sei ein einklagbares Recht. Wenn es über die Teilhabeleistung im Jugendbereich eingeklagt würde, würde es sehr teuer, deswegen sollte die Beförderung grundsätzlich über die Schulämter organisiert werden. Er sei dankbar dafür, dass SenFin für dieses Jahr für die Bezirke bereits einen Basiskorrekturtatbestand in Aussicht gestellt habe. Man sei im engen Schulterschluss mit den bezirklichen Schulträgern, um hier gemeinsam eine gute Lösung zu finden. In der AV könnten auch noch einmal die Leitplanken für die Antragsbearbeitung und -bewilligung sauberer geregelt werden, beispielsweise, was zumutbare Kriterien für die Beförderung seien. Man wolle den Geschäftsprozess schnellstmöglich abschließen, damit man die AV in Kraft setzen könne. Auf dieser Grundlage werde es ein gesamtstädtisches Handeln der bezirklichen Schulträger geben.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei der Bericht Nr. 35 der Sammelvorlage zur Kenntnis genommen.

Titel 52610 – Gutachten –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 16

[2400 AQ](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 54002 – Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung) –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 36 – Titel 54002
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** den Bericht Nr. 36 der Sammelvorlage zur Kenntnis.

Titel 68554 – Schulbezogene Jugendsozialarbeit –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 17
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 AM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 6

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 37 – Titel 68554
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Franziska Brychcy (LINKE) sagt, in dem Bericht werde bestätigt, dass die Projektmittel auf 1 300 Euro gesenkt worden seien. Wenn höhere Bedarfe entstehen sollten, beispielsweise für Verbrauchsmaterialien oder für Supervision und Ähnliches, gebe es hier eine Möglichkeit, nachzusteuern und einen Antrag zu stellen? Das Ziel sei eigentlich gewesen, an jeder Schule zumindest eine Stelle zu schaffen. Warum gebe es in diesem Bereich nicht einen kleinen Aufwuchs, um die neuen Schulen, die noch nicht mit Schulsozialarbeit ausgestattet seien, ebenfalls mit mindestens einer Stelle zu versorgen?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) antwortet, sie teile die Einschätzung, dass es an jeder Schule mindestens eine Schulsozialarbeiterin oder einen Schulsozialarbeiter geben sollte, vollumfänglich. Ihr Haus arbeite mit Hochdruck daran, dass dies auch an neu gegrün-

deten Schulen der Fall sei. Es habe keine bewusste Entscheidung gegen einen entsprechenden Aufwuchs gegeben, sondern man habe hier haushälterische Zwänge. Im Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ haben man aber bei den landeseigenen Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern Möglichkeiten, dort besser zu steuern, um zukünftig auch neu gegründete Schulen schnellstmöglich mit einer eigenen Schulsozialarbeitsstelle zu versehen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit sei der Bericht Nr. 37 der Sammelvorlage zur Kenntnis genommen.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

- | | |
|---|---|
| a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 18 | <u>2400 AQ</u>
Haupt |
| b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und
der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
hier: lfd. Nr. 9 | <u>2400 AL</u>
Haupt |
| c) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 7 | <u>2400 AM</u>
Haupt |

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ebenfalls ohne Aussprache an.

Ansatz 2026: 687.000 €
Ansatz 2027: 568.000 €

Ansatz 2026: - 116.000 €
Ansatz 2027: - 116.000 €

„a) Wiederherstellung der konkreten Nennung von Teilansätzen

b) Die Teilansätze 1 bis 5 sowie 7 bis 9 bleiben unverändert bestehen. Teilansatz 6 wird wie folgt ersetzt.

Anpassung der Tabelle:

TA 6 Medienhof/Sprachbildung
2026: 211.500
2027: 211.500
2025: 210.900

Ersetzung der bisherigen Erläuterung zu TA 6 durch folgenden Absatz:

„TA 6 Medienhof/Sprachbildung

Die Sprache ist der Schlüssel zur Integration von Kindern und Jugendlichen in Schule und Ausbildung. Um die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Flucht- und Migrationserfahrung sowie von Kindern und Jugendlichen im Kiez zu erhöhen, benötigen diese ein Unterstützungsangebot im Bereich Sprach- und Lernförderung sowie bei der Vorbereitung auf Prüfungen. Erfahrene Träger wie der Medienhof führen Angebote für Schülerinnen und Schüler in den Bereichen Sprache und Lernförderung durch und unterstützen so deren Integration in Schule und Ausbildung.“

Maßnahmengruppe 03 – Berliner Schulbudget – Grundbudget

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025

[2485](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10

hier: Bericht Nr. 38 – Berliner Schulbudget – Grundbudget

(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 38 der Sammelvorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68477 – Zuschüsse für Träger zur Stärkung sozialraumbezogener Bildungsstrukturen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025

[2485](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10

hier: Bericht Nr. 39 – Titel 68477

(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 39 der Sammelvorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1013 – Berliner Landesinstitut für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung an Schulen (BLiQ) –

Mitberaten wird (übergreifend):

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 40 – BLiQ
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, da das BLiQ eine sehr zentrale neue Einrichtung im Bildungsbereich sei und sich hier viele Maßnahmen fänden, die vorher einzeln im Haushalt gestanden hätten, erbitte sie einen Folgebericht zum 24. Juni 2026 dazu, wie es angelaufen sei. Sie hätte gern die Gelegenheit, das BLiQ weiter im Hauptausschuss zu begleiten, weil es sich um ein wichtiges Steuerungsinstrument handle. Die entsprechenden Fragen werde ihre Fraktion noch schriftlich einreichen.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu ein Folgebericht angefertigt werde. – Damit sei der Bericht Nr. 40 der Sammelvorlage zur Kenntnis genommen.

Titel 42701 – Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 19

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 52501 – Aus- und Fortbildung –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 AM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 8

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 52520 – Maßnahmen für die Begabungsförderung von Schülerinnen und Schülern –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 20

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Kapitel 1014 – Berliner Landeszentrale für politische Bildung –

Titel 52513 – Politische Bildungsarbeit –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 AM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 9

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 41 – Titel 52513
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab und nimmt den Bericht Nr. 41 der Sammelvorlage ebenfalls ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 21

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 42 – Titel 68569
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Franziska Brychey (LINKE) erkundigt sich, warum ausgerechnet bei den Projekten Wahlalter 16 und communityorientierte aufsuchende politische Erwachsenenbildung diese Kürzungen umgesetzt und diese Teilansätze ausgewählt worden seien. Der Bericht sei nicht aufschlussreich bezüglich der Frage, warum angesichts der aktuellen Lage in diesem Bereich 200 000 Euro gekürzt würden. Ihre Fraktion bitte die Koalitionsfraktionen zu prüfen, ob man diese wieder einstellen könne. Man sehe dies nicht fachlich begründet und könne aus dem Bericht keinerlei überzeugende inhaltliche Kriterien wahrnehmen.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) erklärt, sie wolle die Ausführungen ihrer Vorrednerin korrigieren. Man habe Teilansatz 2 deutlich aufgestockt und hierhin Mittel aus anderen Teilansätzen überführt. Ihr sei bewusst, dass hier trotzdem noch eine Kürzung hinterlegt sei, so wie bei vielen anderen Projekten. Es gehe hier um den Zuwendungsbereich. Wie sie bereits in der ersten Lesung deutlich gemacht habe, sei der Großteil des Etats der Senatsverwaltung für Bildung gesetzlich verpflichtend gebunden. Der Spielraum, in dem man dem reduzierten Eckwert de facto Rechnung tragen könne, sei also relativ schmal. Grüne und Linke fragten, warum die Tarifmittel nicht eingepreist seien, und monierten Kürzungen bei Schwimmintensivkursen, Ferienschulen und kultureller Bildung. Sie müssten aber auch einmal sagen, wo sie die Mittel einsparen wollten. Sie selbst sage deutlich, dass sie nicht bei der Schulbauoffensive – BSO – und beim Personal kürze. Die Kürzungen träfen sie selbst auch schmerzlich, aber wenn man alles beibehalten wolle, was jetzt thematisiert und skandalisiert werde, müsse man fragen, woher das Geld dafür kommen solle. Ihre Schwerpunktsetzung sei es, wie schon mehrfach dargestellt, das System am Laufen zu halten. Man habe bereits in der ersten Lesung festgestellt, dass Grüne und Linke hier eine andere Auffassung hätten und die Zuwendungsbereiche wichtiger fänden als das System. Dann müssten sie aber sagen, wo sie im System bereit wären zu kürzen, damit jeder beurteilen könne, wo sie ihre bildungspolitischen Schwerpunkte setzten.

Franziska Brychey (LINKE) merkt an, man habe im Fachausschuss eine sehr ausführliche zweite Lesung durchgeführt. Dabei habe die Senatorin zur Kenntnis genommen, wo Grüne und Linke Prioritäten gesetzt hätten. Die hier eingesparten 200 000 Euro wären eine solche Priorität gewesen. Die Koalition habe deutlich gemacht, dass sie jetzt Kredite in Höhe von 6 Mrd. Euro aufnehme. Ihre Fraktion begrüße dies, um den Haushalt zu stabilisieren. Man müsse sich aber auch die Frage stellen, ob jede einzelne Kürzung, die in den Senatsentwurf eingestellt worden sei, bevor diese Entscheidung gefallen sei, fachlich gerechtfertigt sei. Dies sei hier nicht der Fall. SenBJF habe im Bildungsbereich im Einzelplan einen Schwerpunkt auf das BLiQ gelegt und eine Gesetzesnovelle für die freien Schulen eingebracht, die auch über 2027 hinaus mit einem enormen Aufwuchs hinterlegt werden müsse. Ihre Fraktion akzeptiere dies, sie hätte aber beispielsweise bei der Wartefrist keinen Schwerpunkt gelegt. Dazu werde sie auch noch einen Änderungsantrag einreichen. Die Linke wolle den Schwerpunkt eigentlich auf das öffentliche Schulsystem legen, zum Beispiel bei der BSO.

Die Senatorin sei auch nicht ganz ehrlich. Bei der PMA-Auflösung 2024 habe sie durchaus bei der BSO gekürzt, nämlich zwei zentrale Schulbauprojekte in Reinickendorf und Pankow. Dies sei schmerzlich. In Reinickendorf gehe es um eine Schule im GE-Bereich, die sehr wichtig sei und wo gerade diskutiert werde, wie man das Projekt noch retten könne. Es sei immer eine Abwägungsentscheidung, aber dann müsse man auch ehrlich zu der Schwerpunktsetzung stehen. Sie appelliere an die Koalitionsfraktionen, bei der Resteleseung am 3. Dezember 2025, wenn noch Schwerpunkte gesetzt werden könnten mit Mitteln, die bei der Haushaltsaufstellung noch nicht vorhanden gewesen seien, diese 200 000 Euro nicht zu kürzen. In den Bereichen politische Bildung und Demokratieförderung stehe man vor großen Herausforderungen, auch im Zusammenhang mit Antisemitismusprävention. Aus ihrer Sicht dürfe hier nicht gekürzt werden.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) weist erneut darauf hin, dass SenBJF den Teilansatz 2 um über 450 000 Euro erhöht habe. Es sei nicht gekürzt worden. Man habe von drei Teilansätzen, die gekürzt worden seien, den größten Teil in Teilansatz 2 überführt und bilde ihn damit dort mit ab. Die Landeszentrale für politische Bildung habe also nicht die Kürzungen erfahren, die die Abgeordnete Brychcy gerade postuliert habe. Grüne und Linke wollten beim Unterhaltsvorschuss kürzen, wodurch sie Alleinerziehenden und Geringverdienenden in die Tasche griffen. Auch im Bereich der Gutachten seien Anträge gestellt worden. Die Amtsärzte seien aber wichtig für die Neueinstellungen. Weitere Bereiche, in denen nach Vorstellung von Grünen und Linken gekürzt werden solle, seien eFöB und Schulen in freier Trägerschaft. Hätte SenBJF die Schulgesetznovelle nicht durchgeführt, wären in den kommenden zwölf bis 18 Monaten 3 000 bis 5 000 Schulplätze verloren gegangen. Gleichzeitig beschwerten diese sich über volle Klassen an den öffentlichen Schulen. Dies sei unehrlich.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab und nimmt den Bericht Nr. 42 der Sammelvorlage zur Kenntnis.

Kapitel 1015 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Grundschulen –

Titel 67115 – Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Angebote im Rahmen der ergänzenden Förderung und Betreuung (ehemals Hort) –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 22

[2400 AQ](#)
Haupt

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 43 – Titel 67115
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab und nimmt den Bericht Nr. 43 der Sammelvorlage ebenfalls ohne Aussprache zur Kenntnis.

[Unterbrechung der Sitzung von 14.31 Uhr bis 15.02 Uhr]

**Titel 67131 – Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für
Ganztagsangebote der Schulen –**

Mitberaten wird:

2. Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom [2485 A](#)
06.11.2025 Haupt
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht 9 – Erstattung von Kosten an Träger der
freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote der Schulen
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 9 der Sammelvorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68507 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 AM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 10
- b) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 23

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 44 und 45 – Titel 68507
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der AfD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ohne Aussprache ab.

Silke Gebel (GRÜNE) erklärt, zu dem Bericht zu den Zuschüssen an Schulen in freier Trägerschaft hätte ihre Fraktion gern einen Folgebericht. Wenn die geplante Novelle 2026 umgesetzt werden werde, sei es wichtig, dass der Hauptausschuss dies begleite. Bei einigen Punkte könne SenBJF zu den Mehrkosten noch gar nichts sagen. Das Ziel sei, mit dem Gesetz sonderpädagogische Förderbedarfe zu stärken, was Auswirkungen auf die SIBUZ haben werde. Die Schulgeldtabelle solle eigentlich dazu führen, dass an den Schulen in freier Trägerschaft mehr Kinder seien, die die gesamte Berliner Mischung repräsentierten. Dies im weiteren Verlauf zu begleiten, finde sie wichtig. – In dem Bericht heiße es, dass die Ersatzschulen frei entscheiden könnten, wofür sie die Mehrmittel ausgaben. Wie wolle SenBJF gemeinsam mit den Schulen erreichen, dass hier die gewünschte Steuerung stattfinde?

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu rechtzeitig zur Sitzung am 24. Juni 2026 ein Folgebericht angefertigt werde.

Franziska Brychey (LINKE) stellt fest, was die Gleichstellung hinsichtlich der Förderbedarfe betreffe, solle es eine Personalkostenausstattung für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf geben sowie einen Aufwuchs bei der Begutachtung beim SIBUZ. Allerdings sei laut dem Bericht nicht mehr Personal dafür eingestellt worden. Die Gesetzesnovelle werde dazu führen, dass mit demselben Personal deutlich mehr Begutachtungen durchgeführt werden müssten. Die Ausstattung der SIBUZ sei zuletzt ohnehin schon sehr eng gewesen, gerade im inklusionspädagogischen Bereich, sodass neben der Begutachtung gar keine Besuche mehr an den Schulen hätten stattfinden können. Warum seien hier nicht zumindest temporär mehr Stellen vorgesehen, damit die Gesetzesnovelle auch gut begleitet und die Begutachtung möglichst beschleunigt werden könne? Teilweise gebe es Wartezeiten von vielen Monaten.

Zur Mietentwicklung: Es gebe jetzt den Fall einer Freien Waldorfschule in Treptow, die durch die Mietpreise in ihrer Existenz bedroht sei. Wie könne man mit solchen Einzelfällen umgehen, damit keine Schulplätze wegfallen würden? Im öffentlichen Bereich gebe es bekanntlich 25 000 Schulplätze zu wenig, und man wolle eigentlich jede einzelne Schule sichern. Gebe es hierzu Gespräche mit der betroffenen Schule oder allgemein ein Verfahren, um eine Stabilisierung zu erreichen, damit nicht noch mehr Schülerinnen und Schüler in den öffentlichen Schulen versorgt werden müssten?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) bemerkt eingangs, vorhin habe der Schwerpunkt auf dem öffentlichen Schulsystem gelegen, jetzt liege er offenbar doch auf den Schulen in freier Trägerschaft. – Die Schulen in freier Trägerschaft nähmen schon seit vielen Jahren sehr wohl Schülerinnen und Schüler aus sozial benachteiligten Familien und mit För-

derbedarf auf. Es sei richtig, dass sie deutlich weniger begutachteten als im öffentlichen Schulsystem, weil dies bisher nie eine Berücksichtigung in der Ressourcenzumessung gefunden habe. Dies werde sich zukünftig ändern. Man fange 2026 lediglich damit an, die Bewerbungsfrist zu verkürzen und habe dafür Mittel eingestellt. Alles, was mit Änderungen in der Ersatzschulfinanzierung und der entsprechenden Verordnung zu tun habe, greife zum Schuljahr 2027/28. Hier gebe es also ein anderes Zeitfenster. Im aktuellen Doppelhaushalt beträfen diese Änderungen nur fünf Zwölftel des Jahres 2027, sodass es hier womöglich einen anderen Einsatz von Haushaltsmitteln geben werde.

Selbstverständlich könne man dies nicht genau beziffern. Die Schülerinnen und Schüler seien nicht begutachtet, und die Schulgeldtabelle liege noch nicht vor. Man habe eine Schätzung mit groben Zahlen von den Schulen in freier Trägerschaft erhalten, auf der die im Doppelhaushalt hinterlegten Mittel basierten. Die Schulen müssten jetzt das Zeitfenster bis zur geänderten Ersatzschulzuschussfinanzierung im Jahr 2027 nutzen, um diese Begutachtungen durchzuführen. Gut 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler besuchten eine Schule in freier Trägerschaft. Sie gehe davon aus, dass sich die Verhältnismäßigkeit von Schülerinnen und Schülern mit Förderbedarf bestenfalls ähnlich darstelle wie an öffentlichen Schulen. In jedem Fall werde es mehr Begutachtungen geben müssen. Die Begutachtungen in den SIBUZ führten abgeordnete Lehrkräfte durch. Man werde mit den SIBUZ besprechen, ob man die Abordnungen anpassen müsse, damit die Begutachtungen entsprechend bearbeitet werden könnten. Die Länge des Begutachtungsverfahrens hänge aber teilweise auch von den rechtlichen Vorgaben ab. Es sei nicht ausschließlich der Personaleinsatz, der zu einer Dauer von bis zu zwölf Monaten führen könne, sondern auch gesetzliche Vorgaben, die in der Diagnostik des Förderbedarfs viele Schritte notwendig machten.

Unter Rot-Rot-Grün sei eine Unterstützung bei den Mietkosten immer ausgeschlossen gewesen, aber sie freue sich, dass sich in den letzten eineinhalb Jahren alle so für die freien Schulen interessierten. Es gebe die Basisfinanzierung in Höhe von 93 Prozent der Personalkostendurchschnittssätze. Sachkosten seien bisher überhaupt nicht abgebildet. Die CDU sei gern bereit, darüber zu sprechen, zukünftig auch die Sachkosten mit in Betracht zu ziehen.

Franziska Brychey (LINKE) merkt an, die Senatorin habe die Abordnungen genannt. Die vorige Koalition habe aber auch im schulpsychologischen Bereich Beschäftigungspositionen geschaffen, die jetzt abgebaut worden seien. Im inklusionspädagogischen Bereich habe es in den letzten Jahren keinerlei Aufwuchs gegeben. Nach ihrer Information sei die Situation hier bereits sehr angespannt und könnten viele Aufgaben, die ansonsten an den Schulen hätten erledigt werden können, im Moment kaum noch umgesetzt werden. Die Begutachtungen seien wichtig, damit die Schülerinnen und Schüler zu ihrem Recht kämen, aber die Personalausstattung sei sehr knapp. Sie begrüße es, dass die Senatorin hier gegebenenfalls noch einmal nachsteuern wolle.

Zur Schwerpunktsetzung: Vorhin sei es ihrer Fraktion konkret um die Wartefrist gegangen, also um die Frage, wie sich das Schulsystem zukünftig gestalte. Es sei über die BSO gesprochen worden. Hier wolle ihre Fraktion den Schwerpunkt im öffentlichen Bereich legen. Schulplätze, die jetzt schon vorhanden seien, wolle man aber sichern, und dazu brauche man die freien Schulen. Wenn ein Notfall eintrete und wegen der Mietkosten mehrere Hundert Schulplätze wegzufallen drohten, müsse man flexibel eine Lösung finden. In der Vergangenheit seien auch bereits Lösungen gefunden worden. Dies habe sie jenseits der Bewertung der

Schulrechtsnovelle ansprechen wollen. Die Novelle werde im Übrigen enorme Auswirkungen haben; ab 2027 würden dafür 30 Mio. Euro pro Jahr ausgegeben werden. Dies stelle einen genauso großen Schwerpunkt im Bildungshaushalt dar wie das BLiQ. In keinem anderen Bereich gebe es einen solchen Aufwuchs. Man wolle, dass die freien Schulen sozial durchlässiger würden und es eine verbindliche Schulgeldtabelle gebe, die den Zugang regle. Diesen sozialen Aspekt trage Die Linke mit. Gleichzeitig müssten aber die anderen Ausstattungsfragen mit betrachtet werden.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) bestätigt, dass es sich um 30 Mio. Euro handeln werde, wenn alles vollumfänglich greife. Andere Bundesländer investierten 60 Mio. Euro und mehr in die Schulen in freier Trägerschaft. Verfassungsrechtlich sei ein Elternwahlrecht verbrieft. Die Eltern hätten ein Recht darauf, dass die Schulen in freier Trägerschaft eine echte Alternative darstellten. Dafür Sorge zu tragen, sei die Verantwortung von SenBJF.

Staatssekretär Dr. Torsten Kühne (SenBJF) ergänzt zum Umgang mit Einzelfällen, die Regelfinanzierung betrage 93 Prozent der vergleichbaren Personalkosten. Der Wunsch nach einem Kostensatzmodell sei seinem Haus bekannt. Er wolle daran erinnern, dass in den Jahren 2024 und 2025 mit der Billigkeitsleistung 1 Prozentpunkt aufgeschlagen worden sei, um Schulplatzverluste zu vermeiden. Zudem habe man die höheren Energiekosten abgedeckt. Der genannte Einzelfall sei ihm nicht bekannt. Sein Haus habe aber in der Vergangenheit gemeinsam mit dem jeweiligen Bezirk durchaus bei Einzelfällen unterstützt. Man könne nicht alles über den Landeshaushalt abfedern, versuche aber im Einzelfall Lösungen zu finden.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 44 und 45 der Sammelvorlage zur Kenntnis.

Kapitel 1016 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Gemeinschaftsschulen –

Titel 67131 – Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für Ganztagsangebote der Schulen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 AQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10	Haupt
lfd. Nr. 24	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 68507 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 11

[2400 AM](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 25

[2400 AQ](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Kapitel 1018 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Gymnasien –

**Titel 67131 – Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für
Ganztagsangebote der Schulen –**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 26

[2400 AQ](#)
Haupt

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10**
hier: Bericht Nr. 46 – Titel 67131
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

[2485](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab und nimmt den Bericht Nr. 46 der Sammelvorlage ebenfalls ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68507 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft –

hierzu:

- | | | |
|----|--|---|
| a) | Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 12 | 2400 AM
<u>Haupt</u> |
| b) | Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 27 | 2400 AQ
Haupt |
| c) | Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 28 | 2400 AQ
Haupt |

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion und die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ohne Aussprache ab.

**Kapitel 1019 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Integrierte
Sekundarschulen –**

Titel 68507 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft –

hierzu:

- | | | |
|----|--|---|
| a) | Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 13 | 2400 AM
<u>Haupt</u> |
| b) | Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 29 | 2400 AQ
Haupt |

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** die Änderungsanträge der AfD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ab.

**Titel 67131 – Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für
Ganztagsangebote der Schulen –**

hierzu:

- | | |
|--|----------------------------------|
| Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 30 | 2400 AQ
Haupt |
|--|----------------------------------|

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 31

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

**Kapitel 1020 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie –
Sonderpädagogische Förderzentren –**

**Titel 67131 – Erstattung von Kosten an Träger der freien Jugendhilfe für
Ganztagsangebote der Schulen –**

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 47 – Titel 67131
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 47 der Sammelvorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Titel 67181 – Leistungen für Pflege und Hilfe für Schülerinnen und Schüler mit
sonderpädagogischem Förderbedarf –**

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 48 – Titel 67181
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 48 der Sammelvorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68507 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 AQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10	Haupt
lfd. Nr. 32	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Kapitel 1021 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Berufsbildende Schulen –

Titel 68507 – Zuschüsse an Schulen in freier Trägerschaft –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 AQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10	Haupt
lfd. Nr. 33	

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Kapitel 1040 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Familie und frühkindliche Bildung –

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

- | | |
|--|-------------------------|
| a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion | 2400 AM |
| Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 | <u>Haupt</u> |
| lfd. Nr. 14 | |
| b) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 2400 AQ |
| Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 | Haupt |
| lfd. Nr. 34 | |

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der AfD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 35

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 68436 – Zuschüsse zur Verbesserung der Betreuung in Kindertagesstätten –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 36

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Kapitel 1041 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Familienpolitik und Familienförderung –

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 AM](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 15

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 37

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 68422 – Zuschüsse für Familienberatungsstellen –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 16

[2400 AM](#)
Haupt

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ab.

Titel 68427 – Zuschüsse für Familienbildungsmaßnahmen –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 38

[2400 AQ](#)
Haupt

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 17

[2400 AM](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion ohne Aussprache ab.

Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 39

[2400 AQ](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Kapitel 1042 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Jugend und Kinderschutz –

Mitberaten wird (übergreifend):

- | | | |
|----|--|--|
| a) | Vertraulicher Bericht SenFin – II D – vom 07.10.2025
Vorläufiger Jahresabschluss 2024
hier: Steuerungsmöglichkeiten Transferausgaben
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025) | <u>2157 I</u>
Haupt
Vertrauliche
Beratung |
| b) | Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
<u>hier:</u> Bericht Nr. 49 – Jugend und Kinderschutz
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025) | <u>2485</u>
Haupt |

Vorsitzender Stephan Schmidt weist darauf hin, dass der Bericht rote Nr. 2157 I eingangs verlagt worden sei. Er schlägt vor, auch den Bericht rote Nr. 2485 auf die Sitzung am 19. November 2025 zu verlagern, und stelle hierüber Einvernehmen fest.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

hierzu:

- | | | |
|----|---|---|
| a) | Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 40 | <u>2400 AQ</u>
Haupt |
| b) | Änderungsanträge der Fraktion der CDU und
der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
hier: lfd. Nr. 10 | <u>2400 AL</u>
Haupt |

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ebenfalls ohne Aussprache an.

Ansatz 2026: 869.000 €
Ansatz 2027: 889.000 €

Ansatz 2026: + 210.000 €
Ansatz 2027: + 210.000 €

„a) Stärkung der Jugendwohngagentur

b) Anpassung der Tabelle:

TA 2 Startprogramm Platzausbau Hilfen zur Erziehung (HzE) / Jugendwohngagentur

2026: 710.000
2027: 710.000
2025: 1.550.000“

Titel 68425 – Zuschüsse für freie Jugendarbeit –

hierzu:

- | | |
|--|---|
| a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 41 | <u>2400 AQ</u>
Haupt |
| b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und
der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
hier: lfd. Nr. 11 | <u>2400 AL</u>
Haupt |
| c) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 18 | <u>2400 AM</u>
Haupt |

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10 <u>hier:</u> Bericht Nr. 50 – Titel 68425 (Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)	<u>2485</u> Haupt
--	--------------------------------------

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der AfD-Fraktion ab und nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD an.

Ansatz 2026: 39.420.000 €
Ansatz 2027: 40.277.000 €

Ansatz 2026: + 220.000 €
Ansatz 2027: + 220.000 €

„a) Stärkung der musikpädagogischen Arbeit sowie Ermöglichung des Empowerments junger Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Berlin

b) Anpassung der Tabelle:

TA 7 Zuschüsse für die musikpädagogische Arbeit
2026: 289.600
2027: 289.600
2025: 592.300

TA 15 Zuschuss für Empowerment junger Schwarzer, afrikanischer und afrodiasporischer Menschen in Berlin – Each One Teach One e. V.

2026: 200.000

2027: 200.000

2025: 350.000“

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 50 der Sammelvorlage ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe –

hierzu:

- | | |
|--|---|
| a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 42 | <u>2400 AQ</u>
Haupt |
| b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und
der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
hier: lfd. Nr. 12 | <u>2400 AL</u>
Haupt |
| c) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10
lfd. Nr. 19 | <u>2400 AM</u>
Haupt |

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab und nimmt den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD ebenfalls ohne Aussprache an.

Ansatz 2026: 9.098.000 €

Ansatz 2027: 9.652.000 €

Ansatz 2026: + 110.000 €

Ansatz 2027: + 110.000 €

„a) Berücksichtigung von Zuschüssen für den Landesmusikrat

b) Anpassung der Tabelle:

TA 4 Zuschuss an Landesmusikrat (LMR) für die Umsetzung des Projektes „Regional- und Landeswettbewerb Jugend musiziert“

2026: 110.000

2027: 110.000

2025: 105.760“

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, durch die Annahme des summenmäßig weiter gehenden Antrags habe sich der Änderungsantrag der AfD-Fraktion erledigt.

Titel 68490 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 AQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10	Haupt
lfd. Nr. 43	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 AQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10	Haupt
lfd. Nr. 44	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Kapitel 1043 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Berliner Notdienst Kinderschutz –

Keine Wortmeldung.

Kapitel 1045 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Sonstige Aufgaben nach und Leistungen außerhalb SGB VIII –

Titel 68435 – Sonstige Zuschüsse für die freie Jugendhilfe –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 AQ
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10	Haupt
lfd. Nr. 45	

Ohne Aussprache lehnt der **Ausschuss** den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Kapitel 1061 – Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Schulentwicklungsplanung und Schulinfrastruktur im Land Berlin –

Mitberaten wird (übergreifend):

- a1) Bericht Senat von Berlin – BJF StS AS SG Ltg – vom 30.09.2025 [1915 B](#)
Haupt
Berliner Schulbauoffensive (BSO)
gemäß Auflage B. 80 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25
- a2) Schlussbericht Senat von Berlin – BJF StS AS SG Ltg – vom 15.07.2025 [1684 C](#)
Haupt
**Taskforce Schulbau zum Maßnahmen- und
Finanzcontrolling zum Schulbauprogramm
(Fortschrittsbericht) – Bericht für das Jahr 2024**
gemäß Auflage B. 80 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25
- a3) Bericht SenBJF – StS AS SG Ltg – vom 05.09.2025 [2402](#)
Haupt
**Evaluation des Leitfadens für den Neubau von
Schulen**
(unaufgefordert vorgelegt)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 1915 B, 1684 C und 2402 ohne Aussprache zur Kenntnis.

- b) Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Haupt
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10**
hier: Bericht Nr. 51 und 53 – Schulentwicklungsplanung
und Schulinfrastruktur im Land Berlin
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 51 und 53 der Sammelvorlage ebenfalls ohne Aussprache zur Kenntnis.

- c) 2. Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 06.11.2025 [2485 A](#)
Haupt
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10**
hier: Bericht 52 – Schulentwicklungsplanung und Schulinfrastruktur im Land Berlin
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Franziska Brychey (LINKE) kündigt an, dass ihre Fraktion hierzu bis zum 14. November 2025 noch Fragen nachreichen werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dies sei entsprechend vermerkt. – Damit sei auch der Bericht Nr. 52 der Sammelvorlage zur Kenntnis genommen.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2710 – Aufwendungen der Bezirke – Bildung, Jugend und Familie –

Mitberaten wird (übergreifend):

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 54 – Ausstattung Jugendämter / Regionaler Sozialer Dienst (RSD)
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) weist darauf hin, der hier aufgeführte Stand der Besetzungen sei vom 31. Dezember 2024. Sie gehe davon aus, dass die mehr als 100 unbesetzten Stellen inzwischen weniger geworden seien.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) teilt mit, diese Information werde einmal im Jahr ermittelt. Die Zahl der offenen Stellen liege seit Jahren zwischen 120 und 150. Sein Haus werde im ersten Quartal die aktuellen Daten liefern können. Möglicherweise könne man zusätzlich unterjährig ein Zwischenergebnis mitteilen, um eine Orientierung zu haben. Die Entwicklung sei mitunter sehr dynamisch. Andererseits gehe aus dem Bericht hervor, dass es bezogen auf die Fluktuation eine relative Kontinuität gebe.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) wendet ein, wenn man am 19. November 2025 über den vertraulichen Bericht zur Steuerung der Transferausgaben sprechen werde, sei es nicht ganz unwichtig zu wissen, wo man personell stehe. Bestimmte Maßnahmen ließen sich nur mit Personal umsetzen. Vielleicht könne man bis dahin etwas Aktuelleres erhalten. Immerhin seien fast 10 Prozent der Stellen nicht besetzt.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu noch etwas vorgelegt werden werde. – Damit sei der Bericht Nr. 54 der Sammelvorlage zur Kenntnis genommen.

Titel 23131 – Anteil des Bundes an den Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 46

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 68109 – Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AQ](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 10 Haupt
lfd. Nr. 47

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenBJF – BKP-Vbst – vom 05.11.2025 [2485](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 10
hier: Bericht Nr. 55 – Titel 68109
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab und nimmt den Bericht Nr. 55 der Sammelvorlage ebenfalls ohne Aussprache zur Kenntnis.

Einzelplan 11 – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung –

hierzu:

- a) **Stellungnahme des Ausschusses IntGleich vom** [2400 AA](#)
16.10.2025 zum Haushaltsgesetz 2026/2027 Haupt
- b) **Stellungnahme des Ausschusses ArbSoz vom** [2400 AC](#)
16.10.2025 zum Haushaltsgesetz 2026/2027 Haupt
- c) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 AN](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 Haupt
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
- d) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und [2400 AP](#)
der Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)
- e) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AR](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 Haupt
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.)

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, es bestehe kein Bedarf, die Änderungsanträge übergreifend zu begründen.

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Bericht SenASGIVA – ZS B 33 – vom 10.10.2025 [2442](#)
An- und Abmietungen Haupt
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)

Franziska Brychey (LINKE) erklärt, sie wolle übergreifend auf das persönliche Budget und das Arbeitgeberinnen- und Arbeitgebermodell zu sprechen kommen. Wie sähen hier der aktuelle Stand und das weitere Verfahren aus, um eine gute Lösung für die Betroffenen zu finden, damit das Arbeitgeberinnen- und Arbeitgebermodell erhalten bleiben könne und die Reglementierungen zurückgenommen würden?

Zu dem Bericht habe sie die Frage, wo der Landesseniorenbeirat ab 2026 untergebracht werden werde.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) legt dar, ihr Haus sei mit den Betroffenen des Arbeitgeberinnen- und Arbeitgebermodells schon seit über zwei Jahren im Gespräch und versuche einen Weg zu finden. Es gehe hier zum einen um Selbstbestimmung der Menschen mit Behinderungen und zum anderen um gleiche Bezahlung, was SenASGIVA unterstütze. Ihr Haus habe ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, weil es diesbezüglich eine Rechtsunklarheit und unterschiedliche Rechtsauffassungen zwischen den Senatsverwaltungen gebe. Das Gutachten solle eine grundsätzliche Klärung herbeiführen, um die persönliche Assistenz im Arbeitgeberinnen- und Arbeitgebermodell zukünftig rechtssicher mit gleicher Bezahlung umsetzen zu können. Man habe letzte Woche mit den sozialpolitischen Sprechern der CDU- und der SPD-Fraktion verabredet, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Übergangslösung geschaffen werden solle. Wann das Gutachten vorliegen werde, könne sie noch nicht sagen.

Stefan Ziller (GRÜNE) zeigt sich erfreut, dass sich sowohl CDU- als auch SPD-Fraktion und die Oppositionsfractionen des Themas angenommen hätten. Man sei parteiübergreifend in guten Gesprächen. Es sei geplant, die offenen Fragen in der Resteleseung am 3. Dezember 2025 zu klären. Seine Fraktion wolle ihren entsprechenden Änderungsantrag zu dieser Sitzung vertagen, um das Thema gemeinsam im Sinne der Menschen voranzubringen und zu einem guten Ergebnis zu kommen.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) sagt, sie danke für die fraktionsübergreifende Unterstützung in dieser Sache. – Der Landesseniorenbeirat werde zukünftig Räumlichkeiten in der SenASGIVA nutzen.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2442 zur Kenntnis.

- b) Bericht SenASGIVA – ZS A 1 – vom 22.10.2025 [2455 B](#)
Vergleich des Haushalts 2024/2025 zum Entwurf
2026/2027
hier: Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales,
Gleichstellung, Integration, Vielfalt und
Antidiskriminierung
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025) Haupt
- c) Bericht SenASGIVA – ZS A 13 – vom 08.10.2025 [2413 A](#)
Folgebericht zur Verlagerung von qualifizierten
Sperren aus der Anlage 9 zum dritten Gesetz zur
Änderung des Haushaltsgesetzes 2024/2025 (Drittes
Nachtragshaushaltsgesetz 2024/2025 – 3. NHG 24/25)
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025) Haupt
- d) Bericht SenASGIVA – ZS A 3 – vom 16.10.2025 [2451](#)
Zuwendungsprojekte in den Haushaltsjahren
2023-2027
(Berichtsauftrag aus der 83. Sitzung vom 24.09.2025) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 2455 B, 2413 A und 2451 jeweils ohne Aussprache zur Kenntnis.

- e) Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: - Eigenanteilsfinanzierung (S. 4)
- Erläuterung der Personalansätze (S. 5-13)
- Zuwendungen (S. 108-110)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025) Haupt

Franziska Brychey (LINKE) konstatiert, in dem Bericht zum Thema Zuwendungen heiße es, dass sich sechs Verwaltungen gemeldet hätten, um an dem Modellversuch zur Projektförderung mit wiederkehrendem Bedarf teilzunehmen, und dass ein Leitfaden entwickelt werden solle. Werde das Projekt dann auch auf andere Senatsverwaltungen ausgeweitet werden?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) legt dar, das Projekt erfahre breite Unterstützung und habe im Rahmen eines breiten Beteiligungsverfahrens Vorschläge gemacht, um das Zuwendungsrecht zu optimieren. Es sei ein Prozess, der ständig am Laufen sei und aus den Erfahrungen der Teilprojekte heraus weiterentwickelt werden werde. Natürlich könne es auch dazu kommen, dass sich weitere Senatsverwaltungen an Teilprojekten des Programms beteiligen würden.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 4 bis 13 und 108 bis 110 der Sammelvorlage zur Kenntnis.

- f1) Bericht SenFin – II F 24 – vom 03.09.2025 [1905 H](#)
Neue Praxis zur Veranschlagung von
Investitionsmaßnahmen
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025)
(läuft wegen der Haushaltsberatungen 2026/2027 mit) Haupt
- f2) Bericht SenASGIVA – ZS A 1 – vom 04.11.2025 [1905 I](#)
Neue Praxis zur Veranschlagung von
Investitionsmaßnahmen
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion
Die Linke
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025) Haupt

Ohne Aussprache nimmt der **Ausschuss** die Berichte rote Nrn. 1905 H und 1905 I zur Kenntnis.

- g) Bericht SenASGIVA – ZS A – vom 29.08.2025 [2195 N](#)
Gesamtstädtische Zielvereinbarung zur
gesamtstädtischen Steuerung und
Weiterentwicklung der Fachstellen Soziale
Wohnhilfe (ZV Soziale Wohnhilfe) nach
§6a Abs. 2 AZG sowie Zielvereinbarung
Personalausstattung und Transferkostensteuerung
Soziales
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 18.06.2025) Haupt

Franziska Brychey (LINKE) bekundet, hierzu erbitte ihre Fraktion einen Folgebericht, wenn die Zielvereinbarung ausverhandelt sein werde.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu ein Folgebericht vorgelegt werden werde. – Damit sei der Bericht rote Nr. 2195 N zur Kenntnis genommen.

Kapitel 1100 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Mitberaten wird (übergreifend):

- a1) Bericht SenASGIVA – ZS A 22 – vom 04.04.2025 [2026 CW](#)
Aufteilung Zentrale Tarifvorsorge 2024 und
Prognose 2025
(Berichtsauftrag aus der 71. Sitzung vom 22.01.2025) Haupt

- a2) Bericht SenASGIVA – ZS A 22 – vom 14.08.2025
Tarifvorsorge
(Berichtsauftrag aus der 78. Sitzung vom 18.06.2025)

[2372](#)
Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) äußert, es sei schade, wenn die Berichte an Klarheit zu wünschen übrig ließen. Könne die Senatorin mit dem heutigen Wissensstand über die Einnahmen und Ausgaben im Einzelplan zusichern, dass Tarifierpassungen im Bereich des Einzelplans 11 und der Auftragsmittel für 2026 und 2027 gesichert seien, oder habe sie hieran Zweifel? Könne sie zusichern, dass es hier in den nächsten zwei Jahren keine Beschwerden geben werde?

Franziska Brychey (LINKE) merkt an, die Ansätze seien im Prinzip von 2025 aus fortgeschrieben, sodass die Tarifsteigerungen 2026 noch nicht mit etatisiert seien. Wie gehe SenASGIVA im laufenden Jahr damit um?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) antwortet, es sei der politische Wille, dies auch zukünftig so zu handhaben wie in der Vergangenheit. Die Tarifsteigerungen seien teilweise etatisiert, teilweise noch nicht. Grundsätzlich sei aber der politische Wille vorhanden.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 2026 CW und 2372 zur Kenntnis.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 1

[2400 AR](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Aussprache ab.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Tarifvorsorge (S. 111-112)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2472](#)
Haupt

Sebastian Walter (GRÜNE) erklärt, seine Fraktion bitte hierzu um einen Folgebericht Ende des ersten Quartals 2026, in dem aufgeschlüsselt werden möge, ob der bekundete politische Wille sich mit den veranschlagten Mitteln für den Einzelplan 11 auch so umsetzen lasse. Er bitte um eine detaillierte Darstellung, wie dies mit den zentral eingestellten Mitteln, aber auch den jeweiligen Ansätzen genau erfolge.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) bittet darum, dass ihr Haus hierfür mehr Zeit bekommen möge. Wäre es in Ordnung, wenn der Bericht Mitte 2026 vorliegen würde? Dann wäre er auch aussagekräftiger.

Sebastian Walter (GRÜNE) antwortet, sein Wunsch wäre, dass der Bericht in der letzten Sitzung des Hauptausschusses vor der Sommerpause besprochen werden könnte.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu bis zur letzten Sitzung vor der Sommerpause 2026 ein Folgebericht angefertigt werde. – Damit seien die Seiten 111 und 112 der Sammelvorlage zur Kenntnis genommen.

Titel 97114 – Pauschale Mehrausgaben im Zusammenhang mit gesamtstädtischen Zielvereinbarungen nach § 6a AZG –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Zielvereinbarungen (S. 113-116)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2472](#)
Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) stellt fest, in dem Bericht heiße es, dass die Zeitplanung im November 2025 auf Tragfähigkeit überprüft werde und auch vor den Haushaltsberatungen noch einmal überprüft werden solle. Könne SenASGIVA heute schon einen Stand hierzu geben, oder sei es sinnvoll, den Bericht noch einmal zur Restelesung zu vertagen und dann zu prüfen, ob haushälterisch Nachsteuerungsbedarf bestehe?

Franziska Brychcy (LINKE) erkundigt sich, ob bezüglich der Zielvereinbarung der gesamtstädtischen Steuerung und Weiterentwicklung der Fachstellen Soziale Wohnhilfen schon ausreichend Mittel etatisiert seien. Die Mittel für die Digitalisierung der Fachstellen seien vorher anderswo veranschlagt gewesen. Seien sie jetzt auskömmlich?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) konkretisiert, es gebe zwei Zielvereinbarungen. Zu beiden befinde man sich noch in Verhandlungen. Die veranschlagten Mittel seien aus Sicht ihres Hauses ausreichend.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt nach, ob alle Mittel für die Umsetzung der Zielvereinbarung zu den Sozialämtern vorhanden seien. Es wäre ungut, wenn sich herausstellen würde, dass es einen haushälterischen Bedarf gebe und die Sozialämter die Zielvereinbarung in den nächsten zwei Jahren nicht umsetzen könnten. Dies wolle seine Fraktion gern ausschließen. Handle es sich also lediglich um einen organisatorischen Prozess?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erwidert, hier gehe es um die andere Zielvereinbarung. Die Zielvereinbarung, die die Abgeordnete Brychcy angesprochen habe, betreffe die Sozialen Wohnhilfen. Diese Mittel seien veranschlagt. Zu der anderen Zielvereinbarung sei man noch in Abstimmung und würde dies gern vertagen.

Vorsitzender Stephan Schmidt stellt fest, damit seien die Seiten 113 bis 116 der Sammelvorlage zur Kenntnis genommen.

Stefan Ziller (GRÜNE) bekundet, seine Fraktion würde diesen Bericht gern zur Restelektur noch einmal mit aufrufen.

Vorsitzender Stephan Schmidt bestätigt, dass so verfahren werden könne.

Titel 97203 – Pauschale Minderausgaben –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Pauschale Minderausgaben (S. 117-118)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2472](#)
Haupt

Sebastian Walter (GRÜNE) erklärt, hierzu erbitte er einen Folgebericht zu Anfang des vierten Quartals 2026.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass hierzu ein Folgebericht angefertigt werde. – Damit seien die Seiten 117 und 118 der Sammelvorlage zur Kenntnis genommen.

Kapitel 1120 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Beauftragte/Beauftragter für Partizipation, Integration und Migration –

Mitberaten werden (übergreifend):

- a) Bericht SenASGIVA – I D 8 – vom 31.10.2025 [2415 A](#)
Programme zur Arbeitsmarktintegration von
Geflüchteten
hier: Beantwortung der Fragen der Fraktion
der CDU
(Berichtsauftrag aus der 84. Sitzung vom 01.10.2025) Haupt
- b) Bericht Senat von Berlin – ASGIVA I D – vom [0008 F](#)
04.11.2025 Haupt
6. Umsetzungsbericht zum Berliner Aktionsplan
ausländischer Roma
(wiederkehrender Berichtsauftrag aus der 33. Sitzung
der 17. WP vom 17.04.2013 und aus der 34. Sitzung
vom 19.04.2023)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 2415 A und 0008 F ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 53104 – Begegnungen, politische Bildungsarbeit, Gruppenfahrten –

Mitberaten wird:

- Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Begegnungen, politische Bildungsarbeit, Gruppen-
fahrten (S. 119-122) Haupt
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

Kristian Ronneburg (LINKE) kündigt an, dass seine Fraktion bis Freitag schriftliche Fragen nachreichen werde.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 119-122 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Mitberaten wird:

Bericht SenASGIVA – I C FS 2 – vom 22.10.2025	<u>1893 B</u>
Beauftragung einer wissenschaftlichen Begleitung	Haupt
zur Umsetzung des PartMigG der Fachstelle	
PartMigG bei der Abteilung Integration und	
Migration	
hier: Zwischenergebnisse	
(Berichtsauftrag aus der 66. Sitzung vom 09.10.2024)	

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt nach dem Zeitplan für die neue Ausschreibung. Wann sei mit den Ergebnissen zu rechnen? Gebe es schon neue Erkenntnisse zu den Ausschreibungen?

Kristian Ronneburg (LINKE) schließt die Frage an, ob der Gesamtwert des Auftrags mit den aufgeteilten Aufträgen noch eingehalten werde.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) unterstreicht, dass das PartMigG wissenschaftlich begleitet, ausgewertet und weiterentwickelt werden solle. Der Hauptausschuss habe ursprünglich eine Vergabe über 80 000 Euro genehmigt. Die nun geplante Stückelung liege unter dem Wert von 50 000 Euro. Das Vorhaben sei im August dieses Jahres ausgeschrieben worden. Bisher seien keine Angebote eingegangen. Es solle erneut ausgeschrieben werden. Die wissenschaftliche Begleitung habe noch nicht konkret begonnen. SenASGIVA wolle sie auf jeden Fall. Sobald weitere Informationen vorlägen, werde dem Hauptausschuss berichtet.

Kristian Ronneburg (LINKE) bittet um Aufklärung, wie viel die Aufträge jeweils kosten sollten.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) sagt Nachlieferung der einzelnen Beträge zu.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1893 B zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Bericht.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	<u>2400 AR</u>
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11	Haupt
hier: lfd. Nr. 2	

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(S. 123-124)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2472](#)
Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) greift auf, dass die geplanten Kürzungen erst zum Jahresende feststünden. Könne SenASGIVA bis zur Restelektur noch Informationen darüber geben? Könnten Maßnahmen doch noch erhalten werden? – Der Änderungsantrag versuche zu schärfen. Seine Fraktion beantrage in mehreren Änderungsanträgen die Einführung von VE für die zweijährige Ausreichung, damit der Senat Handlungsfreiheit erhalte, verbindlich zweijährige Zuwendungsbescheide erteilen zu können.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) sagt zu, dass SenASGIVA versuchen werde, bis zur Restelektur am 3. Dezember nachzuliefern, soweit vorhanden. Planungssicherheit sei für die Projektträger wünschenswert. Man versuche, dem mit dem Teilprojekt Optimierung des Zuwendungsrechts zu entsprechen und hier weiter voranzukommen.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 123-124 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 zur Kenntnis, lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ab und erwartet den gewünschten Bericht.

Titel 68410 – Partizipationsmaßnahmen –

Ansatz 2026:	8 462 000 Euro
Ansatz 2027:	8 463 000 Euro
VE 2026:	5 754 000 Euro
VE 2027:	1 902 000 Euro

hierzu:

- | | |
|--|----------------------------------|
| a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 3 | 2400 AR
Haupt |
| b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und
der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 1 | 2400 AP
Haupt |

Ansatz 2026:	+/-0
Ansatz 2027:	+/-0
VE 2026:	+/-0
VE 2027:	+/-0

„a) Ergänzung der Titelerläuterung (Schwerpunktsetzung)

b) Einfügung Erläuterung: „Für die Jahre 2026 und 2027 sind Mittel zur Fortführung von Projekten des Polki w Berlin e. V. zur Integration der polnischen Community in Berlin vorgesehen.“ “

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Partizipationsmaßnahmen (S. 125-131)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2472](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 125-131 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 ohne Aussprache zur Kenntnis, lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ab und stimmt dem Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktionen der CDU und der SPD aus der roten Nr. 2400 AP zu.

Titel 68411 – Zuschüsse an Organe und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 4

[2400 AR](#)
Haupt

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Zuschüsse an Organe und Einrichtungen der freien
Wohlfahrtspflege (S. 132-134)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2472](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 132-134 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 ohne Aussprache zur Kenntnis und lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ab.

Titel 68412 – Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 5

[2400 AR](#)
Haupt

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11**
hier: Zuschüsse an Flüchtlings- und Vertriebenenorga-
nisationen (S. 135-137)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2472](#)
Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) spricht an, dass die konzeptionelle Ausgestaltung der Gemeinschaftspauschale noch ausgearbeitet werde und nicht in den Globalsummen der Bezirke verankert sei. Gebe es dazu zur Restelesung Informationen und Handlungsbedarf? Ohne haushälterische Untersetzung werde dies nur Symbolpolitik bleiben.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) erläutert, die Gemeinschaftspauschale solle die Bezirke stärker unterstützen, die mehr Geflüchtete unterbrächten. Im Moment diskutiere man darüber, wie man die Mehrbedarfe im Rahmen der Fluchtpauschale abdecke. Die Abstimmung mit dem Koalitionspartner und im Senat sei noch nicht beendet. Die Idee sei im politischen Raum und werde noch diskutiert.

Stefan Ziller (GRÜNE) beantragt, den betreffenden Bericht zur Restelesung zu vertagen. Dann werde man sehen, wie der Stand sei.

Der **Ausschuss** beschließt entsprechend und lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ab.

**Titel 68590 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus
zweckgebundenen Einnahmen –**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 6

[2400 AR](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ohne Aussprache ab.

Kapitel 1130 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) –

Mitberaten wird (übergreifend):

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Demokratieförderungsgesetz (S. 106-107)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2472](#)
Haupt

Stefan Ziller (GRÜNE) erkundigt sich danach, wann SenASGIVA über die Perspektive für die Mittelplanung 2028/29 oder früher berichten könne – Herbst 2026 oder Anfang 2027?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) teilt mit, das Demokratieförderungsgesetz solle gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie und Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus fördern, indem die Mittel auch verstetigt würden, weil diese Aufgabe so wichtig sei. Bislang seien zusätzliche Mittel nicht geplant; man wolle im Rahmen des bisherigen Volumens arbeiten. Es sei sinnvoll, wenn sich die künftige Regierung dann über den Doppelhaushalt Gedanken mache.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 106-107 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Dienstleistungen (S. 138-139)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2472](#)
Haupt

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, ob die Ist-Kosten in den Personalansätzen für 2026/27 enthalten seien.

Sebastian Walter (GRÜNE) beantragt einen Folgebericht mit einer Aufschlüsselung der genauen Vorhaben und hinterlegten Summen für das kommende Jahr. Ein sinnvoller Zeitpunkt wäre vermutlich das zweite Quartal, spätestens zur letzten Sitzung vor der Sommerpause.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) sagt, SenASGIVA habe aus diesem Titel in Richtung der Tarifbeschäftigten geschoben, was gleichbedeutend damit sei, dass man die Zuwendungseinheit verstetigt und dort auf Stellen gesetzt habe, sodass man dies bei den planmäßigen Tarifbeschäftigten wiederfinde.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 138-139 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Folgebericht.

Titel 54053 – Veranstaltungen –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 7

[2400 AN](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AN ohne Aussprache ab.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 7

[2400 AR](#)
Haupt

b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 8

[2400 AN](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR und den Änderungsantrag Nr. 8 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AN ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: - Projekte im Themenfeld Antidiskriminierung
(S. 24-105)
- Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(S. 140-158)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2472](#)
Haupt

Sebastian Walter (GRÜNE) wünscht zu Projekten im Themenfeld Antidiskriminierung einen Folgebericht zur letzten Sitzung vor der Sommerpause 2026 mit Aufschlüsselung der Zahlen, die für das kommende Jahr final seien.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 24-105 und 140-158 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Folgebericht.

Kapitel 1140 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Arbeit und Berufliche Bildung –

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Mitberaten werden:

- a) Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Umsetzung der Ausbildungsplatzumlage
(S. 159-161)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025) Haupt
- b) Bericht SenASGIVA – II AbtL 24 – vom 13.10.2025 [1372 C](#)
Erhöhung des Wohnraumangebots für
Auszubildende
(Berichtsauftrag aus der 74. Sitzung vom 19.03.2025) Haupt

Franziska Brychey (LINKE) beantragt zum Thema Azubiwerk/Wohnplätze für Auszubildende einen Folgebericht mit den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie zum März 2026.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) sagt dies zu. Bei der Machbarkeitsstudie sei man in den Endzügen. Sie freue sich schon auf den Endbericht.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 159-161 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 und den Bericht rote Nr. 1372 C zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Folgebericht.

Titel 68333 – Zuschüsse zur Förderung der Berufsausbildung –

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AR](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 8 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ohne Aussprache ab.

Titel 68351 – Zuschüsse für Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung –

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AR](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 9 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ohne Aussprache ab.

Titel 68355 – Zuschüsse für Berliner Jobcoaching und Qualifizierung –

hierzu:

- | | | |
|----|---|-------------------------|
| a) | Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 2400 AR |
| | Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 | Haupt |
| | hier: lfd. Nr. 10 | |
| b) | Änderungsanträge der AfD-Fraktion | 2400 AN |
| | Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 | Haupt |
| | hier: lfd. Nr. 1 | |

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 10 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR und den Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AN ohne Aussprache ab.

Titel 68356 – Landeszuschüsse für Beschäftigung –

hierzu:

- | | |
|---|-------------------------|
| Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 2400 AR |
| Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 | Haupt |
| hier: lfd. Nr. 11 | |

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ohne Aussprache ab.

Titel 68476 – Zuschüsse für Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufsvorbereitung –

Ansatz 2026:	12 321 000 Euro
Ansatz 2027:	12 321 000 Euro
VE 2026:	14 310 000 Euro
VE 2027:	10 330 000 Euro

hierzu:

- | | | |
|----|---|-------------------------|
| a) | Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen | 2400 AR |
| | Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 | Haupt |
| | hier: lfd. Nr. 12 | |
| b) | Änderungsanträge der AfD-Fraktion | 2400 AN |
| | Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 | Haupt |
| | hier: lfd. Nr. 2 | |

- c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und
der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 2

[2400 AP](#)
Haupt

Ansatz **2026:** +300 000 Euro
Ansatz **2027:** +300 000 Euro
VE 2026: +/-0
VE 2027: +/-0

„a) Mehrbedarf/ Verstärkung des TA 9 Schulpaten
b) Anpassung der Tabelle:
TA 9: Schulpate
2026: 301.000 €
2027: 301.000 €“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 12 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR und den Änderungsantrag Nr. 2 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AN ohne Aussprache ab und stimmt dem Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktionen der CDU und der SPD aus der roten Nr. 2400 AP zu.

**Titel 68490 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus
zweckgebundenen Einnahmen –**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 13

[2400 AR](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 13 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ohne Aussprache ab.

**Titel 68492 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen aus ESF-Mitteln
(Förderperiode 2021-2027) –**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 14

[2400 AR](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 14 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ohne Aussprache ab.

Kapitel 1150 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Soziales –

Mitberaten werden:

- a) Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Unterbringung obdachloser und geflüchteter
Menschen (GStU) (S. 162-164)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

Franziska Brychey (LINKE) äußert, mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfs sei es möglich, für ASOG-Unterkünfte für wohnungs- und obdachlose Menschen Verträge zu schließen. Was bedeute die Vertragsbindung der ASOG-Unterkünfte? Sei dies analog wie beim LAF?

Stefan Ziller (GRÜNE) greift auf, dass SenASGIVA noch nicht sagen könne, ob GStU Geld spare. Der vertrauliche Bericht zu den Sozialkosten enthalte Hinweise, dass es schon Kalkulationen gebe, dass perspektivisch Geld gespart werden könne. Deswegen sei die Antwort hier nicht zufriedenstellend. Er erwarte, dass Berichte in den Haushaltsberatungen vollständig seien. Man brauche die Umsetzung von GStU und die Vertragsbindung schnell. Mit der Vertragsbindung von ersten Unterkünften könne man erste kleinere Verbesserungen erreichen. Bezirke bemühten sich, schlimme Unterkünfte rauszunehmen. Man müsse sich darum bemühen, die Ausgaben im ASOG-Bereich in den Griff zu kriegen, die Kriminalität in dem Bereich auslaufen zu lassen und Ausbeutung auf Kosten des Staates zu verhindern.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) führt aus, die gesamtstädtische Unterbringung sei ein zentrales Vorhaben. Der Senat habe das GStU beschlossen. Man sei dabei, mit den Bezirken im Rahmen des Fachverfahrens dafür zu sorgen, dass alle Unterkünfte im Rahmen der ASOG-Unterbringung aufgelistet würden. Die aufgelisteten Unterkünfte seien noch nicht alle vertragsgebunden. Ziel seien Qualitätssicherung und Vertragsgebundenheit. Bekannt sei, dass die Unterbringung in diesen Unterkünften sehr teuer sei. Die Kosten, die man nicht beziffern könne, wolle man hier einsparen. Man werde schrittweise in die Vertragsbindung gehen und die Qualitätssicherung herstellen.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 162-164 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 zur Kenntnis.

- b) Bericht SenASGIVA – III F 1.1 – vom 30.09.2025 [0692 L](#)
Schaffung von Wohnraum für wohnungslose und Haupt
obdachlose Menschen sowie deren Unterbringung
hier: Evaluation Housing First – Überführung in die
Hilfesystematik der §§ 67 ff. SGB XII
(Berichtsauftrag aus der 72. Sitzung vom 19.02.2025)

Stefan Ziller (GRÜNE) erkundigt sich nach dem Zeitplan, wie die Empfehlungen zu den Ergebnissen weiterdiskutiert würden. Ein zentrales Thema sei, wie Housing First in §§ 67 ff. passe. Es gehe um effiziente Verausgabung von Steuergeldern und effiziente Hilfe für Betroffene. Wann sei ein guter Zeitpunkt für einen weiteren Bericht?

Franziska Brychey (LINKE) fragt, wie man verhindere, dass nicht nur nach finanziellen Aspekten gesteuert werde, sondern auch nach fachlichen und nach Rechtsansprüchen. Was passierte, wenn die Planmengen erreicht würden, aber das Budget erschöpft sei? Würden die Leistungen dann weiterhin gewährt? Werde Housing First für die Zukunft gesichert?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) antwortet, das Thema Housing First werde international diskutiert und sei ein erfolgreicher Ansatz. Sie sei froh, dass man dies in dieser Legislaturperiode habe verstetigen können. Dies sei ein Schwerpunkt bei der Überwindung von Obdachlosigkeit gewesen. Die Mittel seien verstärkt worden. SenASGIVA arbeite eng mit den Housing-First-Trägern zusammen. Im Rahmen der Evaluierung der Hilfen nach §§ 67 ff. sei dies ein Thema gewesen. Perspektivisch habe man diese Zielsetzung, es sei auch immer eine Geldfrage. Die Herausforderungen seien nicht zu unterschätzen. Die GISS-Studie habe wertvolle Hinweise geliefert.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) ergänzt, bei Housing First habe man verschiedene Elemente, die wirkten. Ein Part sei die Wohnungssuche. Man brauche erst mal einen Satz von Wohnungen, die man vermitteln könne. Die GISS-Studie gebe Hinweise, wie man weiterarbeiten könne. Im Rahmen der Hilfen nach §§ 67 ff. könne man theoretisch auch eine Wohnraumagentur haben, die einen Teil liefere, wo man Housing First „draufsetzen“ könne. Einige Fragen müssten noch diskutiert werden. Dafür habe man eine Kommission mit beteiligten Verwaltungen etc. Es handele sich noch um einen langen Prozess. Dies könne nicht in den nächsten zwei Jahren komplett umgesetzt werden. Planmengen und Kostendeckelungen in den Bezirken könnten bei einer rechtlichen Verpflichtung ein Problem sein. Die Studie habe diskutiert, ob dies richtig sei. Dies werde zu diskutieren sein.

Stefan Ziller (GRÜNE) erwidert, es sei nicht zufriedenstellend, wenn in den nächsten zwei Jahren wieder nur diskutiert werde, nachdem die Reform schon seit der ersten Strategiekonferenz zur Wohnungslosenhilfe diskutiert werde. Bereits in den Protokollen der ersten Konferenz stünden Hinweise, was getan werden müsse, um Leuten effizienter und länger zu helfen und gleichzeitig Geld zu sparen. Er bitte um einen Zwischenbericht zur letzten Sitzung vor der Sommerpause 2026, in dem SenASGIVA darstelle, welche ersten Reformschritte man hinbekomme und was bis dahin passiert sei.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) gesteht zu, dass es sinnvoll sei, Prävention, Nachsorge und Kosten der ASOG-Unterbringung zusammenzudenken, aber dies werde keine Koalition im laufenden Betrieb machen. Im nächsten Jahr seien Wahlen. Jeder sei aufgefordert, die Grundlagen zu schaffen und den politischen Willen klar zu machen. Die Schwierigkeiten hätten an der Stelle alle, sonst hätte dies schon die vorige Koalition machen können.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 0692 L zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Folgebericht.

- c1) Bericht SenASGIVA – III B 1.4 – vom 02.10.2025 [2445](#)
**Zukunftsmodell für die Steuerung und Finanzierung
der Eingliederungshilfe** Haupt
(Berichtsauftrag aus der 32. Sitzung des UA BezPHPW
vom 12.03.2025)
(in der 87. Sitzung am 17.10.2025 zur 2. Lesung des
Einzelplans 11 am 12.11.2025 vertagt)
- c2) Bericht SenASGIVA – III C – vom 03.11.2025 [2474](#)
**Umstellung der Leistungen der Eingliederungshilfe
und Auswirkungen der Verschiebung der Kosten-
und Leistungsrechnung (KLR)** Haupt
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.10.2025)

Franziska Brychey (LINKE) äußert, die Bezirke hätten massive Probleme bei der Umstellung angemeldet, z. B. fehlerhafte Datensätze, fehlendes Personal, Probleme bei der Kommunikation. Es solle eine Sicherungsschleife bei der IT geben und zum 1. Januar alles fehlerfrei funktionieren. Gebe es einen Plan B, wenn dies nicht so sei? Könne die Umstellung ggf. verschoben werden?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) schildert, das Thema beschäftige SenASGIVA seit Mai, wie man dies mit den Bezirken hinbekomme. SenASGIVA sei im engen Austausch mit der Liga. Es gebe einen Plan B, sodass die Finanzierung über den 31. Dezember hinaus nicht gefährdet sei.

Franziska Brychey (LINKE) wünscht einen Folgebericht zum 15. Januar 2026.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) weist darauf hin, dass die Umsetzung bis zum 31. Januar dauere, sodass sie als Berichtstermin den 15. Februar 2026 vorschlage.

Stefan Ziller (GRÜNE) greift auf, dass die Strukturentscheidung zur Umsetzung der Eingliederungshilfe – Trennung oder Zusammenführung von Jugend und Soziales – neu diskutiert werde. Er frage, wer was diskutierte, wie der Zeitplan sei und wann eine Entscheidung getroffen werde.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) legt dar, es gebe ein Projekt mit der PD, wo man gucken wolle, ob das Thema der Zusammenführung von Kompetenzen auf Landesebene irgendwelche Vorteile bringen könne, auch mit dem Blick, dass man mit der Senatorin in Wien gewesen sei und sich das Modell Fonds Soziales Wien angeguckt habe. Erste Schritte seien in der Runde mit den Sozialstadträten diskutiert worden.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt, ob es schon Gespräche mit der Jugendverwaltung und der Runde der Jugendstadträte gebe und ob im nächsten Jahr eine Entscheidung für 2027 fallen werde.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) antwortet, dies sei noch nicht der Fokus. Es gehe darum, ob man bei den Zuständigkeiten in den Sozialämtern Synergieeffekte schaffen

könne, indem man Teile auf Landesebene zusammenführe. Aktuell sei kein Thema, den Jugendbereich zu integrieren.

Der **Ausschuss** die Berichte rote Nrn. 2445 und 2474 zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Folgebericht zum 15. Februar 2026.

- d) Bericht SenASGIVA – III F 2 – vom 10.11.2025 [2427 A](#)
Fachliche Zuständigkeit der Umsetzung des
Gesamteuropäischen Asylsystems (GEAS) und der
Gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung für
Wohnungslose (GStU)
(Berichtsauftrag aus der 87. Sitzung vom 17.10.2025) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2427 A ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AR](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 16 Haupt
- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 AN](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 3 Haupt

Mitberaten wird:

- Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Dienstleistungen (S. 165-168) Haupt
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 165-168 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 ohne Aussprache zur Kenntnis und lehnt den Änderungsantrag Nr. 16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR und den Änderungsantrag Nr. 3 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AN ab.

Titel 63115 – Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwendungen aus den Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der früheren DDR –

Ansatz 2026:	181 000 000 Euro
Ansatz 2027:	182 000 000 Euro
VE 2026:	0
VE 2027:	0

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 17 [2400 AR](#)
Haupt
- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und
der Fraktion der SPD [2400 AP](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
hier: lfd. Nr. 3
Haupt

2026: -3 131 000 Euro
2027: -3 119 000 Euro

„a) Gegenfinanzierung“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ohne Aussprache ab und stimmt dem Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktionen der CDU und der SPD aus der roten Nr. 2400 AP zu.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Ersatz von Ausgaben an den Bund für Aufwen-
dungen aus dem Sonder- und Zusatzversorgungssyste-
men der früheren DDR (S. 169-171)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 169-171 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 63621 – Beiträge an die Unfallkasse –

Keine Wortmeldung.

Titel 68213 – Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde Lasten und an die Jobcenter –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AR](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
lfd. Nr. 18
Haupt

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Zuschuss an die BVG für sonstige betriebsfremde
Lasten und an die Jobcenter (S. 172-175)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2472](#)
Haupt

Franziska Brychey (LINKE) vertritt die Ansicht, interessant sei die starke Abhängigkeit der Nutzung des Sozialtickets vom Preis. Je 10 Euro Ticketpreis nutzten das Sozialticket 30 000 Menschen weniger. Ihre Fraktion werde bis Freitag schriftliche Fragen nachreichen.

Oda Hassepaß (GRÜNE) plädiert dafür, das Sozialticket als deutschlandweites Ticket anzubieten, zumal die Preisunterschiede nicht groß seien. Was halte die Senatorin davon?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) verweist darauf, dass dies nicht in ihrer Zuständigkeit liege. Nach Einschätzung ihres Hauses wäre eine Lösung im Rahmen des Deutschlandtickets teurer. Dazu habe es bereits einen Bericht an den Hauptausschuss gegeben.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 172-175 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 zur Kenntnis und lehnt den Änderungsantrag Nr. 18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ab.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Ansatz 2026:	10 352 000 Euro
Ansatz 2027:	10 440 000 Euro
VE 2026:	-
VE 2027:	5 000 000 Euro

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und
der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
lfd. Nr. 4

[2400 AP](#)
Haupt

Ansatz 2026:	+2 578 000 Euro
Ansatz 2027:	+2 570 000 Euro
VE 2026:	+/-0
VE 2027:	+/-0

„a) Mehrbedarf und Schaffung von zwei neuen Teilansätzen

b) Anpassung der Tabelle:

TA 8: Landesprogramm „Mobile Stadtteilarbeit“
2026: 3.000.000 €
2027: 3.000.000 €

TA10 (neu): Behindertenparlament
2026: 100.000 €
2027: 100.000 €

TA11 (neu): Freiwilligenkoordination in der Wohnungsnotfallhilfe 3
2026: 184.000 €
2027: 184.000 €

- b) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AR](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 Haupt
lfd. Nr. 21

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(S. 176-180)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

Stefan Ziller (GRÜNE) dankt für den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen. Sei der Bericht damit hinfällig? Seien alle Angebote der Mobilen Stadtteilarbeit gesichert?

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) betont, die Mobile Stadtteilarbeit und die Stadtteilzentren seien für Berlin sehr wichtig, um gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratieförderung zu verstärken. Sie begrüße den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, mit dem die Mobile Stadtteilarbeit künftig wie bisher aufgestellt sei.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 176-180 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 zur Kenntnis, stimmt dem Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktionen der CDU und der SPD aus der roten Nr. 2400 AP zu und lehnt den Änderungsantrag Nr. 21 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ab.

**Titel 68431 – Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus dem
Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden –**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AR](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 Haupt
lfd. Nr. 19

Stefan Ziller (GRÜNE) bittet um Zustimmung, weil es sich um einen größeren Sammeltitle handele. Die VE solle zweijährige Zuwendungen ermöglichen.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 19 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025	2472
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der	Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11	
<u>hier:</u> Zuschüsse für integrierte Förderprogramme aus	
dem Rahmenfördervertrag mit den Wohlfahrtsverbänden (S. 181-182)	
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)	

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 181-182 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68432 – Zuschüsse für besondere soziale Projekte –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 AR
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11	Haupt
lfd. Nr. 20	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025	2472
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der	Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11	
<u>hier:</u> Zuschüsse für besondere soziale Projekte	
(S. 183-185)	
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)	

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt zu den Inklusionsberaterinnen/-beratern, ob das Ziel eine bezirkliche Regelaufgabe sei und angestrebt werde, im Rahmen der KLR ein Produkt zu entwickeln, oder dies ein Modellprojekt mit Goodwill der SenASGIVA bleiben solle.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) antwortet, das EU-Förderprojekt befinde sich in der Evaluierung. Je nach Ergebnis werde man sehen, was man wie machen werde.

Stefan Ziller (GRÜNE) erkundigt sich, wann mit Ergebnissen zu rechnen sei und ob eine Produktentwicklung in Richtung 2027 angestrebt werde. Vielleicht könne SenASGIVA den aktuellen Evaluationsstand zum Sommer 2026 berichten.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) teilt mit, dass die Förderung des Projekts einige Jahre laufe. Mit Ergebnissen sei frühestens 2028 zu rechnen.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 183-185 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 zur Kenntnis.

Titel 68455 – Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadtteilzentren –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 lfd. Nr. 22	2400 AR Haupt
--	----------------------------------

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11 <u>hier:</u> Zuschüsse zur Bildung und Förderung von Stadt- teilzentren (S. 186-187) (Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)	2472 Haupt
--	-------------------------------

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 186-187 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 ohne Aussprache zur Kenntnis und lehnt den Änderungsantrag Nr. 22 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ab.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 lfd. Nr. 15	2400 AR Haupt
--	----------------------------------

Stefan Ziller (GRÜNE) erklärt, dass die Digitalisierung der Sozialleistungen einen Schub brauche, weil es zu langsam vorangehe. Im Rahmen der Zielvereinbarungen sei mehr Geld nötig. Ein digitaler Berechtigungsnachweis sei in Berlin nötig.

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 15 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: IT-Fachverfahren im Politikfeld Soziales (S. 188-
190)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2472](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 188-190 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1160 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Leitung der Behörde und Service –

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Ansatz 2026:	400 000 Euro
Ansatz 2027:	400 000 Euro

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und
der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
lfd. Nr. 5

[2400 AP](#)
Haupt

2026:	+70 000 Euro
2027:	+90 000 Euro

„a) Mehrbedarf“

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktionen der CDU und der SPD aus der roten Nr. 2400 AP ohne Aussprache zu.

Kapitel 1164 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Versorgung –

Titel 11134 – Wertmarken für die Beförderung von behinderten Menschen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Wertmarken für die Beförderung von behinderten
Menschen (S. 191-192)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 191-192 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68145 – Geldleistungen an Opfer von SED-Unrecht –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AR](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 Haupt
lfd. Nr. 23

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Geldleistungen an Opfer von SED-Unrecht
(S. 193-195)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 193-195 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 ohne Aussprache zur Kenntnis und lehnt den Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ab.

Kapitel 1166 – Landesamt für Gesundheit und Soziales – Soziales –

Titel 67122 – Ersatz von Ausgaben an Wohnungsbaugesellschaften –

Keine Wortmeldung.

Titel 68115 – Leistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII für Personen, die die Altersgrenze erreicht haben –

Keine Wortmeldung.

Titel 68128 – Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und AsylbLG –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AR](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 Haupt
lfd. Nr. 24

Der **Ausschuss** vertagt den Änderungsantrag Nr. 24 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Resteleseung.

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 AN](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 Haupt
lfd. Nr. 4

Rolf Wiedenhaupt (AfD) erklärt, dass seine Fraktion den Änderungsantrag Nr. 4 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AN zurückziehe. Er kündige einen neuen Änderungsantrag zur Resteleseung an.

Mitberaten wird:

- Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Ambulante Hilfe zur Pflege nach SGB XII und
AsylbLG (S. 196-198)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

Franziska Brychey (LINKE) nennt einen Fehlbetrag von knapp 72 Mio. Euro in den beiden kommenden Jahren, weil nur eine Fortschreibung von 2024 vorgesehen sei. Wie solle dies im Rahmen der Haushaltswirtschaft erbracht werden? Sie bitte um einen Folgebericht bis Ende März 2026 zu diesem Bereich.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) teilt mit, dass ihr Haus versuchen werde, dies im Rahmen der Haushaltswirtschaft zu finanzieren. Das vorhin angesprochene Gutachten werde Rechtsklarheit schaffen. Dann müsse man je nach Ergebnis sehen, wie die Finanzierung fortgesetzt werden könne.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 196-198 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Folgebericht.

Kapitel 1170 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Leitung der Behörde und Service –

Mitberaten werden (übergreifend):

- a) Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: - Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS)
(S. 14-20)
- Veranschlagung (S. 21-23)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt, wann die Koalition dazu sprechfähig sein und die Fluchtkosten abbilden werde. Es gebe noch Schlussberatungen zu Fluchtpauschalen. Die Frage sei, wie es mit Tegel weitergehe, wenn der Vertrag auslaufe, und wie die Koalition mit unterfinanzierten Titeln in die nächsten beiden Jahre gehen wolle.

André Schulze (GRÜNE) spricht an, dass bspw. Titel 54010 – Dienstleistungen – und Titel 67101 – Ersatz von Ausgaben – beim Kapitel 1171 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylbewerberinnen/Asylbewerber – und Kapitel 1172 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Berliner Unterbringungsleitstelle – doppelt auftauchen. Daher bitte er zur Restelesung um eine bereinigte Tabelle – ohne doppelte Nennung von Titeln – zur Veranschlagung der Flüchtlingskosten in den Kapiteln 1171 und 1172.

Kristian Ronneburg (LINKE) erklärt, man brauche zu GEAS weitere konkrete Aussagen zu den Abstimmungen zum personellen Mehrbedarf und eine Aufschlüsselung der Ausgaben hinsichtlich der SenInnSport und SenASGIVA.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) legt dar, die Abstimmungen zwischen Bund und Ländern befänden sich in den Endzügen, die Bundesgesetzgebung zur GEAS-Umsetzung sei aber noch nicht abgeschlossen. Die Frist bis zum 1. Juni sei sehr kurz. Dadurch habe man viel Druck. Die Haushaltsberatungen führten dazu, dass man in den Planungen nicht so vorankommen könne, wie man dies wünsche. Ausschreibungen dauerten lange. Der Senat habe beschlossen, die Notunterbringung in Tegel zu reduzieren und die GEAS-Umsetzung in Tegel mit 2 600 Plätzen sukzessive vorzunehmen. Die Flüchtlingszahlen stiegen wieder, insbesondere aus der Ukraine, sodass man mit der bisherigen Regelunterbringung „auf Kante arbeite“. Man arbeite hier sehr verantwortungsvoll und wolle angesichts der angespannten Haushaltssituation die Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund stellen.

Staatssekretär Aziz Bozkurt (SenASGIVA) sagt, dass die Titel in unterschiedlichen Kapiteln aufsummiert werden müssten.

André Schulze (GRÜNE) macht geltend, dass in der Tabelle bspw. Titel 54010 bei Kapitel 1172 zweimal untereinander stehe.

Christian Goiny (CDU) weist darauf hin, dass die Koalition nicht beabsichtige, Tegel zu schließen und neue Flüchtlingsstandorte aufzunehmen, aber das Optimierungspotenzial, auch unter Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten, der existierenden Standorte genau im Blick habe.

Stefan Ziller (GRÜNE) fragt, ob zum Betrieb in Tegel alle Verträge mit Dienstleistern ausgeschrieben und auf dem Weg seien oder mit Schwierigkeiten zu rechnen sei.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) antwortet, man müsse durch den Hauptausschuss. Dazu brauche man eine Gesamtkonzeption zur Umsetzung von GEAS. Dazu liefen Abstimmungen.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 14-23 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 zur Kenntnis und erwartet zur Restelektur eine bereinigte Tabelle.

- b) Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Vertragsgestaltung ANo TXL (S. 250-252)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)
- c) Bericht SenASGIVA – III F 2.6 – vom 24.10.2025 [2389 A](#)
Vertragsverlängerungen Hotelkontingente Haupt
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)
- d) Bericht SenASGIVA – III F 2 – vom 31.10.2025 [0069 S](#)
Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringungsbe- Haupt
darfe von Geflüchteten
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 250-252 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 und die Berichte rote Nrn. 2389 A und 0069 S ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1171 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Zentrale Aufnahmeeinrichtung und Leistungsstelle für Asylberwerberinnen/ Asylbewerber –

Titel 68130 – Rückkehrförderung –

hierzu:

- Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 AN](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 Haupt
lfd. Nr. 9

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 9 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AN ohne Aussprache ab.

Titel 68134 – Barleistungen in Einrichtungen nach SGB XII und AsylbLG –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
lfd. Nr. 5

[2400 AN](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AN ohne Aussprache ab.

Neuer Titel: Sachleistungen in Einrichtungen

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
lfd. Nr. 6

[2400 AN](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AN ohne Aussprache ab.

Kapitel 1172 – Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten – Berliner Unterbringungsleitstelle –

Titel 33121 – Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen –

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Zuweisungen des Bundes für Baumaßnahmen
(S. 199-201)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2472](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 199-201 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben –

Mitberaten wird:

Vertraulicher Bericht SenASGIVA – LAF ZS D – vom 16.10.2025 Bewirtschaftungsausgaben (Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)	2453 Haupt Vertrauliche Beratung
---	---

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2453 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51820 – Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 lfd. Nr. 10	2400 AN Haupt
--	----------------------------------

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 10 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AN ohne Aussprache ab.

Mitberaten werden:

- | | |
|--|---------------------------------|
| a) Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
<u>hier:</u> Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management (S. 202-203)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025) | 2472
Haupt |
| b) <u>Austauschseite</u> zur roten Nummer 2472
hier: Austauschseite S. 203 | 2472-1
Haupt |

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 202-203 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 und die Austauschseite 203 rote Nr. 2472-1 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51801 – Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 lfd. Nr. 11	2400 AN Haupt
--	----------------------------------

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 11 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AN ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
lfd. Nr. 12

[2400 AN](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 12 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AN ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Dienstleistungen (S. 204-206)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2472](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 204-206 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**Titel 89121 – Zuschuss an das SILB für die Herrichtung von
Flüchtlingsunterkünften –**

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
lfd. Nr. 25

[2400 AR](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 25 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Zuschuss an das SILB für die Herrichtung von
Flüchtlingsunterkünften (S. 207-210)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

[2472](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 207-210 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1180 – Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung – Frauen und Gleichstellung –

Mitberaten werden:

- a) Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Träger und Projekte (S. 211-236)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet zur letzten Sitzung vor der Sommerpause 2026 um einen Folgebericht zu den geförderten Projekten in der Abteilung Frauen und Gleichstellung einschließlich Summen.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 211-236 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Folgebericht.

- b) Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Genderbudgeting (S. 237-238)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 237-238 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AR](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11 Haupt
lfd. Nr. 26

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 26 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

- Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
hier: Mittel zur Umsetzung des Handlungskonzepts
Sexarbeit (S. 239-245)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 239-245 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68418 – Zuschüsse an freie Träger für besondere Projekte der beruflichen Qualifizierung –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 AR
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11	Haupt
lfd. Nr. 27	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 27 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ohne Aussprache ab.

Titel 68447 – Weiterförderung besonderer sozialer Projekte –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 AR
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11	Haupt
lfd. Nr. 28	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 28 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ohne Aussprache ab.

Titel 68459 – Hinführung von Mädchen zu technischen Berufen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 AR
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11	Haupt
lfd. Nr. 29	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 29 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ohne Aussprache ab.

Vorsitzender Stephan Schmidt hält fest, dass die zweite Lesung des Einzelplans 11 beendet sei.

Einzelplan 27 – Zuweisungen an und Programme für die Bezirke –

Kapitel 2711 – Aufwendungen der Bezirke – Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung –

Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen –

Ansatz **2026:** 2 017 000 Euro
Ansatz **2027:** 2 041 000 Euro

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AR](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
Haupt
lfd. Nr. 30
- b) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und [2400 AP](#)
der Fraktion der SPD
Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 11
lfd. Nr. 6

2026: +183 000 Euro
2027: +159 000 Euro

„a) Mehrbedarf

b) Anpassung der Tabelle:
TA 1: Allgemeine unabhängige Sozialberatung in den Bezirken
2026: 2.200.000 €
2027: 2.200.000 €“

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 30 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AR ohne Aussprache ab und stimmt dem Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktionen der CDU und der SPD aus der roten Nr. 2400 AP zu.

Einzelplan 29 – Allgemeine Finanz- und Personalangelegenheiten –

Kapitel 2980 – Infrastrukturinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes –

hier: Maßnahmengruppe 11 – Infrastrukturinvestitionen der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung –

Titel 89221 – Zuschuss für die Errichtung eines Queeren Archivzentrums

Mitberaten wird:

Sammelvorlage SenASGIVA vom 30.10.2025 [2472](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 11
Haupt
hier: Queeres Archivzentrum (S. 246-249)
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025)

Kristian Ronneburg (LINKE) fragt, ob das Förderinteresse DKLB weiterhin bestehe und wie der Stand bei den BPU aktuell sei.

Sebastian Walter (GRÜNE) bittet bis Mai 2026 um einen Sachstandsbericht zum Aufbau eines Queeren Archivzentrums.

Senatorin Cansel Kiziltepe (SenASGIVA) bestätigt Interesse. In diesem Kapitel seien dafür insgesamt 1,9 Mio. Euro vorgesehen. Darüber hinaus werde der Träger weitere Mittel über die Lottostiftung beantragen. Zu den BPU könne sie nichts sagen; dies sei Sache des Trägers.

Staatssekretär Max Landero Alvarado (SenASGIVA) ergänzt, als Baubeginn sei derzeit das dritte Quartal 2026 avisiert. Die Beibringung der Bauunterlagen obliege dem Träger.

Der **Ausschuss** nimmt die Seiten 246-249 der Sammelvorlage rote Nr. 2472 zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Sachstandsbericht.

Einzelplan 13 – Wirtschaft, Energie und Betriebe –

hierzu:

- | | |
|---|----------------------------------|
| a) Stellungnahme des Ausschusses WiEnBe vom 06.10.2025 zum Haushaltsgesetz 2026/2027 | 2400 Q
Haupt |
| b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) | 2400 AO
Haupt |
| c) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) | 2400 AS
Haupt |
| d) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
(Die Änderungsanträge wurden den Titeln zugeordnet.) | 2400 AT
Haupt |

Mitberaten werden (übergreifend):

- | | |
|--|---------------------------------|
| a) Bericht SenWiEnBe – Z I 2 / III AbtL 1 – vom 20.10.2025
An- und Abmietungen
hier: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025) | 2442 C
Haupt |
|--|---------------------------------|

- b) Bericht SenWiEnBe – Z F 11 – vom 20.10.2025 [2455](#)
Vergleich des Haushalts 2024/2025 zum Entwurf
2026/2027
hier: Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und
Betriebe
(Berichtsauftrag aus der 82. Sitzung vom 19.09.2025) Haupt
- c) Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 2 – Erhöhte Ausgaben bei Vergabe und
Landesmindestlohn
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte rote Nrn. 2442 C und 2455 und den Bericht Nr. 2 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

- d) Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 3 – Kofinanzierungen
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025) Haupt

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob die hier aufgelisteten Kofinanzierungen nur den Einzelplan 13 betreffen und nicht die Aufgaben als koordinierende Stelle für andere Fördermittel.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, hier werde alles dargestellt, was den Einzelplan 13 betreffe.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 3 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 zur Kenntnis.

Kapitel 1300 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Politisch-Administrativer Bereich und Service –

Titel 11902 – Ablieferungen von Einnahmen aus Nebentätigkeit –

Mitberaten wird:

- Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 4 – Ablieferungen von Einnahmen aus
Nebentätigkeit
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025) Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 4 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 45903 – Prämien für besondere Leistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 1

[2400 AO](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AO ohne Aussprache ab.

Titel 52703 – Dienstreisen –

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 5 – Dienstreisen
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

[2478](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 5 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 6 – Treibstofflogistikkonzept für die
Notstromersatzanlagen
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

[2478](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 6 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1309 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Personalüberhang –

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten –

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 7 – SGE-Beschäftigte
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 7 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1320 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung –

Mitberaten werden (übergreifend):

- a) Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 1 – Förderung von Institutionen
und Veranstaltungen
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)
- b) Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 8 – Wirtschafts- und
Tourismusförderung
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)
- c) Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 9 – Finanzmarktkriminalität/
Geldwäscheprävention
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 1, 8 und 9 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

- d) Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 10 – Projekte internationaler
Kooperationen
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025) Haupt

Steffen Zillich (LINKE) greift auf, dass für Zuwendungen für Arbeits- und Studienaufenthalte in Entwicklungsländern weniger Mittel bereitgestellt würden, obwohl oder weil für dieses Programm mehr Bundesmittel zur Verfügung stünden. Er bitte um Erläuterung.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf die Einsparvorgaben. Es sei hier zu einer geringen Absenkung gekommen. Gleichwohl könnten diese Maßnahmen unterstützt werden.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 10 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 zur Kenntnis.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AS](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 1 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AS ohne Aussprache ab

Titel 52610 – Gutachten –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 AO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 2 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AO ohne Aussprache ab.

Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion [2400 AO](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 3 Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AO ohne Aussprache ab.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

- | | | |
|----|---|----------------------------------|
| a) | Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 2 | 2400 AS
Haupt |
| b) | Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 4 | 2400 AO
Haupt |

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AS und den Änderungsantrag Nr. 4 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AO ohne Aussprache ab.

Titel 54602 – Technische Hilfe für die Durchführung von Programmen der EU –

Mitberaten wird:

- | | |
|---|-------------------------------|
| Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
<u>hier:</u> Bericht Nr. 11 – Ausschöpfung EU-Mittel
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025) | 2478
Haupt |
|---|-------------------------------|

Steffen Zillich (LINKE) spricht an, dass die Veranschlagung im Einzelplan 07 zu einem Verlust von Fördermitteln in Höhe von 175 Mio. Euro führen würde, was nicht hinnehmbar sei. Was mache der Senat jetzt? Die Finanzierung des operationellen Programms hänge daran, dass der Mitteleinsatz für die Prioritäten 2 und 3 30 Prozent des Programmvolumens entsprechen müsse, sodass sich die Frage stelle, ob über die 175 Mio. Euro hinaus weitere Fördermittel im Einzelplan 13 wegfielen, wenn die 30 Prozent nicht erreicht würden, und was dies für künftige Verhandlungen neuer operationeller Programme bedeute.

Staatssekretär Arne Herz (SenMVKU) erklärt, dass der Senat davon wisse und die Koalitionsfraktionen noch nachsteuern würden. Man wolle Wege finden, um möglichst eine hohe Summe der 210 Mio. Euro bis zum Ende der Förderperiode auszunutzen; er sei zuversichtlich. SenWiEnBe werde sicherlich überlegen, im Rahmen der Möglichkeiten umzuschichten.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) ergänzt, sein Haus sei mit SenMVKU im Gespräch, wie es gelingen könne, die Programme aufzustocken. Im parlamentarischen Verfahren bestehe die Möglichkeit, die Maßgabe weiter zu erfüllen. Mit Abschluss des Haushalts werde man überlegen, ob Umschichtungen in andere Programme mit ähnlicher Zielstellung möglich seien, und Rücksprache mit der EU-Kommission halten.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob zutreffe, dass weitere Fördermittel verlorengehen, wenn die 30 Prozent nicht erreicht würden.

Tonka Wojahn (GRÜNE) schließt sich dieser Frage an. Die Projekte müssen bis 2027 eingereicht werden. Werde dieser Zeitplan erreicht?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) antwortet, es werde auf Gesamtprogrammbasis ausgewertet. Die Abrechnungsmöglichkeiten liefen bis 2029. SenWiEnBe könne die Detailregelungen schriftlich nachliefern und sei mit der Kommission im Gespräch.

Steffen Zillich (LINKE) erkundigt sich, ob eine Genehmigung der EU-Kommission erforderlich sei, wenn Maßnahmen anders als geplant substituiert würden. Wenn die Abrechnung der Prioritäten im Gesamtprogramm erfolge, bedeute „Gesamtprogramm“ das operationelle Programm für die Bundesrepublik Deutschland oder das Förderprogramm für Berlin?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) verweist auf die Mitgliedsstaatenebene.

Steffen Zillich (LINKE) schlussfolgert, dass SenWiEnBe hoffe, dass die Schwierigkeiten auf gesamtdeutscher Ebene ausgeglichen würden und über die nicht abgerufenen Mittel hinaus nicht durchschlügen.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) erklärt, dies sei Theorie und Spekulation. SenWiEnBe gehe davon aus, dass es gelinge, die Situation insgesamt zu vermeiden.

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt, ob es Gespräche mit dem Bund geben werde, falls Berlin seine Pflicht nicht erfülle, und wie sich dies auf das Gesamtgebiet auswirke.

Steffen Zillich (LINKE) hebt hervor, dass dies keine gute Planungsgrundlage für die nächsten beiden Jahre sei, zumal der Abrechnungszeitraum in der Tendenz immer enger werde. Die Koalitionsfraktionen würden offenbar noch tätig werden, sodass man den Vorgang zur Resteleistung inkl. Fortschrittsbericht zurückstellen müsse. Im Übrigen wäre ein Umsteuern nicht im Rahmen der Haushaltswirtschaft möglich, sondern erforderte einen Nachtragshaushalt. Insofern werde man eine Fortschreibung der Haushaltsplanung noch erreichen müssen.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) antwortet, man stehe mit dem Bund und den anderen Bundesländern regelmäßig im Austausch über die Durchführung der Programme. Das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität gehe in diese Richtung. Man werde sehen, wie Programme damit finanziert werden könnten. Keine Verwaltung habe ein Interesse daran, zur Verfügung stehende EU-Mittel nicht zu nutzen.

Der **Ausschuss** stellt den Bericht Nr. 11 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 zur Resteleistung zurück und erwartet den gewünschten Fortschrittsbericht.

Titel 68123 – Ehrungen, Preise –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 5

[2400 AO](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 5 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AO ohne Aussprache ab.

Titel 68244 – Zuschuss an die Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 3

[2400 AS](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 3 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AS ohne Aussprache ab

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung –

Ansatz 2026:	13 228 000 Euro
Ansatz 2027:	13 235 000 Euro
VE 2026:	10 740 000 Euro
VE 2027:	5 190 000 Euro

hierzu:

a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 4

[2400 AS](#)
Haupt

b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 6

[2400 AO](#)
Haupt

c) Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der
Fraktion der SPD
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 1

[2400 AT](#)
Haupt

Ansatz 2026:	-4 000 000 Euro
Ansatz 2027:	-4 000 000 Euro

VE 2026: +/-0
VE 2027: +/-0

„a) Verlagerung der VFX-Förderung in den EP 03

b) Anpassung der Tabelle:
Teilansatz 5: Visual Effects Förderung
2025: 4.000.000 €
2026: 0 €
2027: 0 €

Anpassung der Erläuterung: Nach dem Satz ,zu Nr. 5: Die Ausgaben werden teilweise durch die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH bewirtschaftet.‘ wird folgender Satz eingefügt: ,Die Mittel werden ab 2026 bei 0300/68324 nachgewiesen.‘ “

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 4 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AS und den Änderungsantrag Nr. 6 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AO ohne Aussprache ab und stimmt dem Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktionen der CDU und der SPD aus der roten Nr. 2400 AT zu.

Titel 68316 – Förderung des Berlin-Marketing –

hierzu:

- | | |
|--|---|
| a) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 7 | <u>2400 AO</u>
Haupt |
| b) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 5 | <u>2400 AS</u>
Haupt |

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AO und den Änderungsantrag Nr. 5 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AS ohne Aussprache ab.

Mitberaten werden:

- | | |
|---|--------------------------------------|
| a) Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
<u>hier:</u> Bericht Nr. 12 – (Einzelhandels-) Zentrengipfelkonzept
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025) | <u>2478</u>
Haupt |
|---|--------------------------------------|

- b) Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 13 – visitBerlin
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 12 und 13 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben –

Ansatz 2026:	3 250 000 Euro
Ansatz 2027:	3 150 000 Euro
VE 2026:	1 075 000 Euro
VE 2027:	1 075 000 Euro

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der [2400 AT](#)
Fraktion der SPD Haupt
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 2

Ansatz 2026:	+150 000 Euro
Ansatz 2027:	+150 000 Euro
VE 2026:	+/-0
VE 2027:	+/-0

„a) Verlagerung des House of Games aus dem EP 03 in den EP 13

b) Anpassung der Tabelle:
Neuer Teilansatz 6: „House of Games Initiativen und Projekte“
2026: 150.000 €
2027: 150.000 €

Ergänzung der Erläuterung: Nach dem Satz „zu Nr. 5: Ab 2026 werden für die Veranstaltung keine Mittel mehr benötigt.“ wird folgender Satz eingefügt: „zu Nr. 6: Die Mittel zur Förderung des House of Games wurden bisher bei 0300/68569 nachgewiesen.“ “

Der **Ausschuss** stimmt dem Änderungsantrag Nr. 2 der Fraktionen der CDU und der SPD aus der roten Nr. 2400 AT ohne Aussprache zu.

Titel 68542 – Zuschüsse an Einrichtungen der internationalen Kooperation –

hierzu:

- | | | |
|----|---|----------------------------------|
| a) | Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 6 | 2400 AS
Haupt |
| b) | Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 10 | 2400 AO
Haupt |

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 6 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AS und den Änderungsantrag Nr. 10 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AO ohne Aussprache ab.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

- | | | |
|----|---|----------------------------------|
| a) | Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 7 | 2400 AS
Haupt |
| b) | Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 8 | 2400 AO
Haupt |

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 7 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AS und den Änderungsantrag Nr. 8 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AO ohne Aussprache ab.

Titel 68629 – Zuschüsse für besondere touristische Projekte –

Mitberaten wird:

- | | |
|---|-------------------------------|
| Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
<u>hier:</u> Bericht Nr. 14 – Silvesterfeier am Brandenburger
Tor
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025) | 2478
Haupt |
|---|-------------------------------|

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 14 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 68638 – Förderung von Wirtschaftsfreiheit und kultureller Freiheit –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
lfd. Nr. 11

[2400 AO](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 11 der AfD-Fraktion aus der roten Nr. 2400 AO ohne Aussprache ab.

Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 15 – Umsetzung der elektronischen
Aktenführung im Ordnungswidrigkeitenbereich
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

[2478](#)
Haupt

Steffen Zillich (LINKE) bittet bis Mai 2026 um einen Fortschrittsbericht zur Umsetzung der elektronischen Aktenführung im Ordnungswidrigkeitenbereich.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 15 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Fortschrittsbericht.

Kapitel 1330 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Betriebe und Strukturpolitik –

Mitberaten werden (übergreifend):

- a) Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 16 – Jury ICC-Konzeptverfahren
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

[2478](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 16 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

- b) Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 17 – Investitionsstrategien der
landeseigenen Unternehmen im Zusammenhang mit der
Klima- und Energiewende
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) bittet um Erläuterung, für welche Kunden oder Konstellationen das Photovoltaikanlagenkaufmodell, das die höchsten Summen erziele, zur Anwendung komme.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 17 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 zur Kenntnis und erwartet den gewünschten Bericht.

- c) Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 19 – Klimapakt
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 19 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 11934 – Rückzahlungen überzahlter Beträge –

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AS](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13 Haupt
lfd. Nr. 8

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag Nr. 8 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus der roten Nr. 2400 AS ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

- Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 20 – Rückzahlungen überzahlter
Beträge
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 20 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 11961 – Erstattung von Steuerbeträgen –

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 21 und 22 – Erstattung von
Steuerbeträgen
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) spricht an, dass im Bericht Nr. 22 dargelegt werde, dass das Konstrukt aus Pachtvertrag und Grundlagenvereinbarung überdacht werden solle. Könne SenWiEnBe dazu schon etwas Konkreteres sagen oder zumindest einen Zeithorizont für diese Entscheidungen nennen? Der Coronakredit werde mit dem Masterplan verrechnet. Die Fälligkeiten darüber hinaus, die bereits 2027 stattfänden, machten die Einzeleinnahmen im Haushaltsplan. Treffe dies zu?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) bestätigt dies. Man versuche, damit den Haushalt zu entlasten, dass die Coronakredite zur Finanzierung des Masterplans aufgewendet würden. Dies seien für zwei Jahre 50 Mio. Euro. Es verblieben rund 30 Mio. Euro, die im nächsten Doppelhaushalt für die nächste Phase des Masterplans genutzt werden sollten.

Steffen Zillich (LINKE) fragt, ob von dem Kredit noch was übrig bleibe, was mit nächsten Tranchen verrechnet werden könne, oder ob der Kredit vollständig abgelöst werde.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) korrigiert seine Ausführungen dahin gehend, man habe ihn schon 2025 verwendet, um dies jetzt und nicht erst 2028 abzubilden. Insofern sei dies damit abgegolten. Es bleibe vielleicht noch ein kleiner Restbetrag am Ende.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 21 und 22 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 zur Kenntnis.

Titel 12126 – Gewinnablieferungen der Anstalten des öffentlichen Rechts –

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 23 und 24 – Gewinnablieferungen der
Anstalten des öffentlichen Rechts
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt zum Bericht Nr. 24, warum es fast ein Jahr dauere, bis die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Gebühren ausgewertet würden und in eine Änderung des BerlBG einfließen, welche Kalkulationskosten angepasst würden und ob der Senat 2026 bei dem Verzicht auf eine Gewinnausschüttung bleibe oder einen Teil dem Landhaushalt zuführe.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf die Entscheidung, die Wassergebühren 2023-2026 nicht zu erhöhen. Zur Frage, in welcher Form in Zukunft moderate Gebührenerhöhungen erfolgen müssten, habe Diskussionsbedarf bestanden. Dafür seien Modelle entwickelt und mit den Koalitionsfraktionen geteilt worden, es gebe aber noch keine abschließende Entscheidung. Gebührenerhöhungen für die kommende Zeit müssten im Aufsichtsrat und mit der Gewährträgersammlung besprochen werden. Irgendwann werde der Punkt kommen, an dem man moderate Gebührenerhöhungen in Erwägung ziehen müsse, um die nötigen Investitionen für die Zukunft zu tätigen. Die BWB seien ein sehr gut funktionierendes Unternehmen, investierten sehr gut und erwirtschafteten Gewinne. Über die Verwendung des Gewinns und dessen Höhe entscheide die Gewährträgersammlung. Die Finanzierungsfähigkeit der BWB sei im Hinblick auf die anstehenden Investitionen vollumfänglich gewährleistet. Ein weitergehender Gewinnverzicht des Landes werde derzeit als nicht erforderlich angesehen, weil die BWB so gut aufgestellt seien, dass sie dies stemmen könnten.

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt, ob in diesem Rahmen auch eine Senkung des Zinssatzes für das betriebsnotwendige Kapital von aktuell 3 Prozent in Erwägung gezogen werde. So ließen sich Gebühren für die Verbraucherinnen und Verbraucher reduzieren, wenngleich auch das eine geringere Ausschüttung an das Land Berlin zur Folge hätte.

Steffen Zillich (LINKE) meint, die Gebührenstabilität bis 2026 und der Gewinnverzicht seien in einem gemeinsamen Komplex zu betrachten. 2026 müsse die Entscheidung für 2027 getroffen und vorbereitet werden, weil sie nicht nur gewinn-, sondern auch gebührenrelevant sei. Er gehe davon aus, dass die Vorbereitung und die politische Debatte zu dem Thema dazu beitragen sollten, dass es nicht zu einer isolierten Gebührendebatte im Wahlkampf kommen werde, sondern eine genaue Diskussion im Zusammenhang mit der Gesamtleistung der Wasserbetriebe ermöglichen solle. Zwischenzeitlich habe in Rede gestanden, die Oppositionsfraktionen in diese Einschätzung einzubeziehen; er bedauere, dass das offenbar nicht mehr geplant sei.

Gespräche mit den BWB zeigten, dass die bisherige Politik der Gebührenstabilität ab einem gewissen Punkt werde angepasst werden müssen, um die Investitionsfähigkeit nicht zu gefährden. Er habe die Senatorin nun dahingehend verstanden, dass sie einen gebührenrelevanten Gewinnverzicht für 2027 deshalb nicht für nötig halte, weil sie der Auffassung sei, dass die Wasserbetriebe die Gebührenstabilität ohne Gewinnverzicht des Gesellschafters alleine bewältigen könnten. Treffe das zu? – Das hielte er für eine sehr mutige Aussage; mehr noch als die Absicht, die Gebührenfrage nicht möglichst zeitnah, sondern in unmittelbarem Zusammenhang mit den Wahlen zu klären. Dann müsse schließlich Klärung hergestellt werden, einschließlich der Frage der Verordnung zur Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals, was in der derzeitigen Fassung im Übrigen auch Auswirkungen auf die BSR hätte. Insofern könne man die Wassergebühren nicht isoliert betrachten.

Parallel dazu werde in anderen Fachbereichen diskutiert, dass den Wasserbetrieben Aufgaben übertragen werden sollten, für die sie nicht direkt bezahlt würden. Das bewege sich in einem Bereich, der mindestens potenziell gebührenrelevant sein könne. Sei sich der Senat einig, in welchem Umfang den BWB gebührenrelevante Leistungen übertragen werden sollten und welche Leistungen das ggf. konkret betreffe? Inwieweit werde das in die Überlegungen zu Gebühren, Preisen und Gewinnverzicht einbezogen?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, die komplexe Frage des Abgeordneten Zillich bringe mehrere Tatbestände zusammen. Daraus lasse sich ableiten, dass das Thema in der Tat komplex sei. Mehrere Tatbestände führen dazu, dass man eine Entscheidung nicht eindimensional treffen könne, sondern verschiedene Faktoren berücksichtigen müsse. Genau das passiere. Die Diskussion um mögliche zusätzliche Aufgaben und deren Auswirkungen sei noch nicht abgeschlossen. Der Volksentscheid „Baum“, Regenwassermanagement, Schwammstadt, Notbrunnen und andere Thematiken wiesen eine Verbindung zu der Tätigkeit der Wasserbetriebe auf, und derzeit werde ausgelotet, welche Rolle die Wasserbetriebe hier spielen sollten und welche Mittel dafür erforderlich seien und einkalkuliert werden müssten. Da die Diskussion um die Aufgabenzuteilung noch nicht beendet sei, könne sie die Fragen des Abg. Zillich noch nicht beantworten. In der Diskussion um gebührenrelevante Tatbestände würden in der Arbeitsgruppe aber ganz verschiedene Dinge berücksichtigt.

Steffen Zillich (LINKE) merkt an, es sei etwas unbefriedigend, dass der Senat doch in Bezug auf recht viele Sachverhalte noch nicht auskunftsfähig sei. Das gelte insbesondere, wenn die Debatten eben nicht so mehrdimensional geführt würden, wie es angemessen sei und dargestellt werde, sondern auf bestimmte Möglichkeiten bereits als Veranschlagungsgrundlage zugegriffen werde; er hoffe, dass das hier nicht der Fall sei.

Er habe überhaupt nichts dagegen, dass die Wasserbetriebe zusätzliche Aufgaben übernähmen, das müsse dann aber in die Kalkulationen einbezogen werden, um eine politische Abwägung treffen zu können. Da der Senat sich nicht in der Lage sehe, Auskünfte zu erteilen, bleibe vorerst nur die bereits gestellt Frage, ob er die Senatorin dahingehend richtig verstanden habe, dass sie derzeit davon ausgehe, dass ein Gewinnverzicht zur Stabilisierung der Gebühren für 2027 nicht nötig sei.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, gegenwärtig sei noch keine abschließende Aussage zu dieser Frage möglich. Es liefen hierzu Gespräche. Wenn weitere Informationen verfügbar seien, würden diese dem Ausschuss zugeleitet.

Tonka Wojahn (GRÜNE) erinnert an ihre Frage, ob eine Senkung der Kapitalverzinsung erwogen werde.

Rolf Wiedenhaupt (AfD) erkundigt sich, wann der Senat eine Aussage zu den derzeit noch in der Diskussion befindlichen Fragen erteilen können.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet auf die Frage des Abgeordneten Wiedenhaupt, da die Beratungen für 2027 im Laufe des Jahres 2026 erfolgen würden, werde man im Laufe des Jahres 2026 Auskunft erteilen können. Ein genaues Datum könne sie noch nicht nennen.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) geht auf die Frage der Abg. Wojahn ein und erläutert, die Zinsfestlegung für 2026 stehe unmittelbar bevor. Zu einer Änderung der grundsätzlichen Systematik der Zinsfestlegung wäre nach Ansicht von SenWiEnBe eine Änderung des Betriebe-Gesetzes notwendig. Darüber werde aktuell mit SenFin und den anderen beteiligten Senatsverwaltungen diskutiert, weil nicht nur die BWB, sondern auch die BSR betroffen wäre.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 23 und 24 aus der Sammelvorlage rote Nr. 2478 zur Kenntnis.

MG 04 – Anstalten des öffentlichen Rechts (Einnahmen) –

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025
**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13**
hier: Bericht Nr. 25 - Kompetenzzentrum Wasser
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

[2478](#)
Haupt

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 25 in der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 51701 – Bewirtschaftungsausgaben –

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025	2478
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der	Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13	
<u>hier:</u> Bericht Nr. 26 - Bewirtschaftungsausgaben der	
Messe Berlin GmbH	
Bericht Nr. 27 - Gewerbegebiet Buchholz Nord	
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)	

Steffen Zillich (LINKE) bittet um Bestätigung, dass es noch keinen Grundsteuerbescheid für die Messegrundstücke gebe.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) antwortet, SenWiEnBe liege aktuell noch kein Grundsteuerbescheid vor.

Der **Ausschuss** nimmt die Berichte Nrn. 26 und 27 in der Sammelvorlage rote Nr. 2478 zur Kenntnis.

Titel 54010 – Dienstleistungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 AS
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13	Haupt
<u>hier:</u> lfd. Nr. 9	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 9 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 AS ohne Aussprache ab.

Titel 68368 – Zuschüsse zur Steigerung der Leistungsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 AS
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13	Haupt
<u>hier:</u> lfd. Nr. 11	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 11 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 AS ohne Aussprache ab.

Titel 83107 – Kapitalzuführung an die WISTA Management GmbH –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AS](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13 Haupt
hier: lfd. Nr. 12

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 12 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 AS ohne Aussprache ab.

Titel 87106 – Inanspruchnahme aus Bürgschaften für Sozialunternehmen, Nicht-EU-Angehörige und Flüchtlinge –

Mitberaten wird:

Vertraulicher Bericht SenWiEnBe – IV D 21 – vom [2457](#)
20.10.2025 Haupt
Sachstandsbericht über vergebene Vertrauliche
Ausfallbürgschaften und Garantien nach Beratung
§ 3 Abs. 5 alt Haushaltsgesetz
(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2457 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 89231 – Zuschüsse im Rahmen der GRW – Gewerbliche Wirtschaft –

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 28 - Zuschüsse im Rahmen der GRW
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Tonka Wojahn (GRÜNE) erkundigt sich, in welcher Höhe in Anbetracht der wenigen Wochen bis Buchungsschluss noch mit Mittelabfluss zu rechnen sei. Was passiere mit den dann übrigen Mitteln?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) erklärt, traditionell erhöhe sich die Verausgabung der Mittel aus der GRW gegen Ende des Jahres deutlich. Das hänge damit zusammen, dass Berlin gegen Ende des Jahres regelmäßig zusätzliche Bundesmittel akquirieren könne, was hoffentlich auch 2025 der Fall sein werde. Die Finanzierung erfolge stets hälftig zwischen Land und Bund; aktuell habe der Bund noch nicht so viele Mittel bereitgestellt, dass der volle Titelansatz hätte verausgabt werden können. SenWiEnBe werde unter TOP 12 den Antrag stellen, Mittel i. H. v. 16,7 Mio. Euro verausgaben zu dürfen. Sollte dies gewährt werden, gehe man davon aus, die Mittel voll verausgaben zu können.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 28 in der Sammelvorlage rote Nr. 2478 zur Kenntnis.

Titel 89233 – Zuschüsse im Rahmen des Förderprogramms: GründungsBONUS –

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025

[2478](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13

hier: Bericht Nr. 29 - GründungsBONUS

(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 29 in der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

**MG 03 – Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen
Wirtschaftsstruktur“ –**

Mitberaten wird:

a) Bericht SenWiEnBe – IV D 11 – vom 31.10.2025

[2131 K](#)

Feste Obergrenze bei GRW-Projekten

Haupt

(Berichtsauftrag aus der 80. Sitzung vom 10.09.2025)

Steffen Zillich (LINKE) fragt, inwieweit die benannten Projekte im Doppelhaushalt bzw. in der Finanzplanung unter Berücksichtigung der gedeckelten GRW-Fördermenge abgesichert seien.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) weist darauf hin, dass Förderbescheide in der Annahme ausgegeben würden, dass die jeweilige Senatsverwaltung bzw. der jeweilige Träger, der oder die für die Durchführung der GRW-Projekte verantwortlich sei, diese erfüllen werde. Daher liege es in der Verantwortung der jeweiligen anderen Senatsverwaltung, dafür haushälterische Vorsorge zu treffen. Man wisse nicht genau, in welchen Jahresscheiben das schlussendlich erfolgen werde, insofern gebe es einen zeitlichen Spielraum. Die Mittel würden nicht abgesenkt, sondern eine Höchstgrenze definiert, die bei GRW-Projekten erfüllt werden dürfe. Danach entfalle die GRW-Förderung nicht, sondern ihr Anteil reduziere sich für das jeweilige Projekt. Insofern müsse der Abgeordnete Zillich seine Frage bezüglich der einzelnen Projekte an die jeweilige Senatsverwaltung bzw. den jeweiligen Träger richten.

Steffen Zillich (LINKE) merkt an, es wäre ausgesprochen bedauerlich, wenn die GRW-Mittel nicht ausgegeben werden könnten. Es würden Projekte aufgezählt, die zumindest mit der bisherigen Finanzierungsplanung nicht funktionieren würden; so z. B. die TVO. – In diesem Zusammenhang erstaune ihn im Übrigen, wie viele GRW-Mittel dafür bereits abgeflossen seien; ca. 15 Mio. Euro seien angesichts des Projektfortschritts eine große Summe. – Die Verwaltung unterstelle mit ihrem Vorgehen eine Verteilung der GRW-Mittel und deckele dazu ihre Förderbescheide. Gleichzeitig seien Projekte enthalten, die so, wie die Finanzierung bisher angedacht sei, vermutlich nicht umgesetzt werden könnten und für die zumindest noch

Finanzierungsfragen zu klären seien. Daraus ergebe sich mindestens ein Revisionsbedarf für die Verteilung der GRW-Mittel.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) betont, es sei bislang jedes Jahr gelungen, alle Mittel abzurufen und darüber hinaus Mittel, die in anderen Bundesländern nicht verausgabt worden seien, zusätzlich für Berlin zu akquirieren. Das liege an der guten Arbeit der bei SenWiEnBe damit Betrauten, könne aber nur funktionieren, weil das Verfahren in Berlin so ausgestaltet sei, dass man bewusst in Kauf nehme, dass Projekte ein Stück weit überzeichnet würden. Bei dem, was der Abg. Zillich als „Revisionsbedarf“ bezeichnet habe, handele es sich um ein Nachsteuern; wenn sich abzeichne, dass bei einem Projekt die Mittel nicht so stark abfließen, ein anderes Projekt aber mehr Mittel benötige, dann könne man entsprechend handeln.

Für die TVO seien gemäß Vereinbarung im Rahmen der GRW-Mittelverwendung die Planungskosten gefördert worden. Bei einem so großen Projekt seien diese sehr hoch. Es sei von vornherein klar gewesen, dass diese Förderung noch nicht die Straße selbst finanzieren werde.

SenWiEnBe habe immer den Anspruch, dass die GRW-Mittel des Bundes zu 100 Prozent abfließen könnten. Das werde auch 2025 gelingen. Die Projekte seien sogar überzeichnet, und es werde zu sehen sein, wie durch flexible Nachsteuerung möglichst viele Projekte umgesetzt und möglichst viele Nachrücker-Projekte finanziert werden könnten. Die Frage sei also eher, wie man im Rahmen der Steuerung die wichtigsten Projekte zuerst finanzieren könne und dann im späteren Verlauf schrittweise ggf. noch anderen Maßnahmen aufnehmen, wenn Berlin zusätzliche Mittel erhalte. Inzwischen seien auch andere Bundesländer besser darin geworden, GRW-Mittel zu verausgaben, was dazu führe, dass weniger Mittel übrig blieben, die dann Berlin nutzen könne. Insofern sei diesbezüglich Erwartungsmanagement zu betreiben, nachdem Berlin in den vergangenen Jahren in der Regel ca. 200 Mio. Euro habe umsetzen können. Das werde sich in den kommenden Jahren vermutlich reduzieren.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 2131 K zur Kenntnis.

- b) Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 18 – GRW-Projekte
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 18 in der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 89360 – Energetische Modernisierung von Wohngebäuden (Effiziente GebäudePLUS) –

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025

[2478](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13

hier: Bericht Nr. 30 - Effiziente GebäudePLUS

(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt, mit welchen Mitteln genau die energetische Sanierung von Wohngebäuden in das SIWA übertragen worden sei. Wie sehe die Fortsetzung der Förderung von Effiziente GebäudePLUS aus? Insbesondere in Anbetracht des kürzlich vorgelegten Wärmeplanentwurfs stelle sich die Frage, wie nicht nur die Zufuhr der Wärme, sondern auch ihre effiziente Nutzung in den Gebäuden gewährleistet werde.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) führt aus, das Programm Effiziente GebäudePLUS sei während der Energiekrise entwickelt worden, um möglichst schnell eine Ergänzung zu einer bestehenden Bundesförderung zu damit eine Beschleunigung bei der Sanierung von Gebäuden bzw. der Installation von Wärmepumpen zu erzielen. Seit Ende 2023 könnten keine neuen Anträge mehr für dieses Programm gestellt werden, die Bearbeitung und Umsetzung des Programms daure an. Grund dafür sei unter anderem, dass sich auf Bundesebene eine andere Fördersystematik ergeben habe, unter anderem durch das Wärmeplanungsgesetz, das mit Förderung verbunden sei. Damit bestehe kein unmittelbarer Bedarf einer Ergänzung durch das Land mehr. Insgesamt hätten zum Zeitpunkt der Erstellung des Berichts 40 Mio. Euro im SIWA zur Verfügung gestanden. Mit der Übertragung in das SIWA werde die Überjährigkeit gewährleistet, was zu begrüßen sei, da unklar sei, wann die Hauseigentümer ihre Rechnungen einreichen.

Tonka Wojahn (GRÜNE) bemerkt, der Wärmeplan sei nun zur öffentlichen Beteiligung ausgestellt worden. Mit welchen Mitteln bzw. mit welchem Programm werde die Wärmeplanung dann flankiert und eine Art Fortsetzung von Effiziente GebäudePLUS möglich gemacht?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) erläutert, bei der Wärmeplanung handele es sich um ein Planungsinstrument, aus dem keine Entscheidungen hervorgingen; diese trafen Menschen individuell für ihre Gebäude. Der Bund habe vor zwei Jahren ein sehr extensives Förderprogramm für die Wärmepumpe vorgelegt, insofern bestehe kein Bedarf einer zusätzlichen Landesförderung, denn der Bund fördere, je nach Lage der Wohnung, nahezu 100 Prozent. Die Lücke, die damals mit Effiziente GebäudePLUS geschlossen worden sei, bestehe nach Auffassung von SenWiEnBe nicht mehr.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 30 in der Sammelvorlage rote Nr. 2478 zur Kenntnis.

Titel 68212 – Ersatz von Fahrgeldausfällen an die BVG –

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 31 - Ersatz von Fahrgeldausfällen an
die BVG
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 31 in der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Kapitel 1350 – Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Energie, Digitalisierung und Innovation –

Mitberaten wird (übergreifend):

- a) Bericht Senat von Berlin – WiEnBe III A 27 – vom [1939 A](#)
07.10.2025 Haupt
Umsetzung des Solargesetzes sowie
Unterstützungsmaßnahmen des Landes für die
Umsetzung im Wohnungsbestand
gemäß Auflage B. 128 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25
(in der 87. Sitzung am 17.10.2025 über die Konsensliste
zur Sitzung am 12.11.2025 zurückgestellt und dem Ausschuss WiEnBe zur Verfügung gestellt)
- b) Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 32 - Energiepark Reuter West
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht rote Nr. 1939 A und den Bericht Nr. 32 in der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 11921 – Rückzahlungen von Zuwendungen –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AS](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13 Haupt
hier: lfd. Nr. 13

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 13 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 AS ohne Aussprache ab.

Titel 42201 – Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

Titel 42801 – Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025

[2478](#)

Beantwortung der Berichtsaufträge aus der

Haupt

1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13

hier: Bericht Nr. 33 - Titel 42201 und 42801

(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 33 in der Sammelvorlage rote Nr. 2478 ohne Aussprache zur Kenntnis.

Titel 52610 – Gutachten –

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

[2400 AO](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13

Haupt

hier: lfd. Nr. 9

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 9 der AfD-Fraktion in der roten Nr. 2400 AO ohne Aussprache ab.

**Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der
Öffentlichkeitsarbeit –**

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion

[2400 AO](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13

Haupt

hier: lfd. Nr. 13

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 13 der AfD-Fraktion in der roten Nr. 2400 AO ohne Aussprache ab.

Titel 68307 – Wirtschaftsförderung –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

[2400 AS](#)

Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13

Haupt

hier: lfd. Nr. 14

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 14 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 AS ohne Aussprache ab.

Titel 68317 – Zuschüsse an Unternehmen für besondere Aufgaben –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AS](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13 Haupt
hier: lfd. Nr. 15

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 15 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 AS ohne Aussprache ab.

Mitberaten wird:

Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025 [2478](#)
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der Haupt
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 34 - Internationale Luft- und
Raumfahrtausstellung
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

Steffen Zillich (LINKE) dankt für den Bericht, weist aber darauf hin, dass der Berichtsauftrag nicht nur gelaftet habe, den aufgelaufenen Fehlbetrag zu summieren, sondern die Einnahmen und Ausgaben darzustellen, aus denen der Fehlbetrag resultiere, um die Entwicklung nachvollziehen zu können. Diese Informationen mögen nachgeliefert werden.

Gehe er recht in der Annahme, dass das, was für die ILA 2024 tatsächlich aus dem Landeshaushalt bezahlt worden sei, die Hälfte des ausgewiesenen Defizits von 3,47 Mio. Euro betrage, also ca. 1,74 Mio. Euro, wenn auch nicht in einem Jahr?

Für 2026 sei gemäß Bericht ein Finanzierungszuschuss von 5,5 Mio. Euro beantragt; er gehe davon aus, dass es sich dabei um ein Gesamtdefizit von 5,5 Mio. Euro handle. Das Rechenbeispiel in dem Bericht gehe davon aus, dass für die ILA 2026 im Jahr 2025 möglicherweise 850 Mio. Euro, im Jahr 2026 2 Mio. Euro und im Jahr 2027 400 000 Euro gezahlt werden müssten. Das ergäbe eine Gesamtsumme von 3,25 Mio. Euro, was deutlich mehr sei als die Hälfte von 5,5 Mio. Euro, also dem beantragten Defizit für die ILA 2026. Gehe SenWiEnBe tatsächlich davon aus, mehr bezahlen zu müssen als die Hälfte des beantragten Defizits?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) versichert, SenWiEnBe werde die Daten zur Kostenrechnung der ILA nachreichen, sobald es ihr möglich sei. Da auch private Akteure beteiligt seien, werde man sehen müssen, in welcher Form das genau geschehen könne.

Die vergangene ILA sei ein voller Erfolg gewesen, was dazu geführt habe, dass die Kosten schließlich etwas niedriger angefallen seien. Daraus resultiere der niedrigere Betrag. In der Zahlenreihe für die ILA 2026 ergebe sich tatsächlich ein leicht höherer Betrag als die Hälfte des beantragten Defizits. Er gehe davon aus, dass es sich dabei um eine Vorsorge handle,

jedenfalls nicht um eine verbindliche Preiskalkulation. Dieser Betrag sei auch nicht im Haushaltsplan enthalten.

Steffen Zillich (LINKE) meint, er habe den Sachverhalt durchaus so verstanden, dass es sich bei der dargelegten Rechnung um die Veranschlagungsgrundlage für den Teilansatz handele, denn es bestehe eine augenfällige Kongruenz, wenn man die Zahlung für 2024 mit einbeziehe.

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) erklärt, die Rahmenvereinbarung sehe 6,5 Mio. Euro vor. Im Haushalt sei etwas weniger angesetzt. Man werde in der Endabrechnung mit Sicherheit die Zahlung in der nötigen Größenordnung gewährleisten können.

Steffen Zillich (LINKE) stellt fest, der Staatssekretär habe nun eine weitere Zahl ins Spiel gebracht. Beantragt sei also ein Defizit von 5,5 Mio. Euro, das Rechenbeispiel umfasse 3,25 Mio. Euro, was exakt der Rahmenvereinbarung von 6,5 Mio. Euro entspreche. Das, was im Teilansatz des Titels stehe, entspreche seines Erachtens eher den 3,25 Mio. Euro als der Hälfte der beantragten 5,5 Mio. Euro; möglicherweise sei die Beantragung ja erst nach Verabschiedung des Haushaltsplanentwurfs erfolgt. Die Senatsverwaltung möge die Differenz erklären.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) teilt mit, Berlin und Brandenburg hätten die Absicherung der ILA für die nächsten Jahre vereinbart. Dazu sei in der Rahmenvereinbarung ein Rahmenbetrag festgehalten. Dieser müsse nicht komplett ausgenutzt werden – es sei im Gegenteil zu begrüßen, wenn der Zuwendungsantrag unter dem Maximalbetrag liege –, es müsse aber haushälterische Vorsorge im Sinne der Rahmenvereinbarung getroffen werden, sollte der gesamte Betrag benötigt werden.

Steffen Zillich (LINKE) hält fest, die Differenz sei damit aufgeklärt. Das Thema beschäftige ihn deshalb, weil bezüglich der ILA bereits lange gestritten werde, wer sich an der Finanzierung beteilige, denn auch Bundesregierung und Luftfahrtindustrie kämen infrage. Nun sei das Risiko zwischen Berlin und Brandenburg aufgeteilt, trotzdem stelle sich weiterhin die Frage, wie man den Druck, sich an der Finanzierung zu beteiligen, in Richtung der anderen beiden genannten Akteure aufrechterhalte. Insofern halte er die Frage, wie man an die Finanzierung herangehe, für nicht unbedeutend.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 34 in der Sammelvorlage rote Nr. 2478 zur Kenntnis.

Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland –

hierzu:

- a) Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [2400 AS](#)
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13 Haupt
hier: lfd. Nr. 16

- b) Änderungsanträge der AfD-Fraktion
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 12

[2400 AO](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 16 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 AS und den Änderungsantrag lfd. Nr. 12 der AfD-Fraktion in der roten Nr. 2400 AO jeweils ohne Aussprache ab.

Titel 69806 – Innovationsförderung –

hierzu:

- Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13
hier: lfd. Nr. 17

[2400 AS](#)
Haupt

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 AS ohne Aussprache ab.

MG 03 – Energie –

Mitberaten wird:

- a) Bericht SenWiEnBe vom 20.10.2025
Beantwortung der Berichtsaufträge aus der
1. Lesung des Hauptausschusses – Einzelplan 13
hier: Bericht Nr. 35 - Umstrukturierung des Berliner
Energieportfolios
(Berichtsauftrag aus der 85. Sitzung vom 08.10.2025)

[2478](#)
Haupt

- b) **Vertrauliche Anlage zum Bericht Nr. 35**

[2478-1](#)
Haupt
Vertrauliche
Beratung

Steffen Zillich (LINKE) meint, der Bericht zeige den Versuch einer Einordnung von Aufgaben in eine Strategie, und das sei gut; seine ursprüngliche Frage, was unter der in den Titelerläuterungen enthaltenen Formulierung „Umstrukturierungen des Berliner Energieportfolios“ zu verstehen sei, stehe aber nicht im Fokus. Er bitte erneut darum, dies zu erklären.

Trotz des Versuchs einer Aufgabenzuweisung und -zusammenfassung blieben diesbezüglich Fragen offen. Diese Debatte müsse fortgesetzt werden, und er sei nach wie vor der Auffassung, dass eine relativ schnelle Klärung notwendig sei. Das betreffe, schlaglichtartig genannt, u. a. die Abgrenzung der Aufgaben von Berliner Energieagentur und z. B. Töchtern der Stadtwerke auf der einen Seite und den Energie-Töchtern der Wohnungsbaugesellschaften auf der anderen; oder zwischen der Berliner Energieagentur einerseits und Tochterfirmen der BEW andererseits beim Thema Nahwärmenetze. Das alles werde mit dem Klimapakt, der in der Folgeweche diskutiert werden solle, nicht unbedingt näher beantwortet. Dort seien jeweils

die Dekarbonisierungsfahrpläne der einzelnen Unternehmen und die dafür erforderlichen Kapitalbedarfe betrachtet worden bzw. inwieweit sie Aufgaben übergreifender Natur übernähmen. Wie die Aufgaben voneinander abgegrenzt würden, werde aber nicht beantwortet. Deshalb sei es dringend notwendig, zu einer Steuerungsstruktur zu kommen, die das strategisch diskutieren könne. Eine solche sehe er nach wie vor nicht.

In dem Bericht würden die Herausforderungen dargestellt, die die Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes mit sich bringe. Diese seien in der Tat groß. Es fehle aber eine Aussage dazu, an welchen Stellen Fragen der Kapazität und der Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes damit zusammenhängen, wie das Land Berlin mit seinem Gebäudebestand umgehe und also mit den Investitionsstrategien der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und möglicherweise auch der BIM etc. Da die Aufgabe so groß sei, müsse man das organisieren und aufeinander abstimmen. Jenseits einer regelmäßigen Runde bei SenMVKU habe er noch nicht ausmachen können, welche Tools und Verabredungen es im Senat gebe, um dieses Thema im Hinblick auf die Steuerung der Landesunternehmen, deren Aufgabenwahrnehmung und insbesondere auf die Abstimmung von deren Investitionsstrategien zu bearbeiten. Vermutlich gebe es Gespräche, über die bei Gelegenheit berichtet werde. Über das Thema werde allerdings bereits seit ca. drei Jahren diskutiert, und Ergebnisse ließen auf sich warten.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, die Verwaltung wolle die zahlreichen Fragen des Abgeordneten Zillich gern beantworten. Sie weise aber darauf hin, dass auch Gespräche stattfänden, die vielleicht nicht unbedingt in der Wahrnehmung des Abgeordneten auftauchten. Es fänden zahlreiche Runden statt, in denen thematisiert werde, was die Landesunternehmen tun könnten, um die riesige Herausforderung der Transformation zu bewältigen. Das Thema spiele in allen Aufsichtsräten und Vorständen von Landesunternehmen eine wichtige Rolle. Es gebe also ein gemeinsames Vorgehen der Landesregierung mit den Landesunternehmen in Sachen Klimapakt.

Der über hundertseitige vertrauliche Bericht bilde die strukturierte Vorgehensweise ab, im Rahmen derer jedes Landesunternehmen dargelegt habe, wie seine jeweilige Ausgangslage sei, was es bislang tue und in welcher Form es CO₂-Emissionen produziere, die zur Gesamt-CO₂-Emissionssumme Berlins beitrügen. Daraus gehe hervor, dass die Unternehmen über 40 Prozent dieser CO₂-Emissionen produzierten, den größten Teil die BEW. Zugleich zeige sich aber, dass alle Landesunternehmen nach einem mit SenWiEnBe und SenFin koordinierten einheitlichen Schema über ihre Ausgangslage, ihre Maßnahmen und die damit verbundenen Kosten Rechenschaft ablegten. Sie verpflichteten sich im Rahmen des Klimapakts, Maßnahmen zu ergreifen und zu finanzieren – sei es über Investitionen, Transaktionsmittel oder Eigenkapitalzuführungen. Es gebe einen sehr genauen Plan, wie die Landesunternehmen in die Lage versetzt werden sollten, diese Aufgaben und Maßnahmen umzusetzen. Es könne einfach nicht die Rede davon sein, dass ein Steuerungsinstrument fehle und die jahrelangen Gespräche nicht zu einem Plan geführt hätten.

Die letzten beiden Jahre seien dazu genutzt worden, in Einzelgesprächen und in allen Gremien mit den Landesunternehmen darüber zu reden, wie man zu einem gemeinsamen, einheitlichen Vorgehen kommen könne, wenn es darum gehe, Maßnahmen für die klimaneutrale Stadt zu ergreifen. Alle hätten sich dazu verpflichtet und würden sich weiterhin dazu verpflichten. Das stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit der Haushaltsbeschlussfassung. Die Vereinbarung laute, dass es zum Klimapakt eine Senatsbefassung und eine Beschlussfassung dazu

geben werde; man werde in die Unterzeichnung mit den Landesunternehmen und die öffentliche Deklaration dann gehen, wenn das Parlament entschieden habe, dass es das mittragen werde. Dann würden die vielen gestellten Fragen durch den Klimapakt beantwortet. So weit wie jetzt sei man noch nie gewesen.

Steffen Zillich (LINKE) entgegnet, er habe mehrfach die Erfahrung gemacht, auf diese Fragen hin vertröstet zu werden; den damaligen Antworten nach sei das zwar alles notwendig, zunächst gelte es aber die Wärmeplanung abzuwarten, und dann werde man sehen und konkret planen. – Insofern begrüße er die Verve, mit der die Senatorin nun geantwortet habe.

In ersten Lesung des Einzelplans habe die Senatorin darauf verwiesen, dass sich die Antworten auf die gestellten Fragen im Klimapakt fänden. Inzwischen liege den Abgeordneten eine Vorlage dazu vor. Richtig sei, dass er Fahrpläne für die Unternehmen enthalte, und das sei viel. Auch enthalte er eine Finanzierungsstrategie für die Unternehmen, und auch das sei viel, auch wenn man über die Strategie selbst diskutieren könne. Was aber nicht behandelt werde, sei die Frage, wie die Fahrpläne der Unternehmen möglicherweise koordiniert werden müssten bzw. inwiefern sie in Konflikt zueinander geraten könnten. Das könnten sie aber. Es sei auch kein Modus benannt – abseits der Tatsache, dass die Maßnahmen abgerechnet werden müssten –, wie man mit den notwendigerweise auftretenden Zielkonflikten umgehen wolle, die man aber austarieren müsse, wenn man die Herausforderung möglichst effektiv bewältigen wolle.

Selbstverständlich müsse darüber in jedem Unternehmen und in jedem Aufsichtsrat gesprochen werden. Das Problem liege aber darin, dass in den Aufsichtsräten nicht über die Planungen der jeweiligen Schwesterunternehmen geredet werden könne. Es gebe aber teils konfliktreiche Schnittstellen, und deshalb müsse jemand die Unternehmen steuern, die Schnittstellen voraussehen und einen Umgang damit finden. Er habe hierzu ein Beispiel bereits mehrfach genannt, und er sehe dort weiterhin eine Leerstelle. Es passiere viel, und das wertschätze er auch, aber je mehr passiere, desto notwendiger und wichtiger sei es, sich mit den Schnittstellen zu befassen und sicherzustellen, dass die Unternehmen die Herausforderungen nicht ausschließlich in der wohlverstandenen Logik des eigenen Unternehmens zu bewältigen versuchen. Dazu sei Koordination notwendig, und hierfür sei immer noch kein Modus zu sehen.

Staatssekretär Wolfgang Schyrocki (SenFin) erwidert, der Abgeordnete Zillich scheine in den vergangenen Jahren viel verpasst zu haben. Aus dem beschriebenen Ansatz heraus sei genau definiert worden, was die Aufgaben der Geschäftsführungen und Aufsichtsräte in den Landesunternehmen, was die der Fachverwaltungen und der Beteiligungssteuerung seien. Daran sei in den vergangenen zweieinhalb Jahren intensiv gearbeitet worden, was auch in die neuen Beteiligungsgrundsätze eingeflossen sei. Das betreffe genau die Steuerung und Koordinierung der Landesunternehmen, die teils in gleichen Clustern bzw. Geschäftsfeldern tätig seien, so Wohnungsbau und Energieunternehmen. Hier komme selbstverständlich der jeweiligen Fachverwaltung eine Steuerungsfunktion zu, die sie dann in die Beteiligungsverwaltung und die Aufsichtsräte transportiere. Dieser Prozess und diese Abstimmung fänden ständig statt. Insofern verwundere ihn die Argumentation des Abgeordneten Zillich etwas.

Eine andere Frage wäre, wo die Strukturveränderungen seien. In der Tat müsse man über Energie- und Wohnungsbauportfolio sprechen und auch dort nach Effizienzmöglichkeiten

suchen, Möglichkeiten von Shared Services etc. Auch darüber werde ständig diskutiert, aber die Ergebnisse würden dann präsentiert, wenn sie eine gewisse Reife erreicht hätten.

Der **Ausschuss** nimmt den Bericht Nr. 35 in der Sammelvorlage rote Nr. 2478 und die Vertrauliche Anlage zum Bericht Nr. 35 rote Nr. 2478-1 zur Kenntnis.

Titel 89330 – Zuschüsse für Investitionen zur Unterstützung des Solarausbaus –

hierzu:

Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	2400 AS
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13	Haupt
<u>hier:</u> lfd. Nr. 18	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 18 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der roten Nr. 2400 AS ohne Aussprache ab.

Neuer Titel: Energieforschung

hierzu:

Änderungsanträge der AfD-Fraktion	2400 AO
Haushaltsgesetz 2026/2027 – Einzelplan 13	Haupt
<u>hier:</u> lfd. Nr. 14	

Der **Ausschuss** lehnt den Änderungsantrag lfd. Nr. 14 der AfD-Fraktion in der roten Nr. 2400 AO ohne Aussprache ab.

Der **Ausschuss** schließt die zweite Lesung des Einzelplans 13 ab.

An dieser Stelle wird aufgerufen:

Wirtschaft, Energie und Betriebe – 13

Punkt 9 der Tagesordnung

Schreiben SenWiEnBe – II AbtL 1 – vom 08.09.2025	2475
Verlagerung von qualifizierten Sperren im Kapitel 1320	Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 2475 ohne Aussprache wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung

Schreiben SenWiEnBe – III AbtL 1 – vom 29.08.2025
**Verlagerung von qualifizierten Sperren im Kapitel
1350**

[2476](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 2476 ohne Aussprache wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung

Schreiben SenWiEnBe – III AbtL 1 – vom 29.08.2025
**Inanspruchnahme von Beratungsleistungen im
Zusammenhang mit der Überarbeitung der
Richtlinie des Förderprogramms ProFIT
hier: Zustimmung**
gemäß Auflage A. 20 – Drucksache 19/1350 zum
Haushalt 2024/25

[2477](#)
Haupt

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 2477 ohne Aussprache wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung

Schreiben SenWiEnBe IV D 13 / IV D 11 – vom
04.11.2025
**Freigabe von Landesmitteln in Höhe von bis zu 16,7
Mio. € für die Auszahlung bewilligter Projekte im
Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung
der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW)**

[2483](#)
Haupt

André Schulze (GRÜNE) teilt mit, er verstehe das Schreiben dahingehend, dass SenWiEnBe mit den 16,7 Mio. Euro den unmittelbaren Bedarf an bereits aufgelaufenen Rechnungen decken wolle. Den zuvor getätigten Ausführungen entnehme er, dass es eigentlich einen noch höheren Bedarf für 2025 gebe; diese Verpflichtungen werde die Verwaltung aber nur eingehen können, wenn weitere Mittel des Bundes hinzukämen. Treffe das so zu? Sei absehbar, wann der Bund seine Entscheidung über weitere Mittel treffen werde?

Steffen Zillich (LINKE) kommt auf vorherige Diskussionen zu dem Thema zurück und meint, man habe gemeinsam festgestellt, dass die veranschlagten Summen einschließlich der eingeplanten Bundesmittel jedenfalls für einzelne Projekte nicht mehr ganz der existierenden Planung entsprächen. Er verstehe die Verwaltung dahingehend, dass mehr Bundesmittel veranschlagt worden seien, als aus den genannten Gründen vermutlich zur Verfügung stehen würden. Er kritisiere das nicht, aber vermutlich werde man, weil diese Probleme nun entstünden, ein anderes Verhalten ändern müssen, denn Investitionen müssten dann anders finanziert werden, und dafür brauche es einen Plan.

Das nun zu behandelnde Anliegen verstehe er folgendermaßen: Berlin werde weniger Bundesmittel als erwartet erhalten. Da aufgrund der vorherigen Erwartungshaltung mehr Landesmittel veranschlagt worden seien, sei nun Liquidität frei, um Bundesmittel, die Berlin nun nicht erhalten werde, zu substituieren. Das würde für 2025 ausreichen, aber vielleicht werde Berlin sogar noch mehr Bundesmittel durch Nachbewilligungen erhalten. Verstehe er das richtig?

Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SenWiEnBe) führt aus, die Mittel im GRW-Titel seien gesperrt, solange das Land keine Gegenfinanzierung in gleicher Höhe durch den Bund erhalte. In den vergangenen Jahren sei die zusätzliche Zuteilung durch den Bund immer später erfolgt, teils erst am 21. Dezember. Um dann den Hauptausschuss nicht noch einmal anrufen zu müssen und weil die Gelder ohne Landesanteil nicht verausgabt werden könnten, bitte SenWiEnBe bereits jetzt um die Freigabe, 16,7 Mio. Euro aus dem Landesteil auch dann zu verausgaben, wenn sie schlussendlich nicht vollständig durch den Bund aufgefüllt würden. Die Verwaltung glaube aber, dass das geschehen werde. Die nächste Verteilrunde auf Bundesebene werde in der Woche nach der Ausschusssitzung stattfinden, bereits dort würden erste Mittel durch den Bund hinzukommen. Das selbe Vorgehen sei im Vorjahr, wenn auch mit einem geringeren Betrag von 10 Mio. Euro, gewählt worden. Damals habe der Bund die Mittel vollständig wieder aufgefüllt, sodass bis Ende Dezember 20 Mio. Euro für bereits bewilligte GRW-Projekte hätten verausgabt werden können.

Der **Ausschuss** stimmt dem Schreiben rote Nr. 2483 wie beantragt zu und nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 14 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.